



Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung

Schriftenreihe 55

Brühl 2010

Marc Colussi

Einführung in das Recht

Grundlagen des Zivilrechts und der juristischen Fallbearbeitung



Marc Colussi

**Einführung in das Recht
Grundlagen des Zivilrechts
und der juristischen Fallbearbeitung**

Brühl/Rheinland 2010

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-938407-44-8

ISSN 000948-0617

Druck: Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn

Impressum:
Fachhochschule des Bundes
für öffentliche Verwaltung
Willy-Brandt-Str. 1
50321 Brühl

www.fhbund.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	9
1. Teil: Die Bedeutung von Recht für Gesellschaft und Wirtschaft.....	11
2. Teil: Der Aufbau des Rechtssystems	13
I. Abgrenzung der Rechtsgebiete.....	14
II. Gleichordnungsverhältnis Privater.....	15
III. Der systematische Aufbau des BGB.....	15
3. Teil: Die Auseinandersetzung im Privatrecht	17
I. Die Anspruchsgrundlage	17
II. Die zentrale Fragestellung.....	18
4. Teil: Die Entstehung von Ansprüchen	20
5. Teil: Die Vornahme und Wirkung von Rechtsgeschäften.....	22
I. Die rechtsgeschäftliche Verwirklichung von Privatinteressen.....	22
1. Verfassungsrechtliche Gewährleistung (Art. 2 Abs. 1 GG).....	22
2. Vertragsfreiheit.....	23
3. Vertragstreue	23
4. Inhaltskontrolle.....	24
II. Die Willenserklärung	24
1. Herbeiführung rechtsgeschäftlicher Wirkungen	25
a) Handlungswille	25
b) Erklärungsbewusstsein	25
c) Geschäftswille.....	26
2. Abgabe von Willenserklärungen.....	27
3. Untätigbleiben als Erklärungshandlung	27
4. Untätigbleiben mit Erklärungswirkung.....	27
III. Wirksamwerden der Willenserklärung durch Zugang.....	28
IV. Der Vertragsschluss	30
1. Angebot	30

2. Annahme.....	31
V. Die Auslegung.....	32
1. Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen.....	33
a) Parteienverträge	33
b) Normenverträge	34
c) Gesetzesauslegung	34
2. Ergänzende Vertragsauslegung	35
3. Umdeutung	36
VI. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte - Abstraktionsprinzip -	36
6. Teil: Rechtsfähigkeit, Geschäftsfähigkeit und Schuldfähigkeit	39
I. Rechtsfähigkeit	39
II. Geschäftsfähigkeit.....	41
1. Geschäftsfähigkeit als Grundsatz	41
2. Geschäftsunfähige	41
3. Beschränkt Geschäftsfähige	43
III. Schuldfähigkeit	45
1. Verschuldensprinzip.....	45
2. Deliktsfähigkeit als Normalfall	46
3. Haftung ohne Vorwerfbarkeit	47
7. Teil: Die Stellvertretung	48
I. Voraussetzungen für die Stellvertretung	48
1. Zulässigkeit.....	48
2. Eigene Willenserklärung	49
3. Offenkundigkeitsprinzip.....	49
4. Vertretungsmacht	50
II. Vollmacht	50
III. Erlöschen der Vollmacht	51
8. Teil: Willensmängel.....	52
I. Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung.....	52

1. Geheimer Vorbehalt (§ 116 BGB)	52
2. Scheinerklärung (§ 117 BGB).....	53
3. Scherzerklärung (§ 118 BGB).....	54
II. Unbewusstes Abweichen von Wille und Erklärung	54
1. Inhaltsirrtum	54
2. Erklärungsirrtum	55
III. Fehler bei der Willensbildung.....	55
1. Eigenschaftsirrtum.....	55
2. Arglistige Täuschung (§ 123 BGB)	56
3. Willensbeeinflussung durch Drohung (§ 123 BGB).....	57
IV. Rechtsfolgen der Anfechtung (§ 142 BGB)	58
1. Nichtigkeit	58
2. Anfechtungsfristen	58
3. Schadensersatz - negatives Interesse.....	59
9. Teil: Verstoß gegen Form- und Inhaltsvorschriften.....	60
I. Formmängel.....	60
1. Formfreiheit als Grundsatz.....	60
2. Formvorschriften	60
a) Gesetzliche Schriftform	61
aa) Unterzeichnung einer Urkunde.....	61
bb) Eigenhändigkeit.....	62
b) Vertragliche (gewillkürte) Schriftform.....	62
c) Schriftformklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen	63
d) Öffentliche Beglaubigung.....	63
e) Notarielle Beurkundung.....	64
3. Rechtsfolgen von Formmängeln	64
a) Grundsatz: Nichtigkeit bei Formverstößen.....	64
b) Gesetzliche Durchbrechungen der Nichtigkeitsfolge.....	64
c) Richterrechtliche Korrektur bei untragbaren Ergebnissen	65

II. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot - § 134 BGB	65
III. Sittenwidrigkeit und Wucher - § 138 BGB	66
10. Teil: Schuldverhältnisse; Einzelne Vertragstypen.....	69
I. Allgemeines über Schuldverhältnisse	69
II. Erlöschen von Schuldverhältnissen	71
1. Erfüllung.....	71
2. Erfüllungssurrogate	71
III. Leistungsstörungen	72
1. Nichtleistung	72
2. Verzögerung der Leistung	74
3. Schlechterfüllung.....	75
IV. Einzelne Schuldverhältnisse	76
1. Rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse.....	76
a) Kauf (§ 433 BGB).....	77
b) Tausch (§ 515 BGB).....	77
c) Schenkung (§ 516 BGB).....	77
d) Miete (§ 535 BGB)	78
e) Pacht (§ 581 BGB).....	79
f) Leihe (§ 598 BGB).....	79
g) Gelddarlehen (§ 488 BGB) und Sachdarlehen (§ 607 BGB)	79
h) Dienstvertrag (§ 611 BGB).....	80
i) Werkvertrag (§ 631 BGB)	80
j) Werklieferungsvertrag (§ 651 BGB)	81
k) Reisevertrag (§ 651a BGB)	81
l) Maklervertrag (§ 652 BGB)	82
m) Auftrag (§ 662 BGB).....	82
n) Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675 Abs. 1 BGB)	82
o) Verwahrung (§ 688 BGB)	83
p) Vergleich (§ 779 BGB).....	83

2. Gesetzliche Schuldverhältnisse	84
a) Unerlaubte Handlung (§§ 823 ff. BGB)	84
b) Ungerechtfertigte Bereicherung (§§ 812 ff. BGB).....	85
c) Geschäftsführung ohne Auftrag (§ 677 ff. BGB)	86
11. Teil: Durchsetzbarkeit des Anspruches; Verjährung	88
I. Begriffe	88
1. Verjährung	88
2. Hemmung der Verjährung (§ 209 BGB).....	89
3. Neubeginn der Verjährung (§ 205 BGB)	89
4. Vertragsfreiheit.....	89
II. Verjährungsfristen	89
1. Allgemeine Frist (gem. § 195 BGB): 3 Jahre	90
2. Mängelansprüche.....	90
3. Schadensersatz.....	90
4. Besondere Verjährungsfristen	91
III. Geltendmachung der Einrede der Verjährung	91
IV. Schema der Verjährungsregeln.....	91

Vorwort

Das vorliegende Werk will den Leser kompakt, übersichtlich und akzentuiert in das Zivilrecht einführen. Gleichzeitig wird ein Überblick über das Rechtssystem geliefert und der juristische Gutachtenstil vorgestellt.

Besonders geachtet wurde auf allgemeine Verständlichkeit und Bezugnahme auf häufig auftretende Sachverhalte des täglichen Lebens. Hierzu sind zahlreiche leicht verständliche Fallbeispiele und diverse anschauliche Grafiken eingearbeitet worden. Der Übersichtlichkeit halber sind Sekundärliteraturhinweise im Vorfeld eines jeden Abschnittes zusammengestellt und auf ein sinnvolles Maß beschränkt worden.

Das Werk richtet sich an Studierende aller Fachrichtungen, Praktiker und Interessierte gleichermaßen. Es stellt eine Alternative zu der bereits umfangreich vorhandenen rechtswissenschaftlichen Literatur dar, die sich oftmals an Studierende der Fachrichtung Jura oder gar an Juristen selbst wendet.

Der Autor hat als haupt- und nebenberuflicher Dozent seit über zehn Jahren zahlreiche Vorlesungen, Vorträge, Schulungs- und Bildungsmaßnahmen durchgeführt, die sich in erster Linie an ein nicht-juristisches Auditorium richteten.

Die praktischen Erfahrungen aus zehnjähriger Rechtsanwaltschaftstätigkeit (Schwerpunkt „Verbraucherschutz“; „Produkthaftung“), mehrjähriger Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender und als Professor der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung sind unmittelbar in das Werk eingeflossen.

1. Teil: Die Bedeutung von Recht für Gesellschaft und Wirtschaft

Literatur: *Boemke/Ulrici*, BGB Allgemeiner Teil, § 1; *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil 1, S. 1 – 7, *Schapp*, Einführung in das Bürgerliche Recht: Das System des bürgerlichen Rechts: JA 2003, 125; *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht, Teil 1 Kapitel 2 und 3.

Rationale sowie ökonomisch richtige Entscheidungen sind nur mit Kenntnis und Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen möglich. Sie können nur getroffen werden, wenn auch die Vorgaben der Rechtsordnung in Form von Geboten und Verboten sowie über die zulässige Ausgestaltung der Beziehungen der einzelnen Rechtssubjekte zueinander berücksichtigt werden. Wer nicht weiß, welche Rechte er hat, wozu er seine Partner verpflichten und was er von ihnen fordern kann, dem drohen ebenso wirtschaftliche Verluste wie demjenigen, der falsch kalkuliert oder ein ungeeignetes Produktionsverfahren verwendet. Nur der in völliger Abgeschiedenheit lebende Mensch könnte sich darauf beschränken, ausschließlich seine natürlichen Umweltbedingungen zu berücksichtigen, weil für ihn soziale Konflikte und damit Rechtsnormen, die das menschliche Zusammenleben regeln, keine Rolle spielen.¹ Daher ist einsichtig, dass der allein auf einer Insel lebende Robinson einer rechtlichen Ordnung nicht bedurfte. Da jeder Mensch aber einer Reihe von Gemeinschaften wie Familie, Arbeitsgemeinschaften, Gemeinden angehört machen diese zwischenmenschlichen Beziehungen bestimmte Regeln erforderlich, nach denen der einzelne sein Verhalten richten soll.² Demgegenüber müssen in jeder Gesellschaftsordnung die Rechtsbeziehungen des Staats zu seinen Bürgern (durch das öffentliche Recht) und der Bürger untereinander (durch das Privat- bzw. Zivilrecht) reglementiert werden.³ Sicherlich ist der Anspruch zu hoch gegriffen zu glauben, man könne über die Normierung jegliche Konflikte im Vorfeld gewissermaßen „vorab“ lösen. Zahlreiche Risiken lassen sich dennoch durch Beachtung rechtlicher Vorgaben minimieren oder begrenzen.

Das Privatrecht dient der Bewältigung von Interessenkonflikten Privater untereinander und dem bestmöglichen (gerechten) Interessenausgleich. Sein verfassungsrechtlich vorgegebenes Leitbild ist die rechtliche Gleichordnung und Eigenverantwortlichkeit aller Beteiligten und zugleich die angemessene Berücksichtigung ihrer individuellen Schutzbedürftigkeit. Die damit einhergehende soziale Steuerung durch Recht beeinflusst zwangsläufig alle ökonomischen Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte. Durch das Privatrecht wird der Rahmen bestimmt, innerhalb dessen der einzelne seine Individualinteressen gegenüber

¹ Vgl. *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht, S. 1.

² Vgl. *Brox/Walker*, BGB AT, S. 3.

³ Vgl. *Brox/Walker*, BGB AT, S. 3.

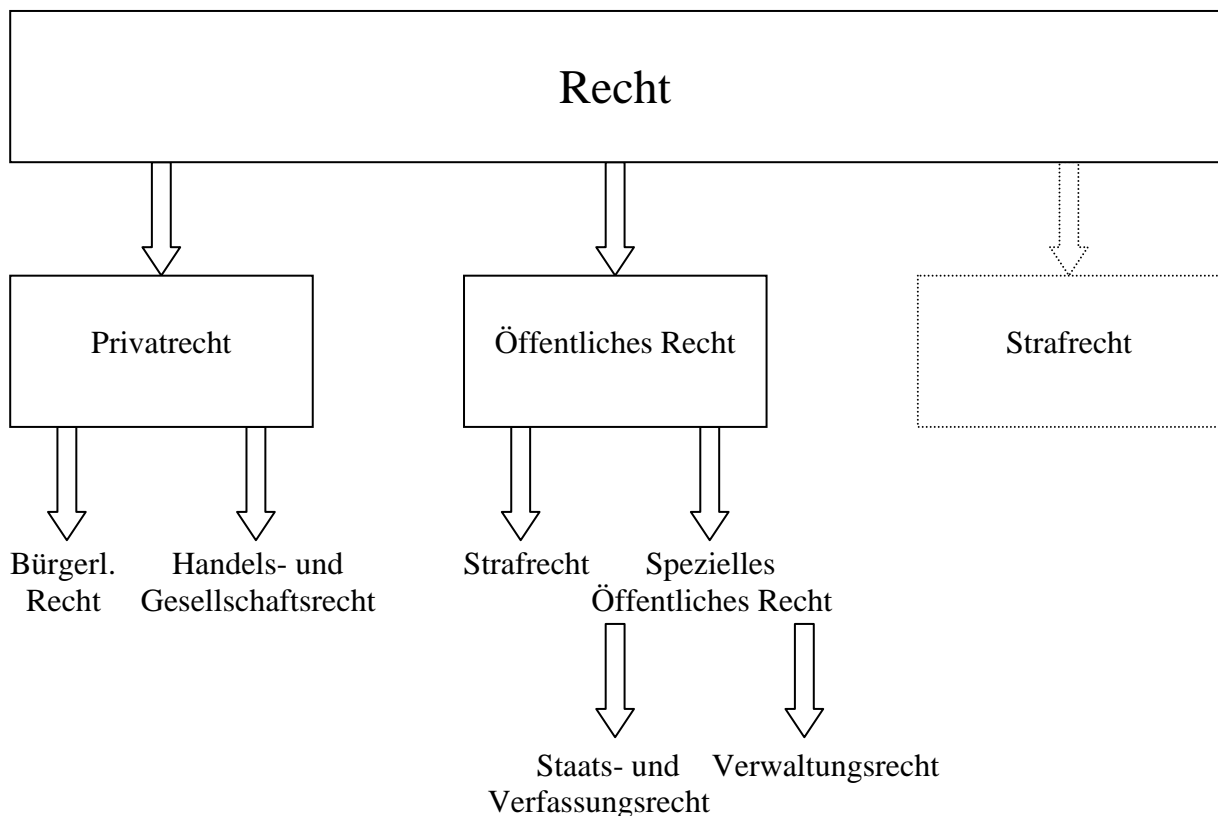
Dritten verfolgen und ausgestalten kann. So sollen Gerechtigkeit und Rechtssicherheit zugleich gewährleistet werden. Dabei wird normiert, was ein Wirtschaftssubjekt von Dritten verlangen kann, zu denen Rechtsbeziehungen bestehen oder von denen es in seinen Rechten verletzt worden ist. Bei Missachtung der zivilrechtlichen Rahmenbedingungen droht dem Betroffenen zwar in der Regel keine strafrechtliche Konsequenz. Die zivilrechtliche Sanktion beinhaltet aber regelmäßig den Verlust von Rechtspositionen und damit fast immer einen materiellen oder immateriellen Schaden.

In einer Gesellschafts- und Verfassungsordnung, in der Privatautonomie, Privateigentum und Vertragsfreiheit zur Verwirklichung von individuellen Zielen grundgesetzlich gewährleistet sind (liberales Sozialmodell), ist der Gestaltungsspielraum des einzelnen besonders groß und der Einfluss des Staates entsprechend geringer. In ihr spielen daher die Normen des Zivilrechts auch zwangsläufig eine besondere Rolle, weil die ganz unvermeidlichen Interessenkollisionen Privater bei ihrem Gewinnstreben oder ihrem Streben nach Selbstverwirklichung häufiger sind und bewältigt werden müssen. Wer am Wirtschaftsverkehr teilnehmen will, muss mit eigenen Schäden oder Schadensersatzansprüchen Dritter rechnen, wenn er die für alle Wirtschaftssubjekte geltenden Regeln nicht beachtet. Im Folgenden werden diejenigen Teile des Zivilrechts behandelt, in denen für alle Menschen bedeutsame Rahmenbedingungen für ihr ökonomisches Handeln festgelegt werden.

2. Teil: Der Aufbau des Rechtssystems

Literatur: Boemke/Ulrici, BGB Allgemeiner Teil § 2; Bydlinski, Kriterien und Sinn der Unterscheidung von Privatrecht und öffentlichem Recht, AcP 194, 319, Klunzinger, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil 1, Leisner, Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichen Recht, JZ 2006, 869, Schapp/Schur, Einführung in das Bürgerliche Recht, S. 2; Schwab/Löhnig, Einführung in das Zivilrecht, Teil I, Kapitel 4, Zerres, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil I, Kapitel 2.2.

Das deutsche Rechtssystem beinhaltet eine Vielzahl sehr unterschiedlicher, teilweise nicht immer eindeutig voneinander abgrenzbarer Rechtsgebiete. Streng genommen lässt es sich in zwei Teile untergliedern: Dies ist zum einen das Privatrecht und zum anderen das öffentliche Recht. Diese Unterscheidung fußt auf der Differenzierung zwischen *ius publicum* und dem *ius privatum* im römischen Recht, von dem wesentliche Teile in das Bürgerliche Gesetzbuch Eingang gefunden haben. Beide Bereiche lassen sich weiter unterteilen, wobei besonders die weitere Zweiteilung des öffentlichen Rechts, nämlich in das Strafrecht einerseits und das übrige öffentliche Recht andererseits, zu beachten ist. Wegen seiner nicht ganz unumstrittenen hohen Bedeutsamkeit wird das Strafrecht mitunter auch als drittes selbständiges Rechtsgebiet angesehen, so dass dann von einer Dreiteilung ausgegangen wird.



I. Abgrenzung der Rechtsgebiete

Es stellt sich mithin die Frage, wie eine mögliche Abgrenzung zwischen den genannten Rechtsgebieten auszusehen hat, bzw. wie eine entsprechende Unterscheidung vorgenommen werden kann. Dies ist nur möglich, wenn entsprechende Definitionen festgelegt werden.

Ausgehend von der o.g. Zweiteilung besteht der wesentliche Unterschied zwischen dem Privatrecht und dem öffentlichen Recht darin, dass es bei erstgenanntem um Rechtsbeziehungen zwischen gleichberechtigten Rechtssubjekten (Gleichordnungsverhältnis) und bei letzterem um ein Rechtsverhältnis zwischen Hoheitsträger und Rechtsunterworfenem geht (Subordinationsverhältnis).⁴ Vereinfacht gesagt geht es im Privatrecht um das Verhältnis Bürger zu Bürger und im öffentlichen Recht um das Verhältnis Staat zu Bürger bzw. Bürger zu Staat.⁵

Zum Privatrecht zählen demnach alle diejenigen Normen, welche die Rechtsbeziehungen der Bürger und der auf einem freiwilligen Zusammenschluss beruhenden privatrechtlichen Vereinigungen, z. B. in Form der Vereine oder Gesellschaften, regeln. Kennzeichnend für das Privatrecht ist die Entscheidungsfreiheit der handelnden Personen sog. Privatautonomie.

Im Gegensatz zum Privatrecht umfasst das Öffentliche Recht solche Normen, die die staatliche Organisation und das hoheitliche Handeln des Staates betreffen. Dieses Handeln kann in Form von Befehl und Zwang erfolgen. Als ein wesentliches Merkmal für das öffentliche Recht ist die Bindung des hoheitlichen Handelns an Gesetz und Recht, welche sich aus Art. 20 Abs. 3 GG ergibt, kennzeichnend. Es werden die Rechtsnormen, die die Rechtsbeziehungen des Staates und der mit sog. hoheitlicher Gewalt ausgestatteten Körperschaften oder Anstalten im Verhältnis zueinander sowie darüber hinaus auch zu den ihrer Hoheitsgewalt unterworfenen Personen regeln umfasst. Typische Handlungsform im öffentlichen Recht ist grundsätzlich die einseitig verbindliche Regelung durch Rechtsverordnung oder Verwaltungsakt.⁶

In der Praxis ist diese Unterscheidung von großer Bedeutung, da sich in beiden Bereichen für die jeweils Betroffenen unterschiedliche Vorgehensweisen und Voraussetzungen sowie erzielbare Ergebnisse ergeben.⁷

Beispielsfall: Der Eigentümer eines Grundstückes, der einen Unternehmer mit der Reinigung der Straße beauftragt, schuldet diesem die vereinbarte (privatrechtliche) Vergütung.

Führt jedoch die Stadt die Straßenreinigung durch, ist der Eigentümer verpflichtet, eine (öffentlich-rechtliche) Straßenreinigungsgebühr zu entrichten.

⁴ Vgl. Schwab/Löhnig, Einführung in das Zivilrecht, S. 42.

⁵ Vgl. Brox/Walker, BGB AT, S. 10.

⁶ Vgl. Zerres, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, S. 7.

⁷ Vgl. Schwab/Löhnig, Einführung in das Zivilrecht, S. 43.

II. Gleichordnungsverhältnis Privater

Das Privatrecht regelt grundsätzlich die Rechtsbeziehungen der Bürger zueinander sowie untereinander. Daneben gehören zum Privatrecht bzw. Zivilrecht verschiedene Gebiete, die im wesentlichen nur für bestimmte Gruppen gelten, wie das Arbeitsrecht für die Partner eines Arbeitsverhältnisses sowie für Tarifvertragsparteien und das Handelsgesetzbuch (HGB) für Kaufleute.

Wenn oben vereinfacht von Rechtsverhältnissen Bürger zu Bürger die Rede war, dann ist allerdings zu beachten, dass juristisch gesehen auch ein Rechtsverhältnis von z.B. Bürger zu Großbank (Bürger X ist Kunde der Großbank Y bei der er ein Girokonto eingerichtet hat und es entsteht ein Streit über einen Buchungsposten) ein Gleichordnungsverhältnis darstellt und mithin zum Privatrecht zu zählen ist. Des weiteren fallen ebenso Rechtsverhältnisse der nicht-hoheitlichen Gemeinschaften (z.B. Vereine und Gesellschaften) zu ihren Mitgliedern unter den Bereich des Privatrechts. Wichtigste Handlungsform im Rahmen des Privatrechts ist der Vertrag. Wenn aber der Staat oder ein anderer Träger öffentlicher Gewalt Rechtsgeschäfte wie Private abschließt (also fiskalisch handelt), dann bestimmen sich die Rechtsfolgen ebenfalls nach privatrechtlichen Grundsätzen.

III. Der systematische Aufbau des BGB

Kern des Privatrechts ist das bürgerliche Recht, das im BGB sowie in den Nebengesetzen kodifiziert ist.⁸ Das BGB ist das für das bürgerliche Recht wichtigste Gesetz. Es ist am 1.1. 1900 in Kraft getreten und gilt – mit einigen Änderungen und Anpassungen an heutige Lebensverhältnisse - bis zum heutigen Tage fort. Das BGB brachte erstmals eine einheitliche Kodifikation des bürgerlichen Rechts für das damalige deutsche Reich. Damit wurde die bis dahin bestehende Rechtszersplitterung in den einzelnen deutschen Gebieten beseitigt.

Das BGB ist in fünf Abschnitte, die als „Bücher“ bezeichnet sind, aufgeteilt:

- den Allgemeinen Teil §§ 1-240
- das Schuldrecht §§ 241 – 853
- das Sachenrecht §§ 854 – 1296
- das Familienrecht §§ 1297 – 1921
- das Erbrecht §§ 1922 – 2385

Der Allgemeine Teil enthält die Vorschriften, die für alle übrigen Bücher des BGB gelten, sofern diese keine Spezialregeln enthalten. Im ersten Buch geht es um Normen über Personen oder Sachen und Rechtsgeschäfte. Das Schuldrecht regelt die Schuldverhältnisse. Hierunter versteht man Sonderverbindungen zwischen Personen, welche auf Vertrag oder auch unmittelbar aus dem Gesetz be-

⁸ Vgl. Brox/Walker, BGB AT, S. 13.

ruhen können. Daneben regelt das Sachenrecht die Beziehungen einer Person zu einer Sache. Hierin sind Regelungen über den Besitz, das Eigentum, Hypotheken, Grundschulden und Pfandrechte enthalten. Im Familienrecht finden sich Normen über Ehe und Verwandtschaft, Vormundschaft, die rechtliche Betreuung und Pflegschaften. Das Erbrecht hingegen behandelt die vermögensrechtlichen Folgen des Todes eines Menschen.⁹

Das BGB geht in seinem Aufbau vom Allgemeinen zum Besonderen. Diese Methode wird nach dem Vorbild aus der Mathematik als Ausklammerungsmethode bezeichnet: das Gemeinsame mehrerer Regelungen wird ausgeklammert, also vor die Klammer gezogen, während in der Klammer das jeweils Besondere verbleibt.

$$a2 + a3 + a4 + a5 = a(2 + 3 + 4 + 5)$$

Dabei soll „a“ für den allgemeinen Teil des BGB (erstes Buch) und „2“, „3“, „4“, „5“ für die übrigen vier Bücher des BGB stehen. Das bedeutet, dass sich im allgemeinen Teil des BGB Regelungen befinden, die für das gesamte Gesetzeswerk von entscheidender Bedeutung sind.

⁹ Vgl. *Brox/Walker*, BGB AT, S. 29.

3. Teil: Die Auseinandersetzung im Privatrecht

Literatur: *Boemke/Ulrici*, BGB Allgemeiner Teil § 3; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil I, § 3, *Medicus*, Grundwissen zum Bürgerlichen Recht, § 2; *Musielak*, Grundkurs BGB, § 1 II; *Petersen*, Die Anspruchsgrundlagen des Allgemeinen Teils, Jura 2002, 743; *Schapp/Schur*, Einführung in das Bürgerliche Recht, § 2; *Schapp*, Das Zivilrecht als Anspruchssystem, JuS 1992, 537; *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht, Teil III, Kapitel 5, *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil I, Kapitel 6.

In Fällen des Privatrechts geht es regelmäßig darum, dass ein Rechtssubjekt von einem anderen „etwas“ verlangt. So will beispielsweise der Verkäufer den Kaufpreis vom Käufer, der Vermieter den Mietzins von seinem Mieter, der „Betrogene“ Schadenersatz und der Verletzte eines Autounfalls Schmerzensgeld von dem Unfallgegner. Ob diese Begehren auf juristischem Wege erfolgreich geltend gemacht werden kann, hängt letztlich davon ab, ob eine Norm (z.B. ein Paragraph des BGBs) das Verlangte zuspricht. Der Verkäufer wird demnach nur dann eine Chance haben, seinen Kaufpreis vom Käufer zu bekommen, wenn er einen entsprechenden Anspruch geltend machen kann.

I. Die Anspruchsgrundlage

Die gesetzliche Bestimmung, die das Verlangte zuspricht, wird als Anspruchsgrundlage bezeichnet. In der Regel geht es in privatrechtlichen Rechtsverhältnissen zentral um die sich immer wiederholende Frage, in wie weit der Anspruchsteller seinen Anspruch über eine Anspruchsgrundlage begründen kann. Für die Arbeitsweise im Privatrecht bzw. mit dem BGB bedeutet dies, dass in der Regel zunächst immer nach einer Anspruchsgrundlage gesucht werden muss, die das Verlangte (Beanspruchte) zuspricht. Bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen führt dies dann zur Anspruchsfolge.

Das BGB besteht aus 2.385 Paragraphen. Nur ein gewisser Teil der Regelungen ist dabei als Anspruchsgrundlage zu qualifizieren. Insofern ist es entscheidend, über das bereits Gesagte hinaus zu definieren, was unter „Anspruch“ zu verstehen ist. Dabei hilft das BGB selbst, nämlich mit dem § 194 BGB. Hier findet sich eine Legaldefinition, also eine gesetzeseigene Definition. Zugleich ist genannter Paragraph auch gleich das erste Beispiel für eine Norm, die offensichtlich selbst keine Anspruchsgrundlage enthält.

§ 194 Abs. 1 BGB: Das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen (Anspruch), unterliegt der Verjährung.

Welches Tun oder Unterlassen verlangt werden kann, der sog. Anspruchsinhalt, ist durch Rechtsgeschäft und Gesetz näher bestimmt.¹⁰

Man unterscheidet zwischen schuldrechtlichen, dinglichen, familienrechtlichen- und erbrechtlichen Ansprüchen. Schuldrechtliche oder auch obligatorischen Ansprüchen können aufgrund eines Schuldverhältnisses entstehen. Dingliche Ansprüche entstehen aus einer Beeinträchtigung eines dinglichen Rechts. Hierbei ist zu beachten, dass nicht jeder Anspruch, der auf der Verletzung eines dinglichen Rechts beruht, automatisch ein dinglicher Anspruch ist. Familien- und erbrechtliche Ansprüche ergeben sich aus familien- und erbrechtlichen Schuldverhältnissen.¹¹

II. Die zentrale Fragestellung

Den Einstieg in privatrechtliche Fragestellungen bzw. entsprechende Falllösungen findet man mit Hilfe der „vier großen W“. Zu Beginn sollte daher immer folgende Frage gestellt werden:

„Wer will Was von Wem Woraus?“

An einem Beispiel soll die Erstellung eines Gutachtens (verkürzt) dargestellt werden.¹²

Fall: *Ernie zerkratzt mutwillig den Lack am Kfz des Bert. Bert verlangt von Ernie Schadensersatz.*

Die Frage hierfür kann nun lauten: Verlangt Bert den Schadensersatz zu Recht?

Als Anspruchsgrundlage kommt § 823 Abs. 1 BGB in Betracht.

1. Schritt

Der Fragesatz formuliert genau die durch das Gutachten zu beantwortende Frage, bei Anspruchsklausuren also die Frage nach der möglichen Anspruchsgrundlage. Wichtig ist, dass der Fragesatz stets eine anspruchsbegründende Norm enthält. Dieser könnte wie folgt lauten:

Bert könnte gegen Ernie einen Anspruch auf Schadensersatz nach § 823 Abs. 1 BGB haben.

2. Schritt

Der Voraussetzungssatz stellt fest, welche Voraussetzungen diese Anspruchsnorm hat. Er benennt dabei nur die abstrakten gesetzlichen Voraussetzungen für die zu findende Antwort. In der Regel handelt es sich bei den Voraussetzungen

¹⁰ Vgl. Schwab/Löhnig, Einführung in das Zivilrecht, Kapitel 5, S. 90.

¹¹ Vgl. Brox/Walker, BGB AT, S. 295.

¹² Vgl. Zerres, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, S. 21f; Übersicht: Musielak, Grundkurs BGB, § 1, Rn. 8; Brox/Walker, BGB AT, § 38 zur Methodik.

um unbestimmte Rechtsbegriffe, die, bevor eine Subsumtion erfolgen kann, erst definiert werden müssen. Der Definitionssatz ist dann sozusagen der zweite Teil des Voraussetzungssatzes.

Erste Voraussetzung für einen Schadensersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB ist, dass eine Rechtsgutverletzung vorliegt. Als verletztes Rechtsgut kommt hier das Eigentum des Bert (§ 903 BGB) in Betracht. Eine Eigentumsverletzung kann dadurch verletzt werden, dass eine Sache zerstört oder beschädigt wird.

3. Schritt

Im Subsumtionssatz wird geprüft, ob jede einzelne Voraussetzung in dem zu überprüfenden Fall gegeben ist. Im Gegensatz zum Voraussetzungssatz ist der Subsumtionssatz also konkret, das bedeutet, dass man „prüft“, ob jedes einzelne Tatbestandsmerkmal der Rechtsvorschrift durch die Einzelheiten des Sachverhalts ausgefüllt ist.

Durch das Zerkratzen des Autolacks hat Ernie das Fahrzeug des Bert beschädigt und damit dessen Eigentum verletzt.

Danach wären nun die übrigen Tatbestandsvoraussetzungen des § 823 Abs. 1 BGB weiter in dieser Form zu prüfen.

4. Schritt

Der Folgesatz ergibt sich somit aus der Durchführung der (vollständig durchgeführten) Subsumtion. Er enthält die genaue Antwort auf den Fragesatz und soll dabei möglichst die im Fragesatz gebrauchte Formulierung in der Aussageform wiederholen.

Demnach hat Bert gegen den Ernie einen Anspruch auf Schadensersatz aus § 823 Abs. 1 BGB.

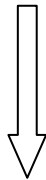
4. Teil: Die Entstehung von Ansprüchen

Es stellt sich des weiteren die Frage, wie überhaupt Ansprüche entstehen. Dabei ist zu klären, welche Lebenssachverhalte entstehen müssen, damit juristisch entsprechende Ansprüche daraus resultieren.

Ganz grundsätzlich lässt sich festhalten, dass Ansprüche immer aus sogenannten Schuldverhältnissen entstehen. Diese wiederum resultieren entweder aus dem Abschluss eines Rechtsgeschäftes oder aus dem Gesetz selbst.

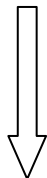
Anspruch

entsteht i.d.R. aus:

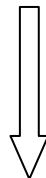


Schuldverhältnis

kommt zustande durch:



Rechtsgeschäft
bspw. § 433 BGB



Gesetz
bspw. § 823 Abs. 1 BGB

Der entscheidende Unterschied zwischen den Formen „Rechtsgeschäft“ und „Gesetz“ ist, dass Rechtsgeschäfte (d.h. in der Regel „Verträge“) freiwillig durch die Abgabe von Willenserklärungen (dazu später mehr) eingegangen werden.

Beispielsfall: (Autokauf) Ernie möchte, nach dem er nun seine Führerscheinprüfung erfolgreich bestanden hat, sich einen Pkw kaufen. Er sucht daher den Bert auf. Beide einigen sich darauf, dass Bert dem Ernie seinen Pkw gegen Zahlung von 1.000 Euro übereignet. Ernie und Bert haben einen Kaufvertrag nach § 433 BGB abgeschlossen.

Demgegenüber kommen gesetzliche Ansprüche nicht durch die freiwillige Abgabe von Willenserklärungen, sondern zwangsweise alleine durch die Erfüllung gesetzlicher Tatbestände zustande.

Beispielsfall: (Autounfall) An einer Straßenecke beachtet Ernie die Vorfahrtsregelung nicht und rammt den Vorfahrt habenden Samson. An beiden Pkw entsteht erheblicher Sachschaden, Samson wird verletzt.

Dabei sollte man sich nicht von dem Umstand irritieren lassen, dass für beide (d.h. für freiwillige und zwangsweise entstehende) Ansprüche gesetzliche Vorschriften, d.h. Anspruchsgrundlagen, existieren. Für die genannte Unterteilung ausschlaggebend ist alleine die Entstehung dieser Ansprüche.

5. Teil: Die Vornahme und Wirkung von Rechtsgeschäften

Literatur: *Boemke/Ulrich*, BGB Allgemeiner Teil, § 4; *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, § 4; *Hönn*, Entwicklungslinien des Vertragsrechts, JuS 1990, 935; *Lorenz*: Grundwissen – Abstrakte und kausale Rechtsgeschäfte, JuS 2009, 489; *Paulus/Zenker*, Grenzen der Privatautonomie: JuS 2001, 1 *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht, Kapitel 3, *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil I, Kapitel 2.2.

Nachdem nun deutlich wurde, dass Ansprüche unter anderem aus Zustandekommen von Rechtsgeschäften resultieren können, bedarf es deren näherer Betrachtung.

I. Die rechtsgeschäftliche Verwirklichung von Privatinteressen

Damit natürliche oder juristische Personen ihre Ziele verfolgen und verwirklichen können, müssen sie nicht nur fähig sein, Geschäfte zu schließen (Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit). Sie müssen außerdem von ihrer Geschäftsfähigkeit Gebrauch machen und ihre Ziele im Zusammenwirken mit anderen Personen oder ohne Mithilfe Dritter verwirklichen können. Das zivilrechtliche Instrument zur Verwirklichung von Individualinteressen ist das durch Abgabe von Willenserklärungen vorgenommene Rechtsgeschäft. Das praktisch bedeutsamste Rechtsgeschäft ist der Vertrag, für den ein Vertragspartner notwendig ist, und für dessen Abschluss ein Zusammenwirken mit diesem Partner erforderlich ist (zweiseitiges Rechtsgeschäft). Es existieren aber auch einseitige Rechtsgeschäfte, für die nur eine Willenserklärung desjenigen erforderlich ist, der damit seine Interessen verwirklichen will (z.B. Errichtung eines Testaments).

1. Verfassungsrechtliche Gewährleistung (Art. 2 Abs. 1 GG)

Das Bürgerliche Gesetzbuch basiert auf dem Grundsatz der Privatautonomie. Jeder kann eigenverantwortlich über die von ihm angestrebten Rechtsgeschäfte entscheiden und diejenigen Verträge abschließen, für die er einen Vertragspartner findet. Gelegentlich können die gewünschten Rechtsfolgen durch einseitige Rechtsgeschäfte herbeigeführt werden (z.B. Bevollmächtigung, Kündigung). Dafür reicht eine Willenserklärung aus. In den meisten Fällen kann ein Ziel nur erreicht werden, wenn man sich mit Partnern einigt und mit ihnen eine Vereinbarung trifft. Für derartige Vereinbarungen mit Partnern sind mindestens zwei miteinander korrespondierende Willenserklärungen erforderlich (mehrseitige Rechtsgeschäfte).

Die Privatautonomie ist Ausfluss der allgemeinen Handlungsfreiheit und als Grundrecht in Art. 2 Abs. 1 GG fixiert:

"Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt."

Einzelne Grundrechte wie die Garantie von Eigentum und Erbrecht (Art. 14 GG), die Vereins- und Koalitionsfreiheit (Art. 9 GG) und die Berufsfreiheit (Art. 12 GG) konkretisieren den verfassungsrechtlichen Schutz der Privatautonomie. Andererseits ergibt sich aus Art. 2 Abs. 1 GG aber auch, dass diese Freiheit nicht grenzenlos ist. So haben die Gerichte bei der ihnen obliegenden Inhaltskontrolle von Verträgen zu gewährleisten, dass privatautonom getroffene Vereinbarungen einen Vertragspartner dann nicht ungewöhnlich stark belasten dürfen, wenn sie das Ergebnis strukturell ungleicher Verhandlungsstärke sind. Weitere verfassungsrechtliche Schranken ergeben sich aus dem Sozialstaatsprinzip.

2. Vertragsfreiheit

Bei Abschluss von Verträgen besteht grundsätzlich Vertragsfreiheit, die durch Art. 2 Abs. 1 GG als eine Form der freien Entfaltung der Persönlichkeit gewährleistet ist. Aus Art 2 Abs. 1 GG ergibt sich neben dem Prinzip der Vertragsfreiheit auch die Verpflichtung des Staates, den im Einklang mit der Rechtsordnung stehenden Verträgen zur Durchsetzung zu verhelfen.¹³ Ausprägungen der Vertragsfreiheit sind die Abschlussfreiheit und die Inhaltsfreiheit. Durchbrechungen des Grundsatzes der Abschlussfreiheit durch einen Kontrahierungszwang und damit eine Abschlusspflicht, bestehen im Zivilrecht nur für ganz spezielle Vertragstypen.

Im Unterschied zur Abschlussfreiheit werden die Inhaltsfreiheit einschließlich der Beendigungsfreiheit der Vertragsparteien durch zwingendes Gesetzesrecht häufig eingeschränkt. Die Normen, die dem Schutz einer (schwächeren) Vertragspartei dienen, sind häufig zwingendes Recht und können durch vertragliche Vereinbarungen nicht abbedungen werden. Weitgehend frei können die Parteien fast immer Art und Umfang der geschuldeten Leistungen festlegen.

3. Vertragstreue

Voraussetzung und Folge der Vertragsfreiheit ist allerdings auch die Pflicht zur Vertragstreue, d.h. zur Erfüllung der übernommenen vertraglichen Verpflichtungen. Auch wer besonders risikoreiche Geschäfte abschließt, die er nur unter besonders günstigen Bedingungen erfüllen kann, hat für die von ihm übernommenen Verpflichtungen einzustehen.

¹³ Vgl. Schwab/Löhnig, Einführung in Zivilrecht, S. 37.

4. Inhaltskontrolle

Die richterliche Inhaltskontrolle von Verträgen bildet eine Schranke für Vereinbarungen, die als Missbrauch der wirtschaftlichen Überlegenheit einer Vertragspartei zu beurteilen sind, den Grundsätzen der Billigkeit widersprechen (§ 315 BGB) bzw. mit Treu und Glauben (§ 242 BGB) nicht zu vereinbaren sind. Aus der grundrechtlichen Gewährleistung der Privatautonomie in Art. 2 Abs. 1 GG folgt eine Verpflichtung der Zivilgerichte zur Inhaltskontrolle von Verträgen, die einen der beiden Vertragspartner ungewöhnlich stark belasten und das Ergebnis strukturell ungleicher Verhandlungsstärke sind. An die Stelle der unbilligen Regelung tritt auf Grund richterlicher Vertragsgestaltung die sachlich angemessene Regelung. Vor allem durch die Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen soll erreicht werden, dass die vom dispositiven Gesetzesrecht abweichenden Regelungen niemandem aufgezwungen werden können, wenn sie als inhaltlich unangemessen und unausgewogen beurteilt werden. Der Gesetzgeber geht davon aus, dass der Verwender von AGB der wirtschaftlich Überlegene ist und daher kein angemessener Interessenausgleich gewährleistet ist, wenn er die von ihm aufgestellten Regelungen durchsetzt.

Grundsätzlich keiner Inhaltskontrolle zugänglich sind allerdings Preisabreden und Preisbemessungsklauseln. Ein Wirtschaftsgut kann je nach Zeit, Ort, Art, Inhalt und Gegenstand des fraglichen Geschäfts einen ganz unterschiedlichen Preis haben. Für einen Wertvergleich zwischen Leistung und Gegenleistung und damit für eine Preiskontrolle gibt es deshalb in der Regel auch keinen allgemeingültigen abstrakten Maßstab. Eine der wichtigsten Wirkungen der Vertragsfreiheit ist es, dass sich für Waren und Leistungen, die auf einem freien Markt angeboten werden, erst über Angebot und Nachfrage ein Marktpreis herausbildet.

II. Die Willenserklärung

Literatur: *Boemke/Ulrici*, BGB Allgemeiner Teil, § 5; *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, § 4, Eisenhardt, Zum subjektiven Tatbestand der Willenserklärung, JZ 1986, 875, *Bydlinski*, Erklärungsbewusstsein und Rechtsgeschäft, JZ 1975, 1; *Ebert*, Schweigen im Vertrags- und Deliktsrecht, JuS 1999, 754, *Grunewald*, Bürgerliches Recht, § 1; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil I, *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, § 8, *Lange*, Die Willenserklärung, JA 2007, 687; *Lettl*, Das kaufmännische Bestätigungsschreiben, JuS 2008, 849; *Musielak*, Grundkurs BGB, § 2 II; *Neuner*, Was ist eine Willenserklärung JuS 2007, 881; *Petersen*, Der Tatbestand der Willenserklärung, Jura 2006, 178, *Schapp/Schur*, Einführung in das Bürgerliche Recht: § 9; *Schmidt/Brüggemeier*, Grundkurs Zivilrecht, B, I; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 2.2.

Ein Rechtsgeschäft bzw. ein Vertrag besteht aus zwei sich deckenden Willenserklärungen. Bei einem Kaufvertrag sind dies beispielsweise Angebot und Annahme des Angebotes. Unter einer Willenserklärung versteht man eine private

Willensäußerung, die eine nach ihrem objektiven und zurechenbaren Erklärungsgehalt gewollte Rechtsfolge in Geltung setzt.¹⁴ Sie ist daher ein notwendiger Bestandteil eines Rechtsgeschäfts.

1. Herbeiführung rechtsgeschäftlicher Wirkungen

Wesentliches Merkmal der Privatautonomie und der Vertragsfreiheit ist, dass Rechtsfolgen nur eintreten, wenn man erklärt, dass man sie will (Willenserklärung). Eine Willenserklärung ist also auf die Herbeiführung eines rechtsgeschäftlichen Erfolges gerichtet. Der Käufer muss den Kaufpreis nur deshalb zahlen, weil er das will und sich dazu verpflichtet hat, um die gekaufte Sache zu erhalten. Das unterscheidet vertragliche von den gesetzlichen Schuldverhältnissen der §§ 823 ff. BGB (vgl. oben unter „4. Teil“). Der Begriff der Willenserklärung ist im BGB nicht definiert.

Für eine Willenserklärung ist erforderlich:

- der innere Wille, eine Rechtsfolge herbeiführen zu wollen, und
- die Äußerung dieses Willens.

Diese beiden Elemente stehen nicht getrennt nebeneinander, sie bilden vielmehr eine Willenseinheit. Da der innere Wille nämlich nach außen hin nicht erkennbar ist, muss er durch die Erklärung kundgetan werden.

Beim inneren Willen wird unterschieden nach

- Handlungswille,
- Erklärungsbewusstsein und
- Geschäftswillen.

a) Handlungswille

Mit Handlungswillen ist das Bewusstsein zu Handeln gemeint. Darunter ist der bewusste Willensakt zu verstehen, der auf die Vornahme eines äußeren Verhaltens gerichtet ist. Liegt bereits kein gewolltes Handeln vor, z. B. bei Reflexbewegungen, Bewegungen im Schlaf oder in Hypnose, dann liegt auch keine Willenserklärung vor. Menschliche Handlungen sind in der Regel vom Willen gesteuert, so dass der Handlungswille nur in seltenen Ausnahmefällen fehlen kann.

b) Erklärungsbewusstsein

Mit Erklärungsbewusstsein oder auch Erklärungswillen handelt nur, wer weiß, dass er eine irgendeine rechtserhebliche Erklärung abgibt. Bei vielen Erklärungen des täglichen Lebens ist ohne weiteres erkennbar, dass der Handelnde sich gar nicht rechtlich binden will. Das gilt etwa für Einladungen zum Essen, Verabredungen zur gemeinsamen Klausurvorbereitung. Derartige, sog. Gefälligkeits-

¹⁴ Vgl. BGH NJW 2001, 289 (290); *Kaiser*, Bürgerliches Recht, S. 34.

verhältnisse, bei denen für den Empfänger erkennbar ist, dass der Erklärende sich überhaupt nicht rechtlich binden will, begründen keine Rechtspflichten und haben auch keine Rechtsfolgen.

Beispielsfälle: Freund F, der dem Ernie zusagt, dass er ein gekauftes Hemd für ihn aus der Nachbarstadt mitbringt, haftet dem Ernie nicht auf Erfüllung oder Schadensersatz, wenn er es vergisst.

Ernie haftet auch nicht dem Bert wegen nutzloser Aufwendungen, wenn der zum Essen in ein Restaurant einlädt, Bert mit der Bahn hinfahren muss und Ernie nicht erscheint.

Für die Begründung einer Verpflichtung ist andererseits nicht erforderlich, dass eine Erklärung mit Rechtsbindungswillen und Erklärungsbewusstsein abgegeben wird.¹⁵ Es wird auf die Interessen des Erklärungsempfängers abgestellt. Der Vertrauensschutz muss dann darüber entscheiden, ob ein bestimmtes Verhalten als Willenserklärung gewertet wird. So liegt bei fehlendem Erklärungsbewusstsein eine Willenserklärung auch dann vor, wenn der Erklärende bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte erkennen können, dass seine Erklärung als Willenserklärung aufgefasst wird. Es reicht daher aus, dass aus der Sicht des Erklärungsempfängers ein Rechtsbindungswille besteht. Der Rechtsbindungswille fehlt etwa dann, wenn jemand zusammen mit anderen Briefen auch eine Bestellung in der Annahme unterschreibt, es handle sich ausnahmslos um Einladungen zu einer Feier.

Schulbeispiel für ein Handeln ohne Rechtsbindungswillen ist der Ortsfremde, der eine Weinversteigerung besucht und einem ebenfalls anwesenden Freund zuwinkt, ohne zu wissen, dass dort sein Handzeichen als ein Angebot auf Abschluss eines Kaufvertrages über das angebotene Fass Wein verstanden wird. (sog. Trierer Weinversteigerungsfall BGHZ 91, 324) Dennoch ist der Erklärenden in derartigen Fällen an seine Erklärung gebunden, wenn er bei dem Erklärungsempfänger fahrlässig das Vertrauen auf einen bestimmten Erklärungsinhalt erweckt hat und dieser die Erklärung daher als rechtlich verbindlich verstehen durfte.

Merke: Inhalt der Willenserklärung ist nicht das vom Erklärenden Gewollte, sondern das als gewollt Erklärte.

c) Geschäftswille

Unter einem Geschäftswillen ist der Wille zu verstehen, nicht nur irgendeine, sondern eine konkrete inhaltliche Rechtsfolge herbeizuführen, also das „bestimmte“ Rechtsgeschäft vorzunehmen. Der Geschäftswille ist nicht notwendiger Bestandteil einer Willenserklärung. Wenn sich jemand bei Abgabe eines Angebots verspricht oder verschreibt und deshalb "Kaufpreis 50 EUR" anstatt "Kaufpreis 15 EUR" erklärt, dann fehlt ihm der Geschäftswille für einen Vertrag mit dem höheren Kaufpreis als 15 EUR. Hier wird die Bedeutung des Merksat-

¹⁵ Vgl. auch: BGHZ 91, 324; 109; 177: Das Erklärungsbewusstsein wird heute nicht mehr als notwendiger Teil einer Willenserklärung aufgefasst.

zes erkennbar. Es kommt auf das als gewollt Erklärte an, so dass eine wirksame Willenserklärung mit dem Inhalt "50 EUR" abgegeben worden ist.

Merke: Der Inhalt einer Willenserklärung bestimmt sich aus der Sicht eines objektiven Dritten in der Position des Erklärungsempfängers.

2. Abgabe von Willenserklärungen

Eine Willenserklärung kann entweder ausdrücklich oder konkludent (durch schlüssiges Verhalten) abgegeben werden. Eine ausdrückliche Willenserklärung ist der gesprochene oder geschriebene Satz: "Ich nehme Ihr Angebot vom 1. Juni an." Aber auch durch Kopfnicken oder -schütteln kann man seinen Willen äußern. Eine konkludent abgegebene Erklärung ist z.B. das Hinlegen des für eine Ware geforderten Geldbetrages.

Schweigen hat für sich genommen keinerlei Erklärungswert und kann daher grundsätzlich auch nicht als Willenserklärung bewertet werden. Wer schweigt, stimmt damit also auch nicht etwa einem ihm unterbreiteten Vorschlag zu. Die gebräuchliche, aber missverständliche Formulierung, dass Schweigen keine Willenserklärung sei, bedeutet aber nicht etwa, dass man reden muss um etwas zu erklären. Willenserklärungen können auch durch Kopfschütteln oder Kopfnicken abgegeben werden. Mit Schweigen ist vielmehr Untätigbleiben gemeint. Grundsätzlich gibt keine Willenserklärung ab, wer gar nicht reagiert. Gelegentlich besteht allerdings eine Rechtspflicht zur Reaktion. Dann kommt dem Untätigbleiben Erklärungswert zu.

Beispiel: Ernie kommt jeden Morgen an den Kiosk des Bert. Er legt 1,50 EUR auf den bereitstehenden Geldteller und nimmt – unter Beobachtung von Bert - sich eine in der Auslage liegende F.A.Z. Während dieses Vorgangs haben Ernie und Bert kein Wort miteinander gewechselt. Trotzdem kam ein wirksamer Vertrag über den Kauf einer Tageszeitung zustande.

3. Untätigbleiben als Erklärungshandlung

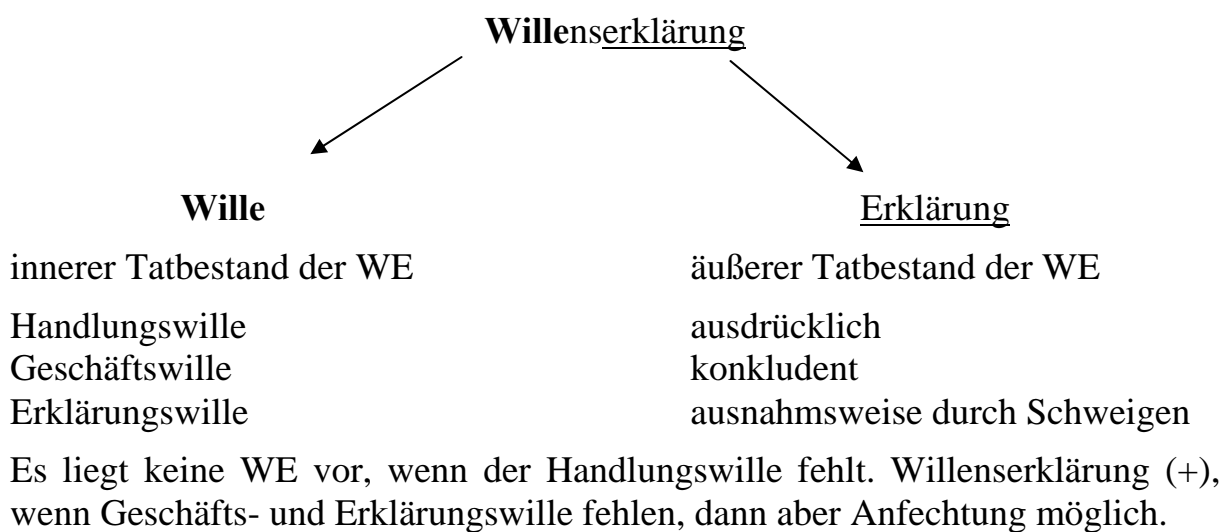
Es kann vertraglich vereinbart werden, dass Untätigbleiben andere als die im Gesetz vorgesehenen Wirkungen haben soll. Die Parteien können sich also darauf verständigen, dass ein Vertrag dann zustande kommen soll, wenn der Empfänger auf ein Angebot schweigt.

4. Untätigbleiben mit Erklärungswirkung

Gelegentlich knüpft auch der Gesetzgeber Rechtsfolgen an das von ihm "Schweigen" genannte passive Verhalten. Das gilt etwa nach § 362 Abs.1 HGB für einen Kaufmann, dessen Gewerbebetrieb die Besorgung von Geschäften für andere zum Inhalt hat. Antwortet er nicht unverzüglich auf ein Angebot von jemandem, mit dem er in Geschäftsbeziehung steht, so gilt sein Untätigbleiben als Annahme. Für das sogenannte kaufmännische Bestätigungsschreiben hat die

Rechtsprechung den allgemeinen Grundsatz entwickelt, dass ein Vertrag mit dem von einer Partei bestätigtem Inhalt zustande kommt, wenn die andere Partei dem nicht widerspricht. Auch das passive Verhalten von Nichtkaufleuten kann die Wirkung einer Willenserklärung haben. Nach § 151 Satz 1 BGB kommt ein Vertrag durch Annahme ohne Annahmeerklärung gegenüber dem Antragenden zustande, wenn eine solche Erklärung nach der Verkehrssitte nicht zu erwarten ist.

In bestimmten Fällen wird an das Schweigen eine Erklärungswirkung geknüpft: Schweigen als Ablehnung: §§ 108 Abs. 2 Satz 2; 177 Abs. 2 Satz 2, 415 Abs. 2 Satz 2 BGB oder Schweigen als Zustimmung: § 416 Abs. 1 Satz 2, § 455 Satz 2, § 516 Abs. 2 Satz 2, 362 HGB.



III. Wirksamwerden der Willenserklärung durch Zugang

Literatur: Brox/Walker, Allgemeiner Teil des BGB § 7; Haas, Das Wirksamwerden von Willenserklärungen JA 1997, 116; Jaensch, Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, Teil D, I.

Um wirksam zu werden, muss eine Willenserklärung kundgegeben werden. Dazu muss sie abgegeben werden, was § 130 Abs. 1 BGB voraussetzt und grundsätzlich auch zugehen, vgl. § 130 Abs. 1 BGB. Wann eine Willenserklärung jedoch zugegangen ist, ist im BGB in den §§ 130 bis 132 unvollständig geregelt.

Durch die Abgabe hat der Erklärende willentlich alles getan, damit die Erklärung wirksam wird.

Empfangsbedürftige Willenserklärungen werden mit Abgabe und Zugang wirksam. Empfangsbedürftig ist eine Willenserklärung, die an einen bestimmten Adressaten gerichtet ist. Eine empfangsbedürftige Willenserklärung muss mit Wissen und Wollen des Erklärenden in Richtung des Empfängers gebracht werden.¹⁶ Wenn der Erklärende ein Schriftstück verfasst, dieses durch Zufall oder andere

¹⁶ Vgl. Palandt/Ellenberger, § 130 Rdnr. 4 BGB.

Einwirkungen auf den Weg zum Empfänger gebracht wird, gilt dies nicht als abgegebene Willenserklärung.¹⁷

Beispiel: Ernie gefällt im Qualle-Katalog eine Quietscheente. Er füllt das Bestellformular aus, will es sich aber noch ein paar Tage überlegen, ob er es tatsächlich abschickt. Bert findet in Abwesenheit von Ernie das ausgefüllte Formular und schickt es ab. Ernie hat in diesem Fall keine Willenserklärung abgegeben.

Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen sind die Ausnahme und werden bereits mit Abgabe wirksam.¹⁸

Beispiel: Auslobung, Testament

Die meisten Willenserklärungen sind empfangsbedürftig und werden erst wirksam, wenn sie dem Empfänger zugegangen sind (§ 130 Abs. 1 Satz 1 BGB). Der Zeitpunkt des Zugangs und damit des Wirksamwerdens von Willenserklärungen ist vor allem bei fristgebundenen Erklärungen (wie bei Kündigungen) bedeutsam. Ausnahmen gelten für einige fristgebundene Erklärungen von Verbrauchern, für deren Wirksamkeit auf den Zeitpunkt der Absendung abgestellt wird.

Eine mündliche Erklärung geht zu und wird wirksam, wenn der Zuhörer sie (akustisch) vernommen hat, eine schriftliche mit der Möglichkeit der Kenntnisnahme. Für den Zugang und damit für das Wirksamwerden einer Willenserklärung unter Abwesenden reicht aus, dass die Erklärung dem Empfänger ausgehändigt wird oder in seinen Machtbereich gelangt, wenn er unter normalen Umständen die Möglichkeit hat, ihren Inhalt zur Kenntnis zu nehmen. Ein Brief ist also bereits an dem Tag zugegangen, an dem er vom Postzusteller zu der üblichen Zustellzeit in den Briefkasten geworfen wurde, auch wenn er erst am folgenden Tag oder noch später vom Empfänger entnommen und gelesen wird. Andererseits geht ein erst abends in den Briefkasten eingeworfener Brief dem Empfänger erst am nächsten Tage zu, weil unter normalen Umständen erst dann die Möglichkeit besteht, davon Kenntnis zu nehmen. Die Möglichkeit zur Kenntnisnahme ist auch dann zu verneinen, wenn der Brief ohne besonderen Hinweis nur in den Räumen des Empfängers abgelegt und von diesem nicht entdeckt wird.

Mit der Zugangsregelung soll allerdings nur der späteste Zeitpunkt des Wirksamwerdens einer Willenserklärung bestimmt werden. Nimmt also der Empfänger die mit dem Brief abgegebene Willenserklärung noch am Abend vorher zur Kenntnis, so wird sie damit auch sofort wirksam. Verweigert der Empfänger unberechtigtweise (also nicht etwa wegen Nachportos) die Annahme einer Sendung oder verzögert er deren Zugang bewusst, obwohl er mit dem Eingang rechtsgeschäftlicher Erklärungen rechnen muss, so muss er sich nach Treu und

¹⁷ Vgl. *Petersen*, Jura 2006, S. 426 f ob der Empfänger des Schriftstückes einen Schadensersatzanspruch nach § 122 BGB analog haben kann.

¹⁸ Vgl. *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 2.2.3.

Glauben (§ 242 BGB) so behandeln lassen, als wenn ihm die Willenserklärung zugegangen wäre.

Für den Zugang von behördlichen Erklärungen bestehen Sonderregelungen. Nach § 4 Abs. 1 Verwaltungszustellungsgesetz gelten Schriftstücke als am 3. Tag nach der Absendung zugestellt, es sei denn, dass das zuzustellende Schriftstück nachweislich nicht oder zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist. Außerdem gehört es nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu den Sorgfaltspflichten eines jeden Staatsbürgers, sich Kenntnis vom Inhalt derjenigen (behördlichen) Schriftstücke zu verschaffen, die für ihn zwecks Zustellung niedergelegt worden sind.

IV. Der Vertragsschluss

Literatur: *Boemke/Ulrici*, BGB Allgemeiner Teil, § 7; *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, § 8; *Fritzsche*, Der Abschluss von Verträgen, JA 2006, 674; *Grunewald*, Bürgerliches Recht, § 2; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil I, Kapitel 16; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, 2 Kapitel, § 10; *Medicus*, Grundwissen zum Bürgerlichen Recht § 5; *Schapp/Schur*, Einführung in das Bürgerliche Recht, § 9 II, *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht, Teil V, Kapitel 3; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 3.

Wie bereits dargestellt können Schuldverhältnisse entweder kraft Gesetzes oder durch Rechtsgeschäfte entstehen. Für rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse ergibt sich aus § 311 BGB, dass sie durch einen Vertrag zwischen den Beteiligten begründet werden, sofern nicht das Gesetz etwas anderes vorschreibt. Durch Vertrag können beliebige Leistungspflichten begründet werden. Ein Vertrag kommt durch zwei Willenserklärungen zustande, die Angebot (auch Antrag) und Annahme genannt werden (§§ 145 ff. BGB).

1. Angebot

Ein wirksames Angebot ist vom Erklärenden nur abgegeben worden, wenn es alle notwendigen Angaben über den angestrebten Vertrag enthält, so dass der Kontrahent nur noch "ja" zu sagen braucht. Bei einem Kaufvertrag müssen sich dazu mindestens die vorgesehenen Vertragsparteien Käufer und Verkäufer, die Kaufsache und der Kaufpreis (§ 433 BGB) aus den Erklärungen ergeben. Welche Seite das Angebot zum Vertragsschluss unterbreitet, ist unerheblich. Antragender kann also der Kaufinteressent oder der (zukünftige) Verkäufer sein.

Kein Angebot im Rechtssinne sind Zeitungsanzeigen sowie Schaufenster- und Regalauslagen, weil der Empfängerkreis völlig unbestimmt ist. Mit ihnen werden die Leser bzw. Betrachter nur aufgefordert, ihrerseits Angebote abzugeben (*invitatio ad offerendum*).

Beispiel: Wird im Supermarkt ein Stück Butter mit 1,50 EUR fälschlich ausgezeichnet, obwohl es 1,65 EUR kosten soll, ist der Verkäufer allein durch das Ausliegen der Butter im Re-

gal nicht an diesen Preis gebunden. Die Auszeichnung des Preises ist lediglich eine *invitatio ad offerendum*. Erst an der Supermarktkasse unterbreitet der Käufer ein Angebot¹⁹ zum Kauf der Butter.

Beim Kauf aus Warenautomaten ist der Aufsteller dagegen von vornherein bereit, mit jedem durch Einwurf des Geldbetrages vorleistenden Interessenten einen Kaufvertrag über die in dem Automaten vorhandene Waren zu schließen. Das Bereitstellen des Warenautomaten stellt daher eine *invitatio ad incertas personas* dar. Anders als bei Zeitungsanzeigen und Schaufensterauslagen riskiert er nicht, dass sein Angebot häufiger angenommen wird als ihm lieb ist. Daher ist die Auslage der Ware in dem betriebsbereiten Automaten als Angebot an Personen zu verstehen, die erst im Zeitpunkt des Vertragsschlusses bestimmbar sind unter dem Vorbehalt, dass der Vorrat reicht, der Automat funktionsfähig ist und die korrekte Münze eingeworfen wird.²⁰

Wer einem anderen ein Angebot unterbreitet, ist nach § 145 BGB daran gebunden, sofern er seine Bindung nicht ausgeschlossen hat. Das geschieht häufig durch Angebote mit dem Zusatz "freibleibend". Mit der im Wirtschaftsleben häufig verwendeten Klausel "freibleibend" wird nicht notwendig die Bindung an das abgegebene Angebot ausgeschlossen. Ein als "freibleibend" gekennzeichnetes Angebot kann entweder als unverbindlich und damit nur als Aufforderung zur Abgabe eines Angebots oder als ein verbindliches Angebot verbunden mit einem Widerrufsvorbehalt interpretiert werden. In jedem Fall muss der Erklärende den Empfänger unverzüglich informieren, wenn er den Vertragsschluss ablehnen oder von seinem Widerrufsvorbehalt Gebrauch machen will. Die einseitige Bindung gegenüber dem Empfänger eines Antrags muss allerdings auch irgendwann enden, damit der Antragende wieder disponieren und sich ggf. einen anderen Vertragspartner suchen kann. Nach § 146 BGB erlischt der Antrag, wenn er nicht rechtzeitig i.S. der §§ 147-149 BGB angenommen wird.

2. Annahme

Als Annahme ist eine grundsätzlich empfangsbedürftige Willenserklärung zu verstehen, mit der sich derjenige, an den das Angebot gerichtet ist, mit dem Inhalt des Angebots uneingeschränkt einverstanden erklärt.²¹

Der Inhalt einer wirksamen Annahmeerklärung ergibt sich zwangsläufig aus dem Inhalt des Antrags, der angenommen werden soll. Da ein wirksames Angebot nur abgegeben worden ist, wenn es alle notwendigen Angaben über den angestrebten Vertrag enthält, kann dieser Vertrag nur zustande kommen, wenn der Annehmende das Angebot vorbehaltlos akzeptiert. Jede Erweiterung, Einschränkung oder sonstige Änderung in der Annahmeerklärung gilt nach § 150

¹⁹ Vgl. Palandt/Heinrichs, § 145 Rdnr. 8 BGB.

²⁰ Vgl. BGH NJW 2002, 363 (364).

²¹ Kaiser, Bürgerliches Recht, S. 83.

Abs. 2 BGB als Ablehnung des Antrags und gleichzeitig als Abgabe eines eigenen neuen Antrags. Der Annehmende muss sich also auf eine reine Zustimmung beschränken, damit der ihm angebotene Vertrag zustande kommt.

Da ein Antrag bei verspäteter Annahme erlischt (§ 146 BGB), muss die Annahme rechtzeitig erklärt werden. Das ist der Fall, wenn sie innerhalb der vom Antragenden bestimmten Frist erfolgt (§ 148 BGB). Falls keine Frist bestimmt wurde, kann die Annahme unter Anwesenden nur sofort erfolgen, unter Abwesenden nur bis zu dem Zeitpunkt, an dem der Antragende den Eingang der Antwort unter regelmäßigen Zuständen erwarten darf (§ 147 BGB). Diese gesetzliche Annahmefrist setzt sich zusammen aus der Zeit für die Übermittlung des Antrags an den Empfänger, dessen Bearbeitungs- und Überlegungszeit sowie aus der Zeit für die Übermittlung der Antwort an den Antragenden. Letztlich kommt es aber auch hier wieder auf den Zeitpunkt des Zugangs der Annahme beim Antragenden an. Erfolgt die Annahme verspätet, so gilt sie nach § 150 Abs. 1 BGB als neuer Antrag, so dass der Antragende jetzt wieder die freie Entscheidung hat, ob er den Vertrag noch schließen möchte.

Wenn A zu B sagt: "Ich möchte dein Fahrrad für 100 EUR kaufen", und B antwortet: "Einverstanden", dann ist ein Kaufvertrag i.S. von § 433 BGB zustande gekommen. Erwidert B: "Ich möchte es behalten", so ist damit das Angebot des A abgelehnt und damit auch erloschen (§ 146 BGB). B kann das Angebot des A später nicht mehr annehmen. Er könnte nur seinerseits dem A ein neues Angebot unterbreiten, wenn er ihm sein Fahrrad doch verkaufen will. Antwortet B auf das Angebot des A, dass er sein Rad nicht für 100 EUR, wohl aber für 150 EUR verkaufe, so ist das ebenfalls eine Ablehnung, die jedoch mit einem neuen Antrag verbunden ist (§ 150 Abs. 2 BGB), der nun von A angenommen werden könnte. Es besteht ein offener Dissens (§ 154 BGB). Beide Parteien wissen, dass sie sich noch nicht geeinigt haben.

V. Die Auslegung

Literatur: *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, § 3; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil I, Kapitel 15; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil 1, § 3, *Saueressig*, Die Auslegung von Gesetzen, Jura 2005, 525; *Schapp*, Einführung in das Bürgerliche Recht: Auslegung und Anwendung der Rechtssätze, JA 2002, 763; *Wieacker*, Die Methode der Auslegung des Rechtsgeschäfts, JZ 1967, 385; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 2.2.4.

Der Inhalt von Erklärungen aller Art ist häufig nicht eindeutig und auslegungsbedürftig. Das gilt für rechtsgeschäftliche Erklärungen und für Aussagen in Gesetzestexten gleichermaßen. Allerdings gelten für die Vertragsauslegung einerseits und die Gesetzesauslegung andererseits unterschiedliche Regeln. Soll bei der Auslegung von Gesetzen deren rechtlich relevanter Sinn erforscht wer-

den, ist bei der Auslegung von privaten Handelskontrakten dessen rechtsgeschäftliche Bedeutung zu ergründen.²²

1. Auslegung von Willenserklärungen und Verträgen

Viele Formulierungen und Begriffe sind mehrdeutig, so dass ihre Bedeutung und damit der Inhalt von Willenserklärungen erst durch Auslegung zu ermitteln ist. Wer etwa Birnen kaufen will, kann damit Glühlampen oder Früchte meinen (vgl. oben unter „II., 1, c.). Nach § 133 BGB ist bei der Auslegung einer Willenserklärung der wirkliche Wille des Erklärenden zu ermitteln, der nicht notwendig dem Wortlaut entsprechen muss. Diese Vorschrift wird auch auf die Auslegung von Verträgen angewandt; umgekehrt wird die Vorschrift des § 157 BGB nicht nur für die Auslegung von Verträgen, sondern auch von (einseitigen) Willenserklärungen herangezogen. Nach § 157 BGB sind Verträge so auszulegen, wie Treu und Glauben es mit Rücksicht auf die Verkehrssitte erfordern.

a) Parteienverträge

Bei empfangsbedürftigen Willenserklärungen erfordert der Schutz des Erklärungsempfängers im Hinblick auf Treu und Glauben, dass diese nach dem Empfängerhorizont ausgelegt werden. Abzustellen ist also auf die Bedeutung, die der Empfänger aus seiner Sicht unter Berücksichtigung der Verkehrssitte den Worten oder Handlungen des Erklärenden beilegen musste. Ein übereinstimmender Wille der Vertragspartner ist allerdings auch dann maßgeblich, wenn er in der Erklärung keinen Ausdruck gefunden hat (*falsa demonstratio non nocet*).

Beispielsfall (RG vom 8.6.1920, Az II 549/1919 RGZ 99, 147, vertiefend: Martinek, JuS 1997, S. 136 f.): A und B vereinbarten den Kauf von „Haakjöringsköd“. Dabei gehen beide davon aus, dass sie das norwegische Wort für Walfischfleisch meinen. Allerdings bedeutet dieses Wort Haifischfleisch.

Da A und B sich darüber einig waren, was sie kaufen wollten und beide Walfisch kaufen bzw. verkaufen wollten kam trotz der Falschbezeichnung ein Kaufvertrag über Walfischfleisch zustande.

Der Empfänger der Willenserklärung muss trotz der Falschbezeichnung das Richtige, also das vom Erklärenden Gemeinte, verstanden haben. Wenn sich also feststellen lässt, was die Parteien tatsächlich gewollt haben, kann die Vertragsauslegung auch einen vom Wortlaut und üblichen Wortsinn abweichenden Vertragsinhalt ergeben.²³ Grundsätzlich sind aber Erklärungen so auszulegen, wie sie aus der Sicht des Erklärungsempfängers nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte zu verstehen sind.

Ein versteckter Einigungsmangel liegt nur vor, wenn durch Auslegung der beiderseitigen Erklärungen nicht zu ermitteln ist, was die Parteien gewollt haben

²² Vgl. Zerres, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 2.2.4.

²³ Vgl. BGH NJW 2002, 1038 (1039).

oder wenn die Auslegung ergibt, dass sie sich gar nicht geeinigt haben. Bezieht sich der Einigungsmangel auf wesentliche Elemente des beabsichtigten Vertrages, so ist er noch nicht zustande gekommen. Wäre der Vertrag dagegen auch ohne den ungeklärten Teil geschlossen worden, so gilt das übereinstimmend Vereinbarte (§ 155 BGB).

Beispiel: Ernie will Bert seine Quetscheente verkaufen und schlägt ihm schriftlich einen Kaufpreis von 5 EUR vor. Bert verliert sich und nimmt an, die Ente würde für 50 EUR verkauft. Er schreibt dem Bert daraufhin zurück: Ich kaufe die Ente für 50 EUR. Ein Kaufvertrag kam nicht zustande, da eine Einigung über die essentialia negotii nicht zustande kam.

b) Normenverträge

Die Grundsätze über eine ausschließlich am Parteiwillen ausgerichtete Ermittlung des für den Erklärungsempfänger erkennbaren subjektiven Parteiwillens führen allerdings dann zu unangemessenen Ergebnissen, wenn die getroffene Vereinbarung auch für am Vertragsschluss nicht beteiligte Dritte Wirkungen entfalten soll oder wenn die Vertragsklauseln einseitig vorformuliert worden sind. Beispiele für Verträge mit Wirkungen für Dritte sind Gesellschaftsverträge oder Vereinssatzungen, bei denen von einem später Beitretenden nicht erwartet werden kann, dass er eine vom normalem Sprachgebrauch abweichende Formulierung ebenso versteht, wie die ursprünglichen Vertragsparteien. Für vorformulierte Klauseln (= sog. Allgemeine Geschäftsbedingungen), auf deren Wortlaut der Vertragspartner keinen Einfluss nehmen kann, sieht das BGB in den §§ 305 ff. besondere Auslegungsgrundsätze vor.

Bei Erklärungen, die für außenstehende, am ursprünglichen Zustandekommen eines Vertrages nicht beteiligte Dritte Bedeutung erlangen oder die einseitig vorformuliert und nicht verhandelbar sind, bestimmt sich der Inhalt einer getroffenen Vereinbarung daher nur nach der Verständnismöglichkeit eines durchschnittlichen Beteiligten oder eines Angehörigen des gerade angesprochenen Personenkreises. Bei einer derartigen normativen oder objektiven Auslegung bleiben also alle Umstände außer Betracht, die nur einzelnen Beteiligten bekannt oder erkennbar waren. Bei der Ermittlung des Inhalts derartiger Erklärungen sind außer dem Wortlaut nur diejenigen Umstände zu berücksichtigen, die entweder für jedermann oder jedenfalls für den angesprochenen Personenkreis bekannt oder erkennbar sind.

c) Gesetzesauslegung

Ähnliche Grundsätze wie für die Auslegung von Normenverträgen gelten für die Auslegung von gesetzlichen Vorschriften. Zur Ermittlung des Inhalts einer Rechtsnorm oder eines darin enthaltenen Tatbestandsmerkmals ist abzustellen auf den Wortsinn der im Gesetz verwendeten Formulierung (Sprachlich-grammatikalische Auslegung), den Zusammenhang (Kontext) der betreffenden Vorschrift mit anderen gesetzlichen Regelungen (Systematische Auslegung), die

ursprüngliche Regelungsabsicht des Gesetzgebers (Historische Auslegung) und auf den Gesetzeszweck (Teleologische Auslegung).²⁴

2. Ergänzende Vertragsauslegung

Die Auslegung eines Vertrages führt dann nicht zu einer sinnvollen Entscheidung, wenn die Parteien über bedeutsame Fragen keine Vereinbarungen getroffen haben.

Sehr häufig werden bei Abschluss eines Vertrages nicht alle denkbaren Komplikationen bedacht und auch nicht alle regelungsbedürftigen Einzelheiten geregelt. Eine Lücke in der vertraglichen Regelung kann entweder von Anfang an bestehen oder sich erst nachträglich ergeben. Wenn dann eine dispositive gesetzliche Bestimmung über die Rechtsfolgen fehlt, finden die Grundsätze über die ergänzende Vertragsauslegung Anwendung, die allerdings eher zur Vertragsergänzung durch Lückenfüllung als zur Vertragsauslegung führt. Der lückenhafte Vertrag wird um eine Regelung ergänzt, wie sie die Parteien hätten treffen müssen, wenn sie den Streitpunkt bedacht und dabei das Gebot von Treu und Glauben sowie die Verkehrssitte beachtet hätten. Allerdings kann durch ergänzende Vertragsauslegung nie eine Regelung zum Inhalt des Vertrages gemacht werden, die dem tatsächlichen Willen der Vertragsparteien widerspricht.

Verpflichtungen zur nachträglichen Vertragsergänzung werden häufig in Form von salvatorischen Klauseln begründet. Damit soll die im Gesetz vorgesehene Gesamtnichtigkeit als Rechtsfolge fehlerhafter oder unvollständiger vertraglicher Vereinbarungen modifiziert werden. Nach § 139 BGB ist ein Rechtsgeschäft insgesamt nichtig, wenn ein Teil davon nichtig ist und wenn nicht anzunehmen ist, dass es auch ohne den nichtigen Teil vorgenommen worden wäre. Diese gesetzliche Regelung kann vertraglich abbedungen und in ihr Gegenteil verkehrt werden, um einen rechtlich fehlerhaften oder unvollständigen Vertrag möglichst aufrechtzuerhalten. Dann besteht auch ein lückenhaftes oder teilweise unwirksames Rechtsgeschäft fort, sofern die Auslegung ergibt, dass sein verbliebener, regelmäßig ergänzungsbedürftiger Teil nach dem Willen der Parteien Bestand haben soll. Salvatorische Klauseln verkehren aber lediglich die gesetzliche Vermutung, nach der Teilnichtigkeit zur Gesamtnichtigkeit führt, in ihr Gegenteil. Sie schließen also nicht aus, dass die Nichtigkeit einer bedeutsamen Vertragsklausel zur Nichtigkeit des gesamten Vertrages führt. Sollte ein solcher Vertrag lückenhaft sein oder sollten einzelne Bestimmungen ganz oder teilweise ungültig sein oder werden, so wird hiervon die Gültigkeit der anderen Vertrags Teile nicht berührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich vielmehr, die fehlende oder ungültige Bestimmung durch eine gültige Regelung zu ersetzen, die dem

²⁴ Vgl. *Kaiser*, Bürgerliches Recht, S. 71; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, S. 17.

wirtschaftlichen Gehalt der getroffenen Vereinbarung soweit wie möglich entspricht.

Beispiel salvatorische Klausel: Sollte eine der vorstehenden Vereinbarungen nichtig sein, betrifft dies nicht die Nichtigkeit des gesamten Vertrages bzw. der übrigen Vereinbarungen.

3. Umdeutung

Kann der von den Parteien angestrebte Erfolg mit den von ihnen gewählten rechtlichen Mitteln nicht verwirklicht werden, dann kommt eine Umdeutung zur Durchsetzung ihres mutmaßlichen Willens in Betracht. § 140 BGB nennt diese Rechtsfolge zwar nur für den Fall der Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts; es handelt sich dabei aber um einen allgemeinen Rechtsgrundsatz. Allerdings muss das durch die Umdeutung erreichte Ergebnis und das neue Rechtsgeschäft von den Parteien als Minus gegenüber der getroffenen Vereinbarung auch gewollt sein.

VI. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte - Abstraktionsprinzip –

Literatur: Brox/Walker, Allgemeiner Teil des BGB, § 5; Jauernig, Trennungsprinzip und Abstraktionsprinzip, JuS 1994, 721; Medicus, Allgemeiner Teil, Rdnr. 224 – 241; Peters, Kauf und Übereignung – Zum so genannten Abstraktionsprinzip, Jura 1986, 449; Schwab/Löhnig, Einführung in das Zivilrecht, Teil V, Kapitel 2.

Rechtsgeschäfte werden nicht nur geschlossen, um Verpflichtungen zu begründen (Verpflichtungsgeschäfte); sie sind regelmäßig auch erforderlich, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die meisten Verpflichtungsgeschäfte sind im Schuldrecht des BGB enthalten. Durch den Abschluss eines Kaufvertrages verpflichtet sich der Verkäufer erst einmal nur, dem Käufer die Sache zu übergeben und ihm das Eigentum zu verschaffen (§ 433 Abs. 1 Satz 1 BGB). Der Käufer ist demgegenüber nach § 433 Abs. 2 BGB nur verpflichtet, den Kaufpreis zu entrichten und die Sache abzunehmen. Das Eigentum an der gekauften Sache und an dem geschuldeten Geldbetrag geht aber durch den Kaufvertrag noch nicht auf den anderen Vertragspartner über. Käufer und Verkäufer haben vielmehr nur Ansprüche gegeneinander, zwischen ihnen besteht ein Schuldverhältnis, d.h. sie schulden einander das in § 433 BGB Genannte. Man nennt verpflichtende Verträge daher auch schuldrechtliche Verträge.

Der Käufer hat also mit dem bloßen Abschluss des Kaufvertrages sein eigentliches Ziel noch nicht erreicht, den Kaufgegenstand zu erwerben. Der Verkäufer hat sich im Kaufvertrag zwar zur Übereignung der verkauften Sache verpflichtet; er erfüllt diese vertraglich übernommene Verpflichtung aber erst durch Abschluss eines weiteren Vertrages, eines Verfügungsgeschäftes, durch das dem Käufer der Kaufgegenstand übertragen und übereignet wird. Ist eine bewegliche

Sache verkauft worden, so erfolgt die Übertragung (Übereignung) nach § 929 Satz 1 BGB durch deren Übergabe und durch die Einigung der Parteien, dass das Eigentum übergehen soll. Ist Gegenstand des Kaufvertrags ein Recht, so erfolgt die Vertragserfüllung im allgemeinen durch Abtretung. Auch hier ist also zur Erfüllung der Verpflichtung aus dem Kaufvertrag ein weiterer (verfügender) Vertrag erforderlich.

Es sind daher zwei Arten von Rechtsgeschäften zu unterscheiden: die Verpflichtungs- und die Verfügungsgeschäfte. Bei den Verpflichtungsgeschäften werden durch die Vornahme des Geschäftes einseitige oder wechselseitige Verpflichtungen begründet, während bei den Verfügungsgeschäften unmittelbar auf ein Recht eingewirkt wird, es z.B. übertragen, belastet, geändert oder aufgehoben wird.²⁵ Verfügungsgeschäfte können im allgemeinen nur von demjenigen wirksam vorgenommen werden, der Inhaber des Rechts ist, sog. Verfügungsmacht. Der Dieb kann also das Eigentum am Diebesgut nicht übertragen. Dagegen können Verpflichtungsgeschäfte auch von Nichtberechtigten wirksam geschlossen werden. A kann also mit B einen wirksamen Kaufvertrag über eine Sache schließen, die dem C gehört. Dies kann für den A etwa dann sinnvoll sein, wenn er weiß, dass er die Sache zu einem niedrigeren Preis von C wird erwerben können, als B bereit ist, ihm zu zahlen. Allerdings trägt A dann natürlich das Risiko, dass C ihm die Sache nicht verkauft; dann könnte A seinen Vertrag B gegenüber nicht erfüllen und machte sich schadensersatzpflichtig. Hieraus ergibt sich, dass es auch möglich ist, dieselbe Sache mehrfach wirksam zu verkaufen.

Alle Verfügungsgeschäfte werden als abstrakte Rechtsgeschäfte bezeichnet, da sich ihnen der rechtliche Grund für ihre Vornahme nicht entnehmen lässt. Wenn A dem B eine CD-ROM übereignet, so lässt sich diesem Rechtsgeschäft nicht entnehmen, aus welchem Rechtsgrund dies geschieht, ob die beiden zuvor etwa einen Kaufvertrag oder einen Schenkungsvertrag geschlossen haben oder ob B einen Schadensersatzanspruch gegen A hat, weil dieser zuvor eine derartige CD-ROM zerstört hat. Die meisten Verpflichtungsgeschäfte dagegen sind kausale Rechtsgeschäfte. Sie tragen den Rechtsgrund in sich. Schließt V mit K einen Kaufvertrag, dann tut er dies, weil er für seine Verpflichtung, die Sache dem K zu übereignen, einen Anspruch auf Zahlung des Kaufpreises erhält. Bei einem Schenkungsvertrag ist die unentgeltliche Zuwendung einer Sache an den Beschenkten Rechtsgrund für deren Übereignung. Die Motive des Handelnden, Gewinnstreben, Dankbarkeit, Mitleid usw., stellen nicht den Rechtsgrund dar und sind in diesem Zusammenhang unerheblich.

Dieses Prinzip der rechtlichen Trennung von abstraktem und kausalem Geschäft wird Abstraktionsprinzip genannt. Es hat zur Konsequenz, dass die Wirksamkeit des Erfüllungsgeschäftes von dem Fehlen oder einer Unwirksamkeit des Grundgeschäftes nicht berührt wird, sog. Trennungsprinzip. Abstrakte Geschäfte werden also nicht etwa ohne Rechtsgrund vorgenommen. Ihr Rechtsgrund gehört

²⁵ Vgl. BGHZ 75, 221 (226).

aber nicht zum Vertragsinhalt, sondern ergibt sich aus einem dem abstrakten Rechtsgeschäft zugrunde liegenden anderen Schuldverhältnis. So erfolgt das abstrakte Geschäft (z.B. Übereignung der CD-ROM) eben zur Erfüllung des Kausalgeschäftes (z. B. Kaufvertrag, Schenkungsvertrag).

Beispiel: Ernie ist 8 Jahre alt. Er hat soeben von der Oma 200 EUR erhalten. Mit diesem Geld geht er zu „Spielzeug-Fritz“ und kauft sich ein ferngesteuertes Auto. Da Ernie beschränkt geschäftsfähig ist, kann er keine wirksamen Kaufverträge abschließen (hierfür ist die Einwilligung oder Zustimmung der Eltern erforderlich). Der Kaufvertrag zwischen ihm und „Spielzeug-Fritz“ ist demnach schwebend unwirksam. Die Eltern erlauben den Kauf nicht. Der Kaufvertrag wird unwirksam. Dies betrifft jedoch nicht die vorgenommene Übereignung des Autos an Ernie!

Zusammenfassend lässt sich daher sagen, dass der Unterschied zwischen Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft deutlich wird in:²⁶

a) Der Macht des Verfügenden über eine Sache, das Verpflichtungsgeschäft erfordert eine solche Macht des Verpflichtenden nicht.

Über das Eigentum an einer Sache kann nach § 929 BGB grundsätzlich nur der verfügbungsberechtigte Eigentümer verfügen.

Beispiel: Ernie ist Eigentümer eines Bildes „Quietschente im Morgenbad“. Er kann als Verfügungsberechtigter Bert das Eigentum an diesem Bild übertragen.

b) Es gilt der Prioritätsgrundsatz bei Verfügungen, bei Verpflichtungen nicht. Dies bedeutet, wenn jemand mehrmals verfügt, ist nur die zeitlich erste Verfügung wirksam, alle späteren Verfügungen sind unwirksam (Ausnahme: gutgläubiger Erwerb bei Verfügung des Nichtberechtigten)

Beispielsfälle: Kauf eines Buches; Kauf einer Tageszeitung

Übungsaufgabe: Definieren Sie die Begriffe „Willenserklärung“; „Rechtsgeschäft“ und „Vertrag“.

²⁶ Nach Brox/Walker, BGB AT, S. 51.

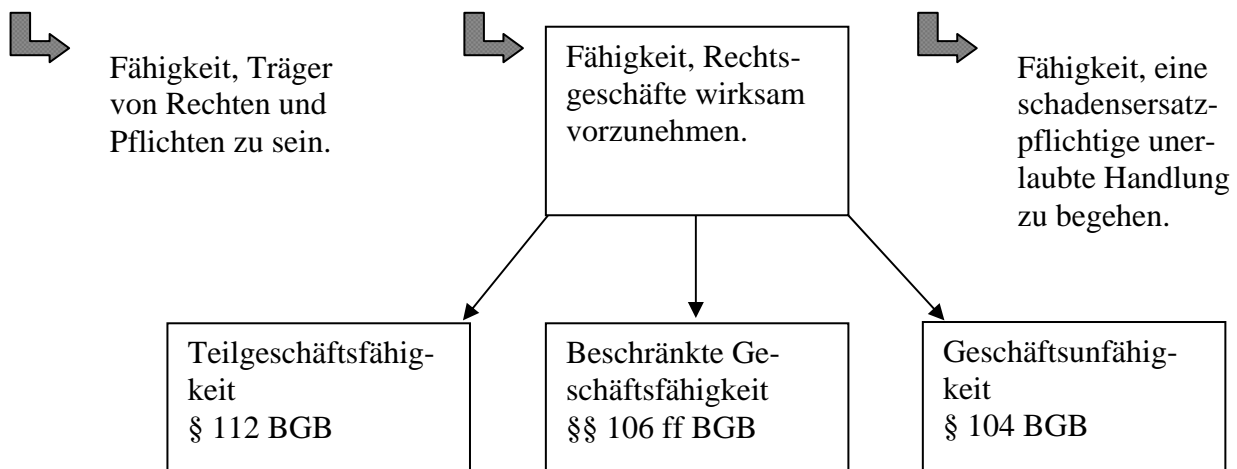
6. Teil: Rechtsfähigkeit, Geschäftsfähigkeit und Schuldfähigkeit

Träger von Rechten und Pflichten kann nur sein und Rechtsgeschäfte kann nur vornehmen, wer rechts- und geschäftsfähig ist. Von der Rechts- und Geschäftsfähigkeit hängt es also ab, ob jemand überhaupt Eigentümer, Gläubiger, Schuldner oder Vertragspartner sein kann. Für die Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung oder einer unerlaubten Handlung kommt es fast immer auf die Schuldfähigkeit des Verletzenden an.

Rechtsfähigkeit²⁷

≠ Geschäftsfähigkeit

≠ Deliktsfähigkeit



I. Rechtsfähigkeit

Literatur: *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil I, Kapitel 7; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, Kapitel 1; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 1.

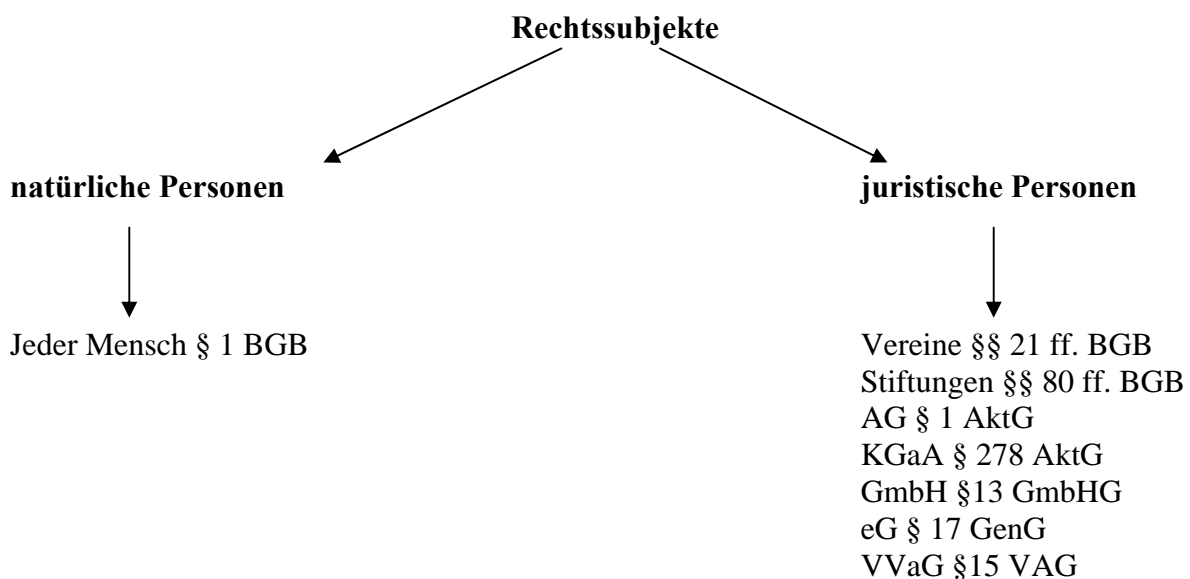
Rechtsfähig sind natürliche und juristische Personen. Sie werden als Rechtssubjekte bezeichnet. Menschen werden nach § 1 BGB mit Vollendung der Geburt rechtsfähig. Ungeborene sind somit nach § 1 BGB noch nicht rechtsfähig. Der Leibesfrucht (nasciturus) wird jedoch in einigen Spezialregelungen eine Teilrechtsfähigkeit zuerkannt. Wer zur Zeit des Erbfalls noch nicht lebt, aber bereits erzeugt war, ist nach § 1923 Abs. 2 BGB bereits erbfähig. Andere Lebewesen (Tiere) sind nicht rechtsfähig und können daher nicht Träger von Rechten und Pflichten (nicht Eigentümer, Käufer, Verkäufer) sein. Tiere galten bis 1990 als Sachen i.S. der §§ 90 ff. BGB; seither sind Tiere nach § 90a BGB keine Sachen

²⁷ Übersicht in Anlehnung an: *Brox/Walker*, BGB AT, S. 112.

mehr. Allerdings sind die Vorschriften über die Sachen entsprechend anwendbar, so dass sich aus der gesetzlichen Neuregelung materiell keine Änderung ergeben hat.

Neben den natürlichen Personen wird auch juristischen Personen vom Gesetz Rechtsfähigkeit zuerkannt. Das sind von der Rechtsordnung anerkannte selbstständige Organisationen, die Träger eigener Rechte und Pflichten sein können. Für den Bereich des Privatrechts kann damit erreicht werden, dass das Haftungsrisiko auf den Unternehmensträger und das im Unternehmen gebundene Vermögen begrenzt und so die Investitionsbereitschaft der Initiatoren erhöht wird. Außerdem sind juristische Personen von der weiteren Existenz ihrer Gründer rechtlich weitgehend unabhängig. Sie überdauern also die Spanne eines menschlichen Arbeitslebens und ermöglichen einen einfacheren Wechsel ihrer Mitglieder oder der sonst an ihnen Beteiligten durch Ein- und Austritt oder Anteilsveräußerung.

Die wichtigsten juristischen Personen des Privatrechts sind der eingetragene Verein (§§ 21, 55 BGB), die Stiftung (§§ 80 ff. BGB), die GmbH (§ 13 GmbHG), die Aktiengesellschaft (§ 1 Abs. 1 Satz 1 AktG) und die Genossenschaft (§ 17 Abs. 1 GenG). Daneben gibt es auch juristische Personen des öffentlichen Rechts, wie die Bundesrepublik Deutschland, die Bundesländer und Gemeinden, die Universitäten, Studentenwerke usw. Juristische Personen nehmen Rechtsgeschäfte durch ihre gesetzlichen Vertreter (Organe) vor; beim Verein, bei der Aktiengesellschaft und bei der Genossenschaft ist dies der Vorstand (§ 26 Abs. 2 BGB; § 78 Abs. 1 AktG; § 24 Abs. 1 GenG), bei der GmbH der Geschäftsführer (§ 35 Abs. 1 GmbHG). Nicht rechtsfähige Personenvereinigungen sind der nicht eingetragene Verein (§§ 21 - 54 BGB), die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (§§ 705 ff. BGB), die Offene Handelsgesellschaft (§§ 105 ff. HGB) und die Kommanditgesellschaft (§§ 161 ff. HGB). Bei ihnen werden die Rechte und Pflichten den Mitgliedern bzw. Gesellschaftern zugerechnet. Besonderheiten gelten für Gewerkschaften, die nicht eingetragene Vereine sind und dennoch als rechtsfähig behandelt werden.



II. Geschäftsfähigkeit

Literatur: *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, § 12; *Brox*, Der Minderjährigenschutz beim Rechtsgeschäft JA 1989, 441; *Derleder/Thielbar*, Handys, Klingeltöne und Minderjährigenschutz, NJW 2006, 3233; *Paal/Leyendecker*, Weiterführende Probleme aus dem Minderjährigenrecht, JuS 2006, 25; *Schreiber*, Geschäftsfähigkeit, Jura 1990, 24; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil I, Kapitel 11; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, 3. Kapitel, § 11, *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 4.1.

Bezüglich der Geschäftsfähigkeit werden verschiedene Stufen unterschieden. Neben der „normalen“ vollen Geschäftsfähigkeit existiert noch die „beschränkte Geschäftsfähigkeit“ und die „Geschäftsunfähigkeit“.

1. Geschäftsfähigkeit als Grundsatz

Wer rechtsfähig ist, kann zwar Träger von Rechten und Pflichten sein; um aber über seine Rechte auch selbständig verfügen und um sich auch selbst verpflichten zu können, muss der Rechtsfähige darüber hinaus auch geschäftsfähig sein. Das Baby kann zwar Millionär und Unternehmer sein, weil es rechtsfähig ist; es kann aber nicht selbst über seine Millionen verfügen und sein Unternehmen auch nicht persönlich leiten, weil es noch nicht geschäftsfähig ist. Geschäftsfähig ist ein Rechtssubjekt, das ohne fremde Hilfe Rechtsgeschäfte wirksam vornehmen kann. Natürliche und juristische Personen werden vom Gesetzgeber grundsätzlich als geschäftsfähig behandelt, soweit keine Sondervorschriften existieren, die es nur für natürliche Personen gibt.

2. Geschäftsunfähige

Geschäftsunfähige können selbst keine wirksamen Rechtsgeschäfte vornehmen, da ihre Willenserklärungen nichtig sind (§ 105 Abs. 1 BGB). Sie handeln im Rechtsverkehr durch ihre gesetzlichen Vertreter.

Nicht geschäftsfähig sind:

- Kinder, die das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 104 Ziff. 1 BGB), sowie -ohne Rücksicht auf ihr Alter-
- Personen, die sich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befinden, sofern dies nicht nur ein vorübergehender Zustand ist (§ 104 Ziff. 2 BGB).

Beispielsfall: Ernie sitzt abends in der Eckkneipe „Zum Hirsch“ und genehmigt sich ein paar Bierchen. Zu vorgerückter Stunde und mit der BAK von 2 % beschließt er mit Bert den folgenden „Handel“: Bert erhält von Ernie sein teures Luxus-Auto zum Kaufpreis von 1.000 EUR. Bert flitzt sofort zum Geldautomaten und übergibt Ernie die 1.000 EUR, die Übergabe des Pkw soll am darauffolgenden Tag stattfinden.

Wieder im Vollbesitz seiner geistigen Fähigkeit ist Ernie natürlich alles andere als bereit, Bert den Wagen zu überlassen. Muss er das?

Die Frage ist nun, ob ein gültiger Kaufvertrag zustande kam. Die Betrunkenheit des Ernie könnte dem im Wege stehen. Danach wäre § 104 Nr. 2 BGB eine Geschäftsunfähigkeit als Nichtigkeitsgrund möglich. Die Störung der Geistestätigkeit muss aber dauerhafter Natur sein. Da die Alkoholisierung aber nur vorübergehend ist, greift § 104 Nr. 2 BGB hier nicht. Dafür könnte § 105 Abs. 2 BGB einschlägig sein, hiernach kann auch eine vorübergehende Störung der Geistestätigkeit die Nichtigkeit des Vertrages herbeiführen. Angenommen wird dies grundsätzlich bei einer BAK von 3 ‰. Ernie hat diesen Wert zwar noch nicht erreicht, jedoch kann auch bei ihm eine Störung der Geistestätigkeit aufgrund des Alkoholkonsums angenommen werden. Somit ist kein wirksamer Kaufvertrag entstanden.

Ernie kann daher sein Luxus-Auto behalten, jedoch muss er Bert die erlangten 1.000 EUR zurückgeben.

Nur wenn sich jemand tatsächlich in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit befand und nicht imstande war, seinen Willen frei und unbeeinflusst von einer vorliegenden Geistesstörung zu bilden sowie nach den von ihm zutreffend gewonnenen Erkenntnissen zu handeln, sind seine Willenserklärungen nach § 105 BGB nichtig. Insoweit vertritt ihn sein Betreuer als sein gesetzlicher Vertreter (§§ 1896 ff. BGB).

Gesetzliche Vertreter der Geschäftsunfähigen sind:

- bei ehelichen Kindern die Eltern gemeinschaftlich (§ 1629 Abs. 1, § 1626 Abs. 1 BGB),
- bei Minderjährigen, die nicht unter elterlicher Sorge stehen oder deren Eltern nicht zu ihrer Vertretung berechtigt sind, der Vormund (§§ 1773, 1793 Satz 1 BGB),
- bei Volljährigen, die auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen können, ein Betreuer (§§ 1896, 1902 BGB).

Vormundschaft und Pflegschaft sind durch die Anordnung der Betreuung ersetzt worden, die keinen Einfluss auf die Geschäftsfähigkeit des Betreuten hat. Für die Vornahme besonders bedeutsamer Geschäfte bedarf der gesetzliche Vertreter der Zustimmung des Vormundschaftsgerichts, z.B. für Grundstücksgeschäfte und für die Aufnahme von Krediten (§§ 1821, 1822, 1643 BGB).

Problem: Vergleich des Wortlauts § 104 Ziff. 2 BGB und § 105 Abs. 2 BGB.

Besonderheit: § 105 a BGB

Ein volljähriger Geschäftsunfähiger ist in der Lage, ein Geschäft des täglichen Lebens, das mit geringwertigen Mitteln bewirkt wird, wirksam abzuschließen. Unter diese Vorschrift fallen Alltagsgeschäfte, die von einem geistig behinderten Menschen als Käufer von beispielsweise Lebensmitteln des täglichen Bedarfs geschlossen werden. Einseitige Rechtsgeschäfte fallen nicht hierunter. Die Vorschrift soll der sozialen Integration erwachsener, geistig behinderter Men-

schen dienen. Das Geschäft wird jedoch erst wirksam, wenn Leistung und Gegenleistung erbracht worden sind. Dies gilt nicht, wenn das Geschäft eine erhebliche Gefahr für die Person oder das Vermögen des Geschäftsunfähigen begründet (bspw. der Kauf von Alkohol bei Alkoholkranken).²⁸

3. Beschränkt Geschäftsfähige

Beschränkt geschäftsfähig sind Minderjährige, die das siebente Lebensjahr vollendet haben (§ 106 BGB). Im Interesse der Rechtssicherheit kommt es für die Geschäftsfähigkeit eines Menschen nicht auf dessen individuelle Einsichtsfähigkeit an. Auch ein Wunderkind wird erst mit Vollendung des 18. Lebensjahres volljährig (§ 2 BGB) und damit unbeschränkt geschäftsfähig (§§ 104 ff. BGB). Volljährige, denen das zuständige Amtsgericht einen Betreuer bestellt hat, weil sie auf Grund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen können (§ 1896 BGB), sind den beschränkt Geschäftsfähigen jedenfalls dann praktisch gleichgestellt, wenn sie für ihre Willenserklärung der Einwilligung ihres Betreuer benötigen (§ 1903 Abs. 1 BGB).

Minderjährige benötigen für sämtliche Willenserklärungen, die ihnen nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil bringen, eine Einwilligung ihrer gesetzlichen Vertreter (§ 107 BGB). Es kommt also nicht darauf an, ob das Geschäft für sie wirtschaftlich vorteilhaft ist, sondern allein darauf, ob es für den Minderjährigen mit einer rechtlichen Verpflichtung verbunden ist. Der Kaufvertrag über ein Fahrrad zu einem Preis weit unter Wert bedarf also der Einwilligung, nicht hingegen die Schenkung eines Tieres und die Einigung über den Übergang des Eigentums daran. Bei rechtlich neutralen Geschäften, die für den Minderjährigen weder rechtlich vorteilhaft noch nachteilig sind, wird § 107 BGB nicht angewandt. Der Minderjährige kann daher nach § 165 BGB als Vertreter für einen anderen Willenserklärungen abgeben, die nur den anderen, nicht aber den Minderjährigen selbst verpflichten.

Die Einwilligung (d.h. vorherige Zustimmung- Legaldefinition der Einwilligung in § 183 Satz 1 BGB) des gesetzlichen Vertreters zu Rechtsgeschäften, die nicht lediglich rechtlich vorteilhaft sind, wird in der Regel für ein bestimmtes Rechtsgeschäft erteilt, etwa wenn die Eltern einwilligen, dass das Kind sich ein Fahrrad kauft. Die Einwilligung kann aber auch für einen bestimmten Bereich von Geschäften erteilt werden, wenn etwa dem auswärts wohnenden Gymnasiasten monatlich ein bestimmter Betrag von seinen Eltern zur Bestreitung seines Unterhalts zur Verfügung gestellt wird. Demgegenüber ist eine generelle Einwilligung für sämtliche Geschäfte nicht wirksam, da hierdurch die gesetzliche Regelung unterlaufen werden würde.

²⁸ Vgl. Brox/Walker, BGB AT; S. 115.

Nach § 110 BGB (sogen. Taschengeldparagraph) gelten diejenigen Geschäfte eines beschränkt Geschäftsfähigen als von Anfang an wirksam, die der Minderjährige mit Geld finanziert, das ihm von seinem gesetzlichen Vertreter (oder mit dessen Zustimmung von einem Dritten) zu diesem Zweck oder zur freien Verfügung überlassen worden ist. Hierbei handelt es sich um einen Unterfall des § 107 BGB, da mit der Auszahlung des Taschengeldes eine entsprechende Einwilligung notwendig verbunden ist.

Liegt eine ausdrückliche Erklärung der gesetzlichen Vertreter nicht vor, ist zu prüfen, ob eine konkludente Einwilligung durch Überlassung von Mitteln (Taschengeld) gegeben ist

Prüfungsvoraussetzungen für Anwendbarkeit des § 110 BGB

- a) keine ausdrückliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters
- b) Überlassung von Mitteln zur freien Verfügung bzw. zu einem bestimmten Zweck

Achtung: Die Einwilligung ist beschränkt auf die Verwendung der überlassenen Mittel, jedoch ist durch Auslegung zu ermitteln, ob und wie der Minderjährige mit den Gegenständen verfahren darf, die er mit den Mitteln erworben hat (Zweckbestimmung).

So darf der Minderjährige zwar mit seinen 5 EUR Taschengeld ein Los kaufen, gewinnt er jedoch 1 Mio. EUR kann er darüber nicht ohne Einwilligung der Eltern verfügen.

- c) vollständige Bewirkung der Leistung mit entsprechenden Mitteln, Teilzahlungsgeschäfte werden erst mit Bezahlung der letzten Rate wirksam.

Beispielsfall: Der 16-jährige Ernie kauft (gegen den ausdrücklichen Willen der Eltern ein Moped für 600 EUR von Bert. Es wird ihm sogleich übereignet. Ernie bezahlt das Moped nicht, Bert verlangt es zurück. Ein möglicher Herausgabeanspruch nach § 985 BGB steht dem Bert nicht zu. Ernie ist wirksam Eigentümer des Mopeds geworden.

Jedoch muss Bert das Moped nach § 812 Abs. 1 Satz 1, 1. Alternative BGB herausgeben. Er hat „etwas“ also Eigentum und Besitz am Moped, „durch Leistung eines anderen“ also durch Übereignung des Bert, „ohne rechtlichen Grund“, also ohne wirksamen Kaufvertrag, erlangt. Ohne Zustimmung der Eltern ist der Kaufvertrag unwirksam und der Rechtsgrund für die Übereignung entfallen.

Eine partielle Vollgeschäftsfähigkeit von Minderjährigen besteht, wenn sie zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes (§ 112 BGB) oder zur Aufnahme eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses (§ 113 BGB) von ihrem gesetzlichen Vertreter ermächtigt worden sind (im ersten Fall ist hierzu die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes erforderlich). Insoweit sind diese Minderjährigen für alle Rechtsgeschäfte unbeschränkt geschäftsfähig, die sich auf das Erwerbsgeschäft oder das Arbeitsverhältnis beziehen.

Nur in den gesetzlich geregelten Sonderfällen sind die von einem Minderjährigen abgeschlossenen Verträge von Anfang an wirksam. Dagegen sind grundsätzlich alle anderen von einem beschränkt Geschäftsfähigen geschlossenen

Verträge schwebend unwirksam und werden erst dann voll wirksam, wenn der gesetzliche Vertreter sie genehmigt (§ 108 Abs. 1 BGB). Der Vertragspartner kann diesen Schwebezustand nach § 108 Abs. 2 BGB beenden, indem er den Vertreter zur Erklärung über die Genehmigung auffordert. Diese gilt als verweigert, wenn sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach dem Zugang der Aufforderung dem Vertragspartner gegenüber erklärt wird. Bis zur Genehmigung des Vertrages ist der andere Teil allerdings nach § 109 Abs. 1 Satz 1 BGB grundsätzlich auch zum Widerruf des schwebend unwirksamen Vertrages berechtigt.

Demgegenüber sind einseitige Rechtsgeschäfte, die ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters vorgenommen wurden, nicht nur schwebend unwirksam, sondern unheilbar unwirksam. Es kommt nicht darauf an, ob sie rechtlich vorteilhaft sind. So ist die Kündigung eines Mietverhältnisses durch den minderjährigen Vermieter (der als Rechtssubjekt Hauseigentümer und Vertragspartner sein kann) als einseitiges Rechtsgeschäft schlechterdings unwirksam und auch nicht etwa genehmigungsfähig (§ 111 Satz 1 BGB). Die Erklärung ist nach § 111 Satz 2 BGB auch dann unwirksam, wenn die gesetzlichen Vertreter zwar eingewilligt haben, die Einwilligung jedoch dem Erklärungsempfänger nicht in schriftlicher Form vorgelegt wird und dieser deshalb die Kündigung unverzüglich zurückweist (unverzüglich bedeutet nach der Legaldefinition in § 121 Abs. 1 Satz 1 BGB "ohne schuldhaftes Zögern").

III. Schuldfähigkeit

Literatur: *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, § 4; *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht Teil IV, Kapitel 2, d).

Der Begriff der Schuldfähigkeit bzw. Deliktsfähigkeit im Zivilrecht unterscheidet sich deutlich von dem des Strafrechts. Beide Rechtsgebiete haben jeweils unterschiedliche Regelungsansprüche. Während es im Strafrecht um die individuelle Vorwerfbarkeit von gesetzeswidrigem Verhalten geht, will das Zivilrecht einen –meist wirtschaftlich intendierten- Interessenausgleich erreichen.

1. Verschuldensprinzip

Generell gilt im gesamten Zivilrecht das Verschuldensprinzip. Die verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung als Ausdruck des Verursachungsprinzips ist demgegenüber die Ausnahme. Zivilrechtlich ist für ein Fehlverhalten also grundsätzlich nur derjenige verantwortlich, dem ein Schuldvorwurf gemacht werden kann. Soweit keine gesetzlichen Sonderregelungen existieren, haben Pflichtverletzungen oder unerlaubte Handlungen für den Verletzenden nur dann nachteilige Konsequenzen, wenn ihm ein Verschulden in Form von Vorsatz oder Fahrlässigkeit vorgeworfen (nachgewiesen) werden kann. Vorsatz wird verstanden als Wissen und Wollen des tatbestandsmäßig umschriebenen rechtlichen Erfolges und als Bewusstsein von dessen Rechtswidrigkeit. Nach der Legal-

definition für Fahrlässigkeit in § 276 Abs. 2 BGB ist das die Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt. Die "im Verkehr erforderliche Sorgfalt" ist nach einem auf die allgemeinen Verkehrsbedürfnisse ausgerichteten objektiven Maßstab zu bestimmen. Auf die dem konkreten Schuldner mögliche oder von ihm sonst geübte Sorgfalt kommt es dagegen nicht an. Vorsatz oder Fahrlässigkeit setzen im Recht der unerlaubten Handlung die Deliktsfähigkeit des Verletzenden voraus; im Schuldrecht ist für die zivilrechtliche Verantwortlichkeit die Schuldfähigkeit des Verpflichteten erforderlich.

2. Deliktsfähigkeit als Normalfall

Ebenso wie die Geschäftsfähigkeit ist auch die Schuldfähigkeit nicht positiv geregelt. Die zivilrechtliche Verantwortlichkeit einer jeden natürlichen Person in Form der Deliktsfähigkeit und Schuldfähigkeit wird als selbstverständlich und als der Normalfall vorausgesetzt. Die Vorschriften über die zivilrechtliche Deliktsunfähigkeit (§§ 827, 828 Abs. 1 BGB) und über die bedingte Deliktsfähigkeit (§ 828 Abs. 2 BGB), die nicht mit der strafrechtlichen Schuldunfähigkeit (§ 19 StGB) bis 14 Jahren verwechselt werden dürfen, regeln also nur den Sonderfall des Ausschlusses oder der Beschränkung der zivilrechtlichen Verantwortlichkeit für unerlaubte Handlungen. Aus der Verweisung in § 276 Abs. 1 Satz 3 BGB auf die Anwendung der §§ 827, 828 BGB ergibt sich, dass diese Vorschriften über die Deliktsunfähigkeit und bedingte Deliktsfähigkeit im ganzen Schuldrecht für die Beurteilung der Schuldunfähigkeit heranzuziehen sind.

Nicht deliktsfähig und damit für einen Schaden nicht verantwortlich sind nach § 827 BGB Personen, die im Zustand der Bewusstlosigkeit oder in einem die freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand krankhafter Störung der Geistestätigkeit einem anderen einen Schaden zugefügt haben, sowie nach § 828 Abs. 1 BGB Kinder, die das 7. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Minderjährige und Taubstumme (d.h. Gehörlose, die nicht sprechen gelernt haben) sind nach § 828 Abs. 2 BGB für einen von ihnen verursachten Schaden nur verantwortlich, wenn sie bei der Begehung der schädigenden Handlung bereits die zur Erkenntnis ihrer Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht hatten. Die Deliktsfähigkeit des Schädigenden ist also bedeutsam für die Schadensersatzansprüche des Geschädigten, während für die Entscheidung über seine Strafmündigkeit andere Grundsätze gelten (§§ 19 - 21 StGB). Nur wer deliktsfähig ist, kann schuldhaft schädigen.

Dagegen ist die Deliktsunfähigkeit oder bedingte Deliktsfähigkeit des Schädigenden ausnahmsweise unbeachtlich, wenn es auf ein Verschulden überhaupt nicht ankommt. Das ist bei der Gefährdungshaftung eines Schädigenden als Tier- oder Kraftfahrzeughalter der Fall.

3. Haftung ohne Vorwerfbarkeit

Schuldner haften zwar nach § 276 Abs. 1 Satz 1 BGB grundsätzlich nur, wenn ihnen Vorsatz oder Fahrlässigkeit vorgeworfen werden kann. Das entspricht dem allgemeinen Grundsatz der Verschuldenshaftung. Dieser Grundsatz gilt aber nach § 276 Abs. 1 Satz 1 BGB nur, *"sofern nicht ein anderes bestimmt ist"*. Auf die gesetzlichen Durchbrechungen des Grundsatzes der Verschuldenshaftung durch Haftungsverschärfungen oder Haftungsmilderungen ist also besonders zu achten. Aufgrund der Regelungen über die Gefährdungshaftung können Schadensersatzansprüche auch dann bestehen, wenn sich der Schädigende weder vorsätzlich noch fahrlässig verhalten hat (etwa § 7 StVG, § 2 HaftpflG). Eine Haftungsverschärfung und damit eine andere Bestimmung i.S. von § 276 Abs. 1 Satz 1 BGB ist die Haftung für Zufall (z.B. § 287 Satz 2, § 701 BGB). Eine Haftungsmilderung gegenüber dem in § 276 Abs. 1 Satz 1 BGB geregelten Normalfall ist etwa die Beschränkung der Haftung auf eigenübliche Sorgfalt (z.B. § 708 BGB).

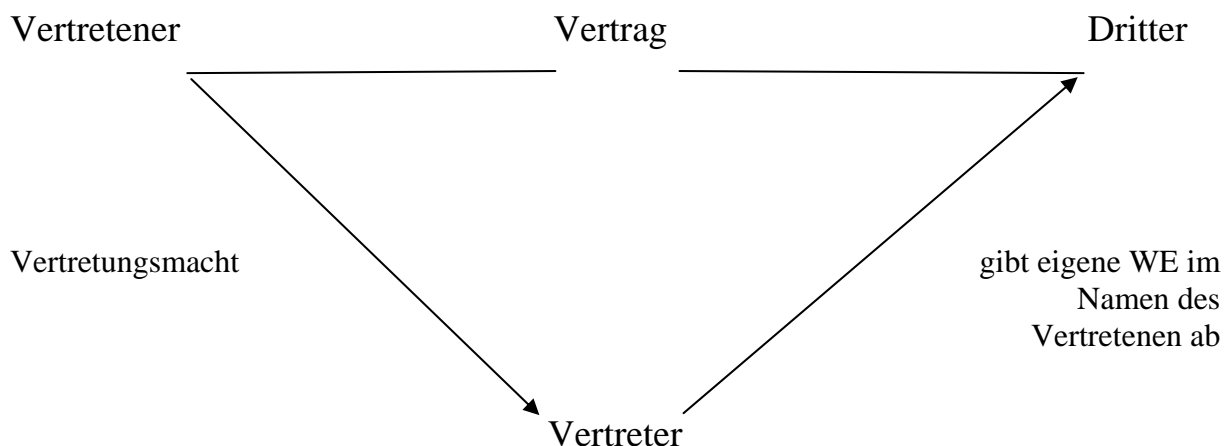
7. Teil: Die Stellvertretung

Literatur: Brox/Walker, BGB AT, 6. Kapitel, Jaensch, Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, Teil D, III; Larenz/Wolf, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, § 46 – 49, Medicus, Grundwissen zum Bürgerlichen Recht, § 5, III; Pawlowski, Die gewillkürte Stellvertretung, JZ 1996, 125; Petersen, Bestand und Umfang der Vertretungsmacht, Jura 2003, 310, ders., Unmittelbare und mittelbare Stellvertretung, Jura 2003, 744, Schmidt/Brüggemeier, Grundkurs Zivilrecht, Teil B, II, d.

Manchmal ergeben sich Gründe, die den Abschluss von Rechtsgeschäften durch Hilfspersonen erforderlich machen (Urlaubsabwesenheit, Unfähigkeit zur Abgabe gültiger Willenserklärungen, fehlende Sachkunde).

Nach den §§ 164 ff. BGB besteht die Möglichkeit, dass einer für einen anderen rechtsgeschäftlich handelt, sog. Stellvertretung. Die Rechtsfolgen des Handels des Vertreters treffen den Vertretenen.

Wird ein Rechtsgeschäft durch einen Stellvertreter geschlossen, stehen sich (mindestens) drei Personen gegenüber: Der Vertreter, der im Namen des Vertretenen handelt und die Willenserklärung abgibt, der Vertretene, den die Rechtsfolgen treffen sollen und der Erklärungsempfänger (Vertragspartei), als Dritter.



I. Voraussetzungen für die Stellvertretung

Eine wirksame Stellvertretung setzt verschiedene Bedingungen voraus:

1. Zulässigkeit

Die Stellvertretung muss zulässig sein. Nach den allgemeinen Regeln der §§ 164 ff. BGB ist das grundsätzlich bei jeder Willenserklärung der Fall. Ausgeschlos-

sen sind Stellvertretungen jedoch bei höchstpersönlichen Rechtsgeschäften, besonders bei ehe- und familienrechtlichen Angelegenheiten.

Beispiel: Bei der Eheschließung kann sich Ernie nicht von Bert vertreten lassen, weil er lieber Fußball schauen möchte. Die Ehe kann nur bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Ehegatten vor dem Standesbeamten geschlossen werden, vgl. § 1311 BGB.

Auch kann Ernie sein Testament nur persönlich errichten, vgl. § 2064 BGB.

2. Eigene Willenserklärung

Der Vertreter muss selbst eine eigene Willenserklärung abgeben. Daher kann der Vertreter nicht geschäftsunfähig sein. Er muss nicht voll geschäftsfähig sein, die beschränkte Geschäftsfähigkeit genügt, weil die Folgen des Handels nicht ihn, sondern den Vertretenen treffen. Die Stellvertretung ist somit ein rechtlich neutrales Geschäft, welches ohne die Einwilligung eines gesetzlichen Vertreters des Minderjährigen wirksam ist.

Abgrenzung zur Botenschaft

Der Unterschied zwischen der Botenschaft und der Stellvertretung ist, dass der Vertreter immer eine eigene Willenserklärung abgibt und der Bote regelmäßig eine fremde. Das Handeln des Boten ist tatsächlicher, nicht rechtlicher Natur. Statt eines Boten könnte der Erklärende auch einen Brief mit seiner Erklärung an den Empfänger schicken. Bote kann auch sein, wer geschäftsunfähig ist. Hier lautet der Merksatz: Ist das Kindchen noch so klein, kann es doch schon Bote sein.

Ob eine Person als Stellvertreter oder als Bote handelt, ist nach deren Auftreten zu beurteilen. Tritt sie als völlig weisungsgebunden und unselbstständig auf, so handelt sie lediglich als Bote.

Beispiel: Ernie teilt Bert mit, er solle ihm von Tiffy sagen, sie kündige.

Tritt eine Person eigenständig auf, ist sie Vertreter.

Beispiel: Ernie teilt Bert mit, er kündige für Tiffy den Vertrag.

3. Offenkundigkeitsprinzip

Der Vertreter muss im Namen des Vertretenen handeln, vgl. § 164 Abs. 1 S. 1 BGB. Damit soll der Dritte wissen, wer sein Geschäftspartner ist. Es muss also für den Dritten erkennbar sein, dass der Erklärende für einen anderen handelt, sog. Offenkundigkeitsprinzip. Diese Offenkundigkeit ist auch gewahrt, wenn der Vertreter zwar im Namen eines anderen handelt, für den Dritten aber nicht erkennbar ist, für wen. Wird das Offenkundigkeitsprinzip nicht gewahrt, handelt es sich um ein Eigengeschäft des Vertreters. Eine Ausnahme sind Geschäfte für den, den es angeht. Hier macht der Vertreter dem Dritten nicht klar, ob er für sich selbst oder einen anderen handelt. Bei Geschäften des täglichen Lebens, die

sofort abgewickelt werden, besteht für den Dritten kein Interesse an der Kenntnis seines Geschäftspartners. Kein Handeln im fremden Namen liegt vor, wenn der Vertreter nicht für einen anderen, sondern als ein anderer auftritt. Entweder handelt er dann unter einem Pseudonym und es kommt ein Eigengeschäft des Vertreters zustande oder es kommt zu einem Fremdgeschäft, dass so behandelt wird, als läge keine Vertretungsmacht vor, § 179 Abs. 1 BGB ist dann analog anwendbar.

Beispiel: Ernie möchte inkognito reisen und bucht ein Hotel auf den Namen „Müller“. Fall des Pseudonyms

Ernie gibt sich für den nicht existierenden Börnie aus und kauft eine Quietscheente. Fall des Vertreters ohne Vertretungsmacht.

4. Vertretungsmacht

Daneben muss der Vertreter Vertretungsmacht haben. Dieses Erfordernis dient dem Schutz des Vertretenen. Die Vertretungsmacht kann sich aus unterschiedlichen Gründen ergeben:

- auf einem entsprechenden Rechtsgeschäft des Vertretenen, sog. Vollmacht
- auf einer gesetzlichen Vorschrift (§ 1629 Abs. 1 BGB, § 1902 BGB)
- organschaftliche Vertretungsmacht

II. Vollmacht

Die Vollmacht ist eine durch Rechtsgeschäft erteilte Vertretungsmacht (§ 166 Abs.2 BGB), welche durch eine empfangsbedürftige, formfreie Willenserklärung erteilt wird (§ 167 BGB). Da eine Form grundsätzlich nicht vorgesehen ist, kann die Vollmacht ausdrücklich und konkludent erteilt werden. Bei der Erteilung einer Prokura sieht § 48 Abs. 1 HGB jedoch eine ausdrückliche Erklärung vor. Besondere Formen für die Bevollmächtigung verlangt das Gesetz in Ausnahmefällen (bspw. § 1945 Abs. 3 BGB). Eine Vollmachtsurkunde muss nicht erteilt werden.

Es gibt verschiedene Arten von Vollmachten. Spezialvollmachten bevollmächtigen für ein bestimmtes Geschäft, während Gattungsvollmachten für eine Gattung von Geschäften bevollmächtigen. Daneben gibt es Einzel- und Gesamtvollmachten. Entweder ist der Vertreter allein bevollmächtigt oder mit einer weiteren Person zusammen.

Weiterhin kann in Ausnahmefällen, obwohl keine Vollmacht vorliegt, eine solche fingiert werden. Man spricht sodann von Duldungs- bzw. Anscheinsvollmachten.

Ernie kauft regelmäßig im Namen des Bert ein, Bert weiß davon, ändert aber nichts an der Situation.

Hier liegt eine Duldungsvollmacht vor: Der Vertretene kennt das Verhalten des Vertreters und duldet es.

Ernie kauft weiterhin für Bert ein. Bert weiß von diesem Verhalten nichts. Hätte er sich gekümmert, hätte ihm dieses Verhalten auffallen müssen.

Bei der Anscheinsvollmacht kennt der Vertretene das Verhalten des Vertreters nicht, hätte es aber bei pflichtgemäßer Sorgfalt verhindern und erkennen können.

III. Erlöschen der Vollmacht

Die Erlöschensgründe einer Vollmacht sind ausdrücklich im BGB genannt, vgl. § 168 BGB. Weitere Gründe ergeben sich aus dem Inhalt der Vollmacht.

8. Teil: Willensmängel

Literatur: *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, §§ 16 – 20; *Coester-Waltjen*: Die fehlerhafte Willenserklärung, Jura 1990, 362; *Kornblum*, Die überzähligen Klorollen – LG Hannover, NJW 1979, 721, JuS 1980, 258; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, § 14; *Larenz/Wolf*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, §§ 35 – 37; *Schmidt/Brügge*, Grundkurs Zivilrecht, Teil B I, *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht, Teil V, Kapitel 4; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 5.

Die Grundsätze über Abgabe und Auslegung von Willenserklärungen haben gezeigt, dass Verträge zustande kommen können, obwohl sich eine der Parteien entweder gar nicht oder zu etwas ganz anderem verpflichten wollte. Rechtsgeschäfte, die von Willensmängeln beeinflusst waren, sind also nicht automatisch unwirksam. Sie können jedoch unter bestimmten Voraussetzungen angefochten werden. Die Gesetzeskonzeption lautet: Zunächst gilt der objektive Erklärungswert und die fragliche Rechtsbindung ist zustande gekommen. Jedoch wird dem Anfechtungsberechtigten die Möglichkeit eingeräumt, sich gegen die Endgültigkeit zu entscheiden. Wenn das als gewollt Erklärte nicht dem wahren Willen des Erklärenden entspricht, kann er unter bestimmten Voraussetzungen wählen, ob er seine eigene (nicht gewollte) Erklärung vernichten oder sich an ihr festhalten lassen will.

I. Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung

Zunächst bedarf es der Klärung, welche Konsequenzen daraus resultieren, dass sich der Erklärende über die Abweichung von Willen und der tatsächlichen Erklärung bewusst ist.

1. Geheimer Vorbehalt (§ 116 BGB)

Beim geheimen Vorbehalt, auch Mentalreservation genannt, bestehen weder Verständigungs- noch Auslegungsprobleme. Der Erklärende weiß, was er sagt und wie er verstanden wird. Er spiegelt aber dem Erklärungsempfänger vor, das als gewollt Erklärte auch tatsächlich zu wollen. Schon aus den Grundsätzen über die Auslegung von rechtsgeschäftlichen Willenserklärungen (§ 133 BGB) ergibt sich, dass es nicht auf das vom Erklärenden insgeheim Gewollte, sondern auf das als gewollt Erklärte ankommt. Das gilt nach § 116 Satz 1 BGB erst recht, wenn der Erklärende weiß, dass der Erklärungsempfänger ihn so versteht, wie er verstanden werden (aber nicht verpflichtet werden) will. Kennt allerdings der Erklärungsempfänger den geheimen Vorbehalt, dann ist die Erklärung nach § 116 Satz 2 BGB nichtig. Wenn der Empfänger durchschaut, dass der Erklärende

nicht will, was er als gewollt erklärt, dann gilt aber auch nach § 133 BGB nicht das Erklärte, sondern das Gewollte.

Beispiel: Bert kündigt dem Ernie das Untermietverhältnis über ein Zimmer zum Ende des Monats. In Wirklichkeit will er dies nicht, er will dass Ernie ihn anfleht weiterhin bei ihm wohnen zu dürfen. Ist die Kündigung wirksam?

Bert will nicht, dass Ernie den geheimen Vorbehalt erkennt, er will ihn vielmehr hereinlegen. Das nennt man den sog. bösen Scherz. Dieser erfüllt den Tatbestand des § 116 BGB, die Kündigung ist wirksam.

Durchschaut Ernie die Sache ist die Kündigung als böser Scherz nach § 116 S. 2 BGB nichtig.

2. Scheinerklärung (§ 117 BGB)

Bei der Scheinerklärung gibt der Erklärende mit Einverständnis des Empfängers eine Willenserklärung nur zum Schein ab. Schließt jemand einen Kaufvertrag über eine Luxuslimousine nur zum Schein ab, um seine danebenstehende Freundin zu beeindrucken, dann ist seine Erklärung nach § 117 Abs. 1 BGB nichtig, wenn der Verkäufer als Erklärungsempfänger weiß, dass das Erklärte gar nicht gewollt ist.

Anders ist die Wirkung eines Scheingeschäfts (simuliertes Geschäft) nach § 117 Abs. 2 BGB dann, wenn damit ein anderes Geschäft verdeckt werden soll (Umgehungsgeschäft, dissimuliertes Geschäft). Das Umgehungsgeschäft ist wirksam, wenn die dafür geltenden Regeln, wie z.B. Formvorschriften, eingehalten worden sind.

Typischer Fall: Ernie und Bert gehen zum Notar um ein Grundstück zu erwerben. Sie vereinbaren vorher mit den Verkäufern Samson und Tiffy, dass der beurkundete Kaufpreis 50.000 EUR betragen soll, um Gerichtsgebühren, Notarkosten und Steuern zu sparen. In Wirklichkeit soll das Grundstück 100.000 EUR kosten.

Das Erklärte (Kauf zu 50.000 EUR) ist nicht gewollt, also nach § 117 Abs. 1 ein nichtiges Scheingeschäft. Das Gewollte (100.000 EUR Kaufpreis) ist nicht beurkundet, also wegen Formmangels nichtig, § 125 S. 1, 311 b Abs. 1 S. 1 BGB). Dies würde dem Grundsatz „falsa demonstratio non nocet“ widersprechen (s.o.), in diesem Fall würde dieser Grundsatz aber eine bewusste Umgehung der Formvorschrift begünstigen. Deshalb bleibt es bei der Nichtigkeit des verdeckten Geschäfts wegen Formmangels. Dieser Mangel kann jedoch durch Bewirken, also durch Auflassung und Eintragung des Ernie und Bert in das Grundbuch geheilt werden. Dadurch wird das gewollte und nicht beurkundete Geschäft gültig, § 311 b Abs. 1 S. 2 BGB.

3. Scherzerklärung (§ 118 BGB)

Eine Scherzerklärung liegt vor, wenn der Erklärende eine von ihm nicht ernst gemeinte Willenserklärung abgibt und davon ausgeht, dass der Erklärungsempfänger erkennen werde, dass die Erklärung nicht ernst gemeint ist. Eine solche Scherzerklärung ist gemäß § 118 BGB nichtig. Der Gesetzeswortlaut des § 118 BGB enthält eine dreifache Negation: Eine nicht ernstlich gemeinte Willenserklärung (Scherzerklärung), die in der Erwartung abgegeben wird, der Mangel der Ernstlichkeit werde nicht verkannt, ist nichtig. Erkennt der Scherzende allerdings, dass seine Erklärung ernst genommen wurde, so hat er den Empfänger über den Mangel der Ernstlichkeit (den Scherz) aufzuklären. Anderenfalls kann er sich nach den Grundsätzen von Treu und Glauben nicht auf die Nichtigkeit berufen.

Beispiel: Um Tiffany, welche gerade neben ihm sitzt, zu beeindrucken, verkauft Ernie unter Augenzwinkern seinen Pursche Coyenne für 50 EUR an Bert.

Hier liegt eine Scherzerklärung vor, da Ernie erwartet, Bert werde die Nichternstlichkeit der Erklärung erkennen, sog. guter Scherz.

II. Unbewusstes Abweichen von Wille und Erklärung

Fraglich ist nunmehr, wie sich ein unbewusstes Abweichen von Willen und Erklärung konkret auswirkt. Das unbewusste Auseinanderfallen von Wille und Erklärung beruht auf einem Irrtum des Erklärenden. In diesen Fällen ist die Willenserklärung anfechtbar und nicht von vorn herein nichtig.²⁹ Jedoch ist nicht jeder Irrtum zum Schutz des Rechtsverkehrs anfechtbar, sondern nur die in § 119 BGB genannten.

1. Inhaltsirrtum

Beim Inhaltsirrtum irrt sich der Erklärende über die Bedeutung dessen, was er erklärt. Der Erklärende erklärt zwar was er erklären will, irrt jedoch über die rechtliche Bedeutung seiner Erklärung. Er misst der Erklärung einen anderen Sinn bei als sie in Wirklichkeit hat. Er kann seine Erklärung nach § 119 Abs. 1 BGB 1. Alt. anfechten.

Beispielsfall: Die Leiterin einer Schule unterschrieb eine von einem Vertreter ausgefüllte Bestellung über „25 Gros Rollen Toilettenpapier, die Rolle zu 1000 Blatt“. Sie wusste nicht, dass „Gros“ soviel wie 12 Dutzend (144 Stück) bedeutet, nahm vielmehr an, lediglich 25 große Rollen Toilettenpapier bestellt zu haben. Die Bezeichnung „Gros“ ist zwar veraltet, gehört aber noch zum allgemeinen Sprachgebrauch. Unter Berücksichtigung der gesamten Umstände ergibt die Auslegung ihrer Erklärung eine Bestellung von 3600 Stück. Sie kann ihre Erklärung jedoch wegen Inhaltsirrtums nach § 119 Abs. 1 BGB anfechten. (LG Hanau, NJW 1979, 721)

²⁹ *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 5.3.1.

2. Erklärungsirrtum

Der einfachste und im praktischen Leben häufigste Fall des Abweichens von Wille und Erklärung ist der Erklärungsirrtum i.S. von § 119 Abs. 1 BGB 2. Alt. durch Versprechen, Verschreiben oder Vergreifen. Der Erklärende wollte eine Erklärung diesen Inhalts nicht abgeben. Wenn nach objektiven Maßstäben anzunehmen ist, dass der Erklärende die Erklärung bei verständiger Würdigung nicht abgegeben hätte, kann er sie anfechten.

Beispiel: Ernie will Tiffany das Bild „Bert im Bad“ für 500 EUR zum Kauf anbieten. Er schreibt ihr einen Brief, verschreibt sich aber und bietet das Bild für 50 EUR an. Nimmt Tiffany das Angebot über 50 EUR an, kam ein gültiger Kaufvertrag zustande, nur hat sich Ernie bei Abgabe des Angebots im Erklärungsirrtum befunden.

Unterschied zum Inhaltsirrtum: beim Erklärungsirrtum benutzt der Erklärende ein Erklärungszeichen, das er nicht benutzen will. Beim Inhaltsirrtum gebraucht der Erklärende ein Zeichen und irrt sich in der Bedeutung dieses Zeichens.³⁰

Ein Irrtum bei der Willensäußerung liegt auch bei unrichtiger Übermittlung des Willens vor. Hierbei bedient sich der Erklärende zur Übermittlung seiner Erklärung einer Person (eines Boten) oder einer Einrichtung (bspw. die Post) und die Erklärung wird nach § 120 BGB unrichtig übermittelt. Diese unrichtige Übermittlung wird wie ein Erklärungsirrtum behandelt, d.h. sie ist anfechtbar. Beim Tatbestand des § 120 BGB benutzt der Erklärende eine Übermittlungsperson oder Einrichtung als Erklärungswerkzeug. Dessen unrichtiges Funktionieren muss er sich zurechnen lassen. Das irrtümlich Erklärte gilt zunächst, aber der Erklärende kann anfechten.

III. Fehler bei der Willensbildung

Geht der Erklärende irrtümlich von einem falschen Umstand aus, der für den Geschäftswillen bedeutsam ist, liegt ein Irrtum bei der Willensbildung vor. Dieser, sog. Motivirrtum ist grundsätzlich unbeachtlich. Jedoch gibt es Spezialfälle des Motivirrtums, die nach § 119 BGB beachtlich sind.

1. Eigenschaftsirrtum

Bei Fehlvorstellungen über den Vertragsgegenstand kann der Erklärende seine Erklärung nur selten anfechten. Unbeachtlich ist im allgemeinen der bloße Motivirrtum, also ein Irrtum über Umstände, die den Erklärenden zu seiner Entscheidung veranlasst haben, die aber allein aus seiner Sphäre stammen und mit dem Vertragsgegenstand nur mittelbare Berührung haben. Dagegen berechtigt der Irrtum über Eigenschaften einer Person oder Sache nach § 119 Abs. 2 BGB zur Anfechtung wegen Erklärungsirrtums, wenn die Eigenschaften im Verkehr als wesentlich angesehen werden.

³⁰ Vgl. Brox/Walker, BGB AT, S. 163.

Ein rechtlich unbeachtliches Motiv für den Abschluss des Kaufvertrages ist der Verwendungszweck, z.B. die Schenkungsabsicht. Der Käufer kann also seine auf den Abschluss des Kaufvertrages gerichtete Willenserklärung nicht anfechten, weil der Ring der Beschenkten nicht gefällt. Beachtlich ist nach § 119 Abs. 2 BGB aber ein Irrtum über eine im Verkehr als wesentlich angesehene Eigenschaft der Person oder Sache. Als verkehrswesentliche Eigenschaften einer Person kommen bei einem Arbeitsvertrag etwa Alter, Ausbildung, berufliche Fähigkeiten, Vorstrafen, Konfession (bei kirchlichen Arbeitgebern), u. U. politische Einstellung (bei Tendenzbetrieben wie Medien oder Parteien) in Betracht; Kreditwürdigkeit des Vertragspartners ist bei allen Verträgen, bei denen eine Partei vorleistet, eine verkehrswesentliche Eigenschaft.

Bei einer Sache sind alle wertbildenden Faktoren Eigenschaften i.S. dieser Bestimmung. Hierzu gehört beispielsweise auch das Material (z.B. Silber anstatt Gold), aus dem der Kaufgegenstand besteht, weil es für den Wert wesentlich ist. Von den wertbildenden Faktoren einer Sache ist deren Wert oder Marktpreis zu unterscheiden. Er ist keine verkehrswesentliche Eigenschaft, so dass der zu hohe oder zu niedrige Preis keine Anfechtung rechtfertigt. Ist der Irrtum über die Preisgestaltung allerdings vom Vertragspartner verursacht worden, so sind die Grundsätze über das Fehlen der subjektiven Geschäftsgrundlage oder über ein Verschulden beim Vertragsschluss zu berücksichtigen.

2. Arglistige Täuschung (§ 123 BGB)

Ein Motivirrtum, der den Getäuschten generell zur Anfechtung berechtigt, kann auch durch arglistige Täuschung hervorgerufen werden (§ 123 BGB). Eine Täuschung liegt vor, wenn jemand durch seine Erklärungen oder durch Vorenthalten von Informationen vorsätzlich einen Irrtum hervorruft oder aufrechterhält. Damit werden Parallelen zum strafrechtlichen Betrugstatbestand deutlich.³¹ Durch Verschweigen relevanter Umstände kann täuschen, wer zur Aufklärung verpflichtet ist. Ausnahmsweise gibt es vor allem im Arbeitsrecht bei (unzulässigen) Fragen des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer eine Art von Recht zu unwahrer Antwort,³² wie beispielsweise die Frage nach einer bestehenden Schwangerschaft. Obwohl jede Partei grundsätzlich nur ihre eigenen Interessen wahrzunehmen braucht und daher für den Vertragspartner ungünstige Umstände für sich behalten kann, wird aus § 242 BGB eine Obliegenheit abgeleitet, über solche Tatsachen zu informieren, mit deren Offenlegung der Vertragspartner redlicherweise rechnen durfte. Arglistig handelt der Täuschende schon, wenn er wenigstens mit der möglichen Unrichtigkeit seiner Angabe rechnet (Angaben "ins Blaue hinein") und weiß, dass diese Angabe für den anderen Teil entscheidungsbestimmend sein kann. Die Täuschungshandlung kann auch in einem blo-

³¹ Vgl. *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 5.4.

³² Vgl. *Medicus*, Grundwissen zum Bürgerlichen Recht, S. 60.

ßen Unterlassen liegen, also im Verschweigen, sofern eine Pflicht zur Handlung besteht. Auch wer weiß, dass ihm die zur sachgemäßen Beurteilung des Erklärungsgegenstandes erforderliche vom Erklärungsempfänger erwartete Kenntnis fehlt (z.B. fehlende Kenntnis über den mangelhaften Zustand des verkauften Gebrauchtwagens), kann arglistig täuschen. Die Täuschung muss – dem Gesetzeswortlaut entsprechend – widerrechtlich geschehen.

Wird jemand durch einen Dritten getäuscht, so kann er seine Willenserklärung nur anfechten, wenn die Täuschung des Dritten dem Anfechtungsgegner zuzurechnen ist oder wenn dieser die Täuschung durch den Dritten kannte oder kennen musste (§ 123 Abs. 2 Satz 1 BGB). Der Anfechtungsgegner, der die Täuschung weder kannte noch kennen musste, muss sie sich außerdem dann wie eine eigene zurechnen lassen, wenn die von ihm eingeschalteten Verhandlungsführer oder -gehilfen den Anfechtenden getäuscht haben. Diese Personen sind also keine Dritten i.S. von § 123 Abs. 2 BGB.

3. Willensbeeinflussung durch Drohung (§ 123 BGB)

Eine Willenserklärung kann auch angefochten werden, wenn sie wegen einer durch widerrechtliche Drohung verursachten Zwangslage abgegeben worden ist. Der Tatbestand des § 123 BGB unterscheidet sich zu den vorherigen Fällen dadurch, dass hier kein Irrtum des Erklärenden vorliegt. Die widerrechtliche Drohung berechtigt zur Anfechtung der Willenserklärung, weil damit die Freiheit der Willensentschließung geschützt werden soll.³³

Beispielsfall: Ernie droht dem Bert mit der Erstattung einer Strafanzeige, wenn er einen Kaufvertrag nicht unterschreibt. Bert unterschreibt, um die Anzeige, mit der er rechnet, zu umgehen.

Nach § 123 Abs. 1 BGB 2. Alt. kann die Erklärung auch dann angefochten werden, wenn der Erklärende widerrechtlich durch Drohung zur Abgabe bestimmt wurde. Unter **Drohung** versteht man das In-Aussichtstellen eines empfindlichen Übels, auf dessen Eintritt der Handelnde glaubt einwirken zu können.³⁴ Das „Übel“ braucht nicht besonders schwerwiegend zu sein oder den Erklärenden selbst zu treffen. Erforderlich ist lediglich, dass die Ankündigung beim Bedrohten eine subjektive Zwangslage auslöst. Nicht jede Drohung ist allerdings rechtswidrig; so ist die Drohung, Klage zu erheben, wenn der andere die Schuld nicht in notariell beurkundeter Form anerkenne, nicht rechtswidrig, da der Gläubiger lediglich den Gebrauch eines ihm von der Rechtsordnung zur Verfügung gestellten Verfahrens androht, um genau diesen Anspruch durchzusetzen.

Die Rechtswidrigkeit kann sich entweder aus dem angedrohten Übel ergeben (z.B. Körperverletzung, Brandstiftung usw.), aus dem angestrebten Erfolg (insbesondere Betrug) oder aber aus der Mittel-Zweck-Relation.

³³ Vgl. Brox/Walker, BGB AT; S. 184.

³⁴ BGH, NJW 2005, 2766, 2769; 1988, 2599.

Irrtumstatbestände

Inhaltsirrtum	Erklärungsirrtum	Eigenschaftsirrtum	Übermittlungsirrtum
§ 119 Abs. 1, 1. Fall	§ 119 Abs. 1, 2. Fall	§ 119 Abs. 2	§ 120
Irrtum über die rechtliche Bedeutung der Erklärung	Irrtum bei der Erklärungshandlung	Irrtum über verkehrswesentliche Eigenschaft einer Person oder Sache	Unbewusst unrichtige Übermittlung durch einen Boten

Abb. in Anlehnung an: *Brox/Walker*, BGB AT, S. 169

IV. Rechtsfolgen der Anfechtung (§ 142 BGB)

Abschließend bedarf es nunmehr der Klärung, welche Rechtsfolgen aus einer wirksam erklärten Anfechtung resultieren.

1. Nichtigkeit

Bei den wegen Irrtums (§ 119 BGB), wegen eines Übermittlungsfehlers (§ 120) und bei den wegen Täuschung oder Drohung (§ 123 BGB) anfechtbaren Willenserklärungen führt nicht der Willensmangel, sondern erst die wirksame Anfechtung zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts von Anfang an (§ 142 Abs. 1 BGB). Die Anfechtung ist ein einseitiges, zugangsbedürftiges Rechtsgeschäft und wird nach § 143 Abs. 1 BGB durch Erklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner ausgeübt, der in der Regel der Vertragspartner ist. Grundsätzlich führt die wirksame Anfechtung einer Willenserklärung zu ihrer Nichtigkeit und damit zur Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts von Anfang an (ex tunc-Wirkung); eine Ausnahme gilt bei der Anfechtung von Willenserklärungen, die zum Abschluss eines Dauerschuldverhältnisses führen sollen. Bei Dauerschuldverhältnissen (z.B. Arbeitsverhältnissen, Mietverhältnissen, Gesellschaftsverhältnissen), die bereits in Vollzug gesetzt worden sind, ist eine Rückabwicklung gar nicht mehr möglich, so dass an die Stelle der Wirkung ex tunc die Auflösung mit Wirkung für die Zukunft tritt. Eine Auswirkung des Trennungsprinzips ist es, dass die Anfechtung nur zur Nichtigkeit des von Willensmängeln beeinflussten Rechtsgeschäftes führt. Der dingliche Vertrag ist also schon deshalb nicht anfechtbar und bleibt wirksam (Folge des Abstraktionsprinzips)

2. Anfechtungsfristen

Um die Ungewissheit über Fortbestand oder Vernichtung anfechtbarer Rechtsgeschäfte zeitlich zu begrenzen, kann die Anfechtung nur innerhalb bestimmter

Fristen erklärt werden. Sie muss in den Irrtumsfällen unverzüglich erfolgen, nachdem der Erklärende von den Anfechtungsgründen Kenntnis erhalten hat, d.h., sobald er sich nicht mehr im Irrtum befindet (§ 121 Abs. 1 BGB). Willenserklärungen, zu denen der Erklärende durch Drohung oder arglistige Täuschung bestimmt worden war, können nur innerhalb eines Jahres angefochten werden; die Frist beginnt, wenn entweder die Drohung wegfällt oder der Erklärende die Täuschung erkennt (§ 124 Abs. 1 und Abs. 2 BGB). Die Anfechtung ist nach §§ 121 Abs. 2, 124 Abs. 3 BGB in jedem Fall ausgeschlossen, wenn seit der Willenserklärung 10 Jahre verstrichen sind.

3. Schadensersatz - negatives Interesse

Nach § 122 Abs. 1 BGB besteht für die Fälle der Scherzerklärung (§ 118 BGB) sowie der Anfechtung wegen Irrtums (§ 119 BGB) und wegen falscher Übermittlung (§ 120 BGB) eine Schadensersatzpflicht gegenüber dem Erklärungsempfänger. Bei Anfechtung einer Willenserklärung wegen Täuschung oder Drohung schuldet der Anfechtende dem Täuschenden oder Drohenden dagegen keinen Schadensersatz. Der Schadensersatzanspruch aus § 122 Abs. 1 BGB erstreckt sich allerdings nur auf den Vertrauensschaden (negatives Interesse) und nicht auf das Erfüllungsinteresse (positives Interesse).

Wer auf die Wirksamkeit der Erklärung vertraut hat, hat nach wirksamer Anfechtung also keinen Anspruch auf Schadensersatz wegen Nichterfüllung. Er kann nach § 122 Abs. 1 BGB nur Ersatz des Schadens beanspruchen, den er gerade dadurch erlitten hat, dass er auf die Wirksamkeit der Erklärung vertraute. Das sind in der Regel lediglich die nutzlos aufgewendeten Ausgaben wie Porto usw. sowie die Einnahmen, die der andere Teil hätte erzielen können, dies jedoch nicht getan hat, weil er auf den Bestand der Erklärung vertraute.

9. Teil: Verstoß gegen Form- und Inhaltsvorschriften

Literatur: *Brox/Walker*, BGB AT, § 13, *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil II, Kapitel 4; *Jaensch*, Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, Teil D, VI, *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, § 12; *Larenz/Wolf*, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, § 27, *Mertens*, Die Rechtweite gesetzlicher Formvorschriften im BGB, JZ 2004, 431; *Petersen*, Die Form des Rechtsgeschäfts, Jura 2005, 168; *Schwab/Löhnig*, Martin: Einführung in das Zivilrecht, Teil V, Kapitel 3; *Zenker*, Textform im WWW, insbesondere bei ebay, JZ 2007, 816; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 4.2.

Rechtsgeschäfte können mit Defiziten behaftet sein, die ihre Wirksamkeit beeinträchtigen oder die verhindern, dass sie wirksam werden (Nichtigkeit). Bereits bekannte Beispiele sind die schwebend unwirksamen Rechtsgeschäfte eines Minderjährigen, solange die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters fehlt, und die nach § 105 Abs. 1 BGB nichtigen Rechtsgeschäfte der Geschäftsunfähigen.

I. Formmängel

Das praktisch relevanteste Defizit ist der sog. Formmangel.

1. Formfreiheit als Grundsatz

Die Formfreiheit ist eine Folge der Privatautonomie, die den Grund für die rechtliche Bindung im Parteiwillen sieht, gleichgültig, wie dieser sich äußert. Dieser Grundsatz lässt dem Erklärenden die Wahlfreiheit, in welcher Art und Weise er seinen Willen äußern will.³⁵ Willenserklärungen können auf jede denkbare Art und Weise abgegeben werden - durch Gestik und Mimik, durch Handlungen, mündlich, schriftlich, notariell beglaubigt, notariell beurkundet usw. Auch die meisten Verträge können wirksam mündlich abgeschlossen werden. Grundsätzlich besteht also Formfreiheit. Erklärungen wie "Ich arbeite dort jetzt schon seit vier Wochen, habe aber noch keinen Vertrag", die man häufig von Laien hört, sind also juristisch unrichtig. Ein (formloser) Vertrag mit dem Arbeitgeber ist längst geschlossen worden; er ist lediglich (noch) nicht schriftlich abgefasst worden.

2. Formvorschriften

Für bestimmte Rechtsgeschäfte schreibt das Gesetz die Einhaltung einer besonderen Form vor. Wird diese nicht beachtet, ist das Rechtsgeschäft gemäß § 125

³⁵ Vgl. *Larenz/Wolf*, BGB AT, S. 484.

grundsätzlich nichtig. Formvorschriften dienen der Rechtssicherheit (Beweiserleichterung, Kontrollmöglichkeit) und dem Schutz der Parteien vor übereilten Rechtsgeschäften (Warnfunktion, Beratungsfunktion). Die gesetzlichen Formen sind abschließend geregelt.

a) Gesetzliche Schriftform

Für bestimmte Rechtsgeschäfte fordert der Gesetzgeber die Schriftform. Es stellt sich dabei die Frage, welche konkrete Vorgehens- oder Verhaltensweise diese Forderung erfüllt.

aa) Unterzeichnung einer Urkunde

Ist durch Gesetz Schriftform vorgeschrieben, so muss eine Urkunde errichtet und von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift oder mittels notariell beglaubigten Handzeichens unterzeichnet werden (§ 126 Abs. 1 BGB). Ein Namensstempel genügt grundsätzlich nicht. Nach zivilrechtlichen Grundsätzen genügt dafür aber auch die Unterschrift eines Vertreters, der mit dem Namen des Vertretenen unterschreibt. Die Unterzeichnung einer Urkunde mit dem Namen eines Dritten ist also wirksam und keine Fälschung, wenn die Vertretersfunktion des Unterzeichnenden aus der Urkunde erkennbar wird. Bei öffentlich-rechtlichen Anträgen wird jedoch unter Eigenhändigkeit regelmäßig nur die Unterschrift von der Hand des Antragstellers verstanden. Unter einer Urkunde ist die schriftliche Verkörperung einer Erklärung zu verstehen. Dabei muss der Text nicht vom Erklärenden selbst niedergeschrieben worden sein, der Text kann auch gedruckt oder mit PC geschrieben worden sein.

Ist die Erklärung auf verschiedenen Seiten enthalten, so bilden die einzelnen Seiten grundsätzlich nur dann eine Urkunde, wenn zwischen ihnen eine als dauernd gewollte körperliche Verbindung, hergestellt ist.³⁶

Bei einem Vertrag müssen beide Parteien dieselbe Urkunde unterschreiben. Werden mehrere Vertragsausfertigungen erstellt, dann genügt es, wenn jede Partei die für die andere Partei bestimmte Ausfertigung unterzeichnet (§ 126 Abs. 2 BGB). Besteht ein längerer Vertrag aus mehreren Blättern, so muss sich aus dem Inhalt der Urkunde eindeutig die Zusammengehörigkeit der einzelnen Teile durch fortlaufende Paginierung, fortlaufende Nummerierung der Paragraphen oder durch über das Seitenende fortlaufenden Text ergeben. Im internationalen Handelsverkehr wird die Zusammengehörigkeit der Urkunde häufig durch Paraphierung jeder einzelnen Seite dokumentiert.

Die Unterzeichnung muss den Text der Urkunde räumlich abschließen. Das vor der Unterschrift Stehende wird durch sie gedeckt. Die Unterschrift hat daher eine Abschluss- und Deckungswirkung.

Schriftform wird u.a. in folgenden Fällen vorgeschrieben:

- Bürgschaftserklärung (§ 766 Satz 1 BGB),

³⁶ Vgl. BGHZ 40, 263.

- Schuldversprechen (§ 780 BGB),
- Schuldanerkennntnis (§ 781 BGB)
- Mietvertrag über ein Grundstück für längere Zeit als ein Jahr (§ 566 Satz 1 BGB),
- Kündigung eines Mietverhältnisses über Wohnraum (§ 568 Abs. 1).

Für die Wirksamkeit formbedürftiger Bürgschaftserklärungen Privater ist die Unterzeichnung einer vollständigen Bürgschaftserklärung erforderlich, so dass eine Blankounterschrift unter einem noch ergänzungsbedürftigen Formular nicht dem Schriftformerfordernis des § 766 BGB genügt und daher unwirksam ist. Bürgschaftserklärungen, Schuldversprechen und Schuldanerkennntnisse bedürfen im übrigen nicht der Schriftform, wenn sie ein Vollkaufmann im Betrieb seines Handelsgeschäfts abgibt (§§ 350, 351 HGB).

bb) Eigenhändigkeit

Als zusätzliche Anforderung an die Wirksamkeit eines privatschriftlichen Testaments ist nach § 2247 Abs. 1 BGB eine eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung erforderlich. Bei einem privatschriftlichen Testament reicht also die eigenhändige Unterzeichnung eines von einer anderen Person geschriebenen Textes nicht aus. Während den Anforderungen an die gesetzliche Schriftform i.S. von § 126 BGB auch die mit einem PC oder einer Schreibmaschine oder sonst mechanisch angefertigte und von einem dazu ermächtigten Dritten eigenhändig unterzeichnete Urkunde genügt, müssen beim Testament die gesamten Schriftzeichen des Textes und der Unterschrift von der Hand des Erblassers stammen.

b) Vertragliche (gewillkürte) Schriftform

Von großer praktischer Bedeutung sind Parteivereinbarungen, wonach Rechtsgeschäfte schriftlich vorgenommen werden müssen, für die der Gesetzgeber keine Formvorschriften vorgesehen hat. Gewillkürte Formvorschriften werden häufig für Vertragsvereinbarungen, aber auch für einseitige Rechtsgeschäfte wie Bevollmächtigungen und Kündigungen vorgesehen. Derartige Vereinbarungen sollen Beweisschwierigkeiten ausschließen und vor allem vor unkontrollierbaren oder vollmachtsüberschreitenden Versprechungen von Mitarbeitern schützen.

ei der nur gewillkürten und nicht gesetzlich vorgeschriebenen Schriftform können die Parteien die konkreten Anforderungen an die Urkunde und die Wirkungen von Formverstößen grundsätzlich frei vereinbaren. Deshalb wird mit der bei Formularen (z.B. bei Überweisungsformularen der Banken) gebräuchlichen "Oberschrift" über dem Formulartext oder neben diesem eine wirksame (privatschriftliche) Willenserklärung abgegeben, obwohl dieses Verfahren den Anforderungen des § 126 BGB an die gesetzliche Schriftform nicht genügen würde, weil die "Oberschrift" oder "Nebenschrift" den Urkundentext nicht räumlich abschließt.

Fehlt eine Parteivereinbarung über die Anforderungen an die Schriftform und über die Wirkung von Formverstößen, so ist der Vertrag im Zweifel noch nicht wirksam geschlossen (§ 154 Abs. 2 BGB). Außerdem führt nach § 127 Satz 1 i.V. mit § 126 BGB die Nichtbeachtung der vereinbarten Schriftform im Zweifel auch zur Nichtigkeit. Zur Wahrung der nur privatautonom vereinbarten Schriftform genügt nach § 127 Satz 2 BGB jedoch im Zweifel die telegrafische Übermittlung und bei einem Vertrag ein Briefwechsel.

Die Parteien können eine von ihnen getroffene Schriftformvereinbarung allerdings auch wieder aufheben. Eine Missachtung der nur gewillkürten Schriftform ist daher unschädlich, wenn die Auslegung ergibt, dass die Parteien die Maßgeblichkeit der mündlichen Vereinbarung übereinstimmend gewollt haben und mit den formlos (mündlich) abgegebenen Willenserklärungen zugleich eine stillschweigende Aufhebung der Formvereinbarung beabsichtigt war.

c) Schriftformklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen

Schriftformklauseln in AGB sind zwar grundsätzlich zulässig und werden verhältnismäßig häufig verwendet, um Auseinandersetzungen über angeblich mündlich abgegebene Versprechungen des Verkaufspersonals oder über Zusatzvereinbarungen zu vermeiden. Sie sind aber unwirksam, wenn sie beim Verbraucher den Eindruck erwecken, eine mündliche Abrede sei entgegen allgemeinen Grundsätzen unwirksam. Die Wirkung von Schriftformklauseln in AGB wird häufig überschätzt, denn die Vertragsparteien können nach Vertragsschluss ungeachtet der AGB-Regelung über das Schriftformerfordernis auch mündlich vereinbaren, dass eine mündlich getroffene Abrede dennoch wirksam sein soll. Schriftformklauseln in Allgemeinen Geschäftsbedingungen können also durch eine anderslautende mündliche Abrede für konkrete Vereinbarungen abbedungen oder ganz aufgehoben werden. Außerdem sind mündlich getroffene Individualabreden, die bevollmächtigte Mitarbeiter des Verwenders der AGB ohne schriftliche Bestätigung abgeschlossen haben, auch wegen des Vorrangs von Individualabreden (§ 305 b BGB) wirksam.

d) Öffentliche Beglaubigung

Bei der öffentlichen (oder auch notariellen) Beglaubigung wird nach § 129 Abs. 1 Satz 1 BGB (nur) die Unterschrift von einem Notar beglaubigt. Der Notar stellt also nur eine öffentliche Urkunde über die Echtheit der Unterschrift aus und beurkundet damit nur die Tatsache, dass die Unterschrift von dem Erklärenden vollzogen oder anerkannt worden ist. Der Notar kann auch eine Blankounterschrift beglaubigen (§ 40 Abs. 5 BeurkG). Die Beglaubigung dient meist dazu, die Echtheit einer Urkunde zu beweisen.

Die notarielle Beglaubigung wird u.a. in folgenden Fällen verlangt:

- Anmeldung zum Vereinsregister (§ 77 BGB),
- auf Verlangen ausgestellte Urkunde über Abtretung (§ 403 BGB),
- Ausschlagung der Erbschaft (§ 1945 Abs. 1 BGB),

- Anmeldung zum Handelsregister (§ 12 Abs. 1 HGB).

e) Notarielle Beurkundung

Notarielle Beurkundung schreibt der Gesetzgeber bei Rechtsgeschäften vor, denen er besondere Bedeutung zubilligt. Dann muss sich der Notar im Beurkundungsverfahren vergewissern, welche Willenserklärungen die Parteien wirklich abgeben wollen, und sie notfalls über deren Tragweite belehren. Bei der notariellen Beurkundung fertigt der Notar eine Niederschrift an über die vor ihm in einer Verhandlung abgegebenen Willenserklärungen. Die Niederschrift hat die Bezeichnung des Notars und der Beteiligten sowie die Erklärungen der Beteiligten zu enthalten (§ 9 BeurkG); sie muss in Gegenwart des Notars vorgelesen, von den Beteiligten genehmigt und von diesen sowie dem Notar unterschrieben werden (§ 13 Abs. 1 BeurkG).

Notarielle Beurkundungen sind erforderlich bei:

- Verträgen über die Veräußerung oder den Erwerb von Grundstücken (§ 311 b Satz 1 BGB),
- Schenkungsversprechen (§ 518 Abs. 1 Satz 1 BGB),
- Ehevertrag (§ 1410 BGB),
- Erbvertrag (§ 2276 Abs. 1 BGB),
- Erbverzichtsvertrag (§ 2348 BGB),
- Erbschaftskaufvertrag (§ 2371 BGB)
- Verträgen über die Gründung einer GmbH oder einer AG (§ 2 Abs. 1 Satz 1 GmbHG; § 23 Abs. 1 Satz 1 AktG).

3. Rechtsfolgen von Formmängeln

Es stellt sich mithin die Frage, wie sich etwaige Formmängel auswirken, bzw. welche Rechtsfolgen der Gesetzgeber hierfür vorsieht.

a) Grundsatz: Nichtigkeit bei Formverstößen

Grundsätzlich führt die Nichtbeachtung der gesetzlichen Formvorschriften nach § 125 Satz 1 BGB zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäftes, weil sonst die Formvorschriften ausgehöhlt werden würden. Von dieser Regelung gibt es aber bedeutsame Ausnahmen.

b) Gesetzliche Durchbrechungen der Nichtigkeitsfolge

Eine Ausnahme vom Grundsatz der Nichtigkeit bei Formmängeln ergibt sich etwa für Mietverträge aus § 550 BGB. Wird bei einem für längere Zeit als ein Jahr geschlossenen Mietvertrag die Schriftform nicht beachtet, so gilt der Vertrag als auf unbestimmte Zeit geschlossen. In anderen Fällen wird der Formmangel geheilt, wenn die übernommenen Verpflichtungen erfüllt worden sind.

Ein Schenkungsvertrag wird wirksam, wenn die lediglich formfrei versprochene Schenkung bewirkt worden ist (§ 518 Abs. 2 BGB). Eine Rückforderung nach § 812 Abs. 1 Satz 1 BGB scheidet dann aus.

c) Richterrechtliche Korrektur bei untragbaren Ergebnissen

Ausnahmsweise kann gegen Treu und Glauben verstoßen, wer die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung unter Berufung auf die Nichtigkeit des abgeschlossenen Rechtsgeschäfts wegen eines Formverstößes verweigert. Eine Pflicht zur Erfüllung formnichtiger Verträge kommt aber nur in Betracht, wenn die gesetzlich vorgesehene Nichtigkeitsfolge für eine der Parteien nicht nur eine Härte bedeuten würde, sondern für sie existenzgefährdend oder schlechterdings untragbar wäre. Nur wenn die Berufung auf die Formnichtigkeit als eine besonders schwerwiegende Treuepflichtverletzung zu beurteilen ist, muss sich der Erklärungsgegner am Vertrag festhalten lassen. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn sich eine Partei auf die Formnichtigkeit eines Vertrages beruft, nachdem sie selbst daraus bereits seit längerer Zeit Vorteile gezogen hat.

II. Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot - § 134 BGB

Literatur: *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, § 14; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, 4. Kapitel, § 13; *Petersen*, Gesetzliches Verbot und Rechtsgeschäft, Jura 2003, 532; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil II, Kapitel 4.3.1.

Rechtsgeschäfte, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, sind nichtig, sofern sich nicht aus dem Verbotsgesetz etwas anderes ergibt (§ 134 BGB). Die Privatautonomie wird also dadurch begrenzt, dass bestimmten unerwünschten und daher verbotenen Rechtsgeschäften die rechtliche Anerkennung versagt wird. Verboten sind etwa Verträge über Schwarzarbeit (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz) oder über die Erstattung von Geldstrafen (§ 257 StGB). Nichtig können nicht nur Verträge sein, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, sondern auch einseitige Rechtsgeschäfte. Daher ist etwa die Kündigung eines Vertragsverhältnisses wegen Wahl zum Abgeordneten nach Art. 48 Abs. 2 Satz 1 GG und diejenige wegen Gewerkschaftsbeitritts nach Art. 9 Abs. 3 Satz 2 GG nichtig.

Verstöße gegen ein gesetzliches Verbot führen nach § 134 BGB allerdings nur zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts, wenn sich nicht aus dem Wortlaut der Verbotsnorm oder aus ihrem Sinn etwas anderes ergibt. Ein Vertrag ist daher nach § 134 BGB grundsätzlich nur dann nichtig, wenn beide Parteien bei seinem Abschluss gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen. Nur wenn wegen des Verstoßes gegen das Verbotsgesetz beiden Parteien eine Bestrafung oder ein Bußgeld droht, ist der verbotene Vertrag im allgemeinen nichtig. Verstößt dagegen nur eine Partei gegen ein für sie geltendes Verbotsgesetz, so bewirkt ein solcher nur einseitiger Verstoß im allgemeinen keine Nichtigkeit des abgeschlossenen Vertrages.

Der Verstoß gegen ein Verbotsgesetz hat nur dann die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts zur Folge, wenn es mit dem Zweck des Verbotsgesetzes unvereinbar wäre, die durch das Rechtsgeschäft getroffene rechtliche Regelung hinzunehmen und bestehen zu lassen. Entscheidend ist also, ob der Gesetzgeber die Rechtsfolgen des geschlossenen Geschäfts verhindern will. Das ist bei Verstößen gegen nur für einen Vertragspartner geltende reine Ordnungsvorschriften nicht der Fall. Derartige Verstöße führen nicht zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts.

Beispiel: Ernie ist unter die Bäcker gegangen. Trotz bestehenden Ladenschlussgesetzes verkauft Ernie sonntags Brötchen. Das Ladenschlussgesetz soll nicht verhindern, dass Ernie überhaupt Brötchen verkauft, aus Gründen des Arbeitsschutzes soll jedoch nur zu bestimmten Zeiten Brötchen verkauft werden. Die Gültigkeit eines Lebensmittelkaufs- bzw. Verkaufs außerhalb der Ladenzeiten will das Ladenschlussgesetz nicht ausschließen.

III. Sittenwidrigkeit und Wucher - § 138 BGB

Literatur: *Brox/Walker*, BGB AT, § 14, *Eckert*, Sittenwidrigkeit und Wertungswandel, AcP 199, 337; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil I, 10.6 *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, 4. Kapitel, § 13 III.

Beispiel: Ernie gewährt Bert ein Darlehen zu einem Zinssatz von 200%.

Ernie gewährt Bert ein Darlehen in Höhe von 50.000 EUR und lässt sich zur Sicherung des Darlehens die Übertragung von Berts Porshe Cayenne (Wert: 150.000 EUR) zusagen.

§ 138 Abs. 1 BGB enthält eine Generalklausel: Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, sind nichtig. § 138 Abs. 2 nennt als Sonderfall des Sittenverstoßes den Wucher. Der Begriff der Sittenwidrigkeit bedarf einer Wertung und muss durch Rückgriff auf allgemeinen Wertvorstellungen konkretisiert werden. Dabei sind die verfassungsrechtlichen Vorgaben über die Gewährung von Grundrechten besonders zu berücksichtigen. In Anlehnung an die Entstehungsgeschichte und die höchstrichterliche Rechtsprechung versteht man unter guten Sitten das „Rechts- und Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“. Daher ist nicht nur Sitte, sondern auch Sozialmoral in die Wertung einzubeziehen.³⁷

Ein Rechtsgeschäft kann schon wegen seines Inhalts oder aufgrund einer Gesamtwürdigung von Inhalt, Zweck und Beweggrund sittenwidrig sein. Es ist ein Unwerturteil über seine Verwerflichkeit auf der Grundlage einer zusammenfassenden Würdigung erforderlich, bei der einerseits alle wesentlichen äußeren Umstände und andererseits die innere Einstellung der Parteien zu berücksichtigen ist. Typische Merkmale sind Ausnutzung einer wirtschaftlichen Machtstellung, Gläubigergefährdung, Ausbeutung und Knebelung.

Beispiel:³⁸ Verpflichtet eine Brauerei einen Gastwirt, für ein Darlehen zur Einrichtung seiner Wirtschaft 35 Jahre lang sein Bier ausschließlich von ihr zu einem überhöhten Preis zu bezie-

³⁷ Vgl. *Brox/Walker*, BGB AT; S. 138.

³⁸ In Anlehnung an: *Brox/Walker*, BGB AT, S. 138.

hen, verstößt dieser Vertrag gegen die guten Sitten. Der Gastwirt wird in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit über Gebühr beschränkt.

Auch wenn die Voraussetzungen des Wuchers i.S. von § 138 Abs. 2 BGB nicht erfüllt sind, verstoßen Rechtsgeschäfte als wucherähnlich gegen die guten Sitten, wenn zwischen den Leistungen der Vertragsparteien ein auffälliges Missverhältnis besteht und eine Vertragspartei die Unterlegenheit, Unerfahrenheit oder das mangelnde Urteilsvermögen der anderen bewusst zu ihrem Vorteil ausnutzt. Das wird im allgemeinen bejaht, wenn der Wert der Leistung etwa doppelt so hoch oder höher ist als der Wert der Gegenleistung. Das ist vor allem für Kreditverträge bedeutsam. Darlehensverträge, bei denen die Voraussetzungen des Kreditwuchers im Sinne von § 138 Abs. 2 BGB noch nicht vorliegen, verstoßen gegen § 138 Abs. 1 BGB, wenn der vereinbarte Zinssatz deutlich überhöht ist. Unerfahren ist, wer einen Mangel an Lebens- oder Geschäftserfahrung hat. Als mangelndes Urteilsvermögen versteht man, wenn jemandem – häufig infolge einer Verstandesschwäche- in erheblichem Maße die Fähigkeit fehlt, sich bei seinem rechtsgeschäftlichen Handeln von vernünftigen Beweggründen leiten zu lassen oder die beiderseitigen Leistungen und die wirtschaftlichen Folgen des Geschäfts richtig zu bewerten.³⁹

Beispiel: Der einfältige Bert lässt sich zum Kauf eines 20-bändigen Werkes über das Balzverhalten von Wachteln überreden.

Auch eine unangemessene Häufung von übermäßigen Belastungen einer Vertragspartei spricht für ein sittenwidriges Ausbeutungsgeschäft. Daher werden als sittenwidrig Kreditverträge beurteilt, in denen sich ein Gläubiger unangemessene Kreditsicherheiten verschafft und den Sicherungsgeber in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit übermäßig einschränkt. Veranlassen Eltern hauptsächlich aus eigenem Interesse ihre geschäftsunerfahrenen Kinder, eine Bürgschaft zu leisten, die deren voraussichtliche finanzielle Leistungsfähigkeit bei weitem übersteigt, so verletzen sie in der Regel ihre familienrechtliche Pflicht zur Rücksichtnahme (§ 1618 a BGB) und verstoßen damit gegen die guten Sitten. Hat die Gläubigerbank ein solches Handeln der Eltern gekannt oder grob fahrlässig außer acht gelassen, kann die Bürgschaft nach § 138 Abs. 1 BGB nichtig sein. Als sittenwidrig werden Bürgschaftsverträge außerdem beurteilt, wenn ein krasses Missverhältnis zwischen dem Umfang der Haftung und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des bürgenden Ehegatten oder Lebenspartners besteht und der Verpflichtungsumfang auch nicht durch den Schutz des Gläubigers vor Vermögensverlagerungen zu rechtfertigen ist. Der mit der Bank geschlossene Bürgschaftsvertrag kann nach § 138 Abs. 1 BGB auch dann nichtig sein, wenn ein Angestellter des Kreditinstituts gegenüber einem geschäftsunerfahrenen, finanziell wenig leistungsfähigen Bürgen vor Unterzeichnung der Urkunde Tragweite oder Risiko der Verpflichtung verharmlost.

³⁹ BGH NJW 2006, 3054 (3056).

Bürgschaftsverträge mit geschäftsgewandten Personen können ebenfalls sittenwidrig sein, wenn diese bei der Übernahme der Bürgschaftsverpflichtung überumpelt worden sind. Nicht alle risikoreichen oder nachteiligen Geschäfte sind allerdings als sittenwidrig zu beurteilen. Vielmehr ist es notwendige Konsequenz der Vertragsfreiheit als Teil der Privatautonomie, dass man auch risikoreiche Geschäfte abschließen und sich wirksam zu Leistungen verpflichten kann, die man nur unter besonders günstigen Umständen erbringen kann.

Ist ein Rechtsgeschäft nach zivilrechtlichen Grundsätzen sittenwidrig und damit nichtig, so schließt das die Entstehung von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen für eine oder beide Parteien nicht aus. So unterliegen auch die aus sittenwidrigen Rechtsgeschäften erwirtschafteten Erträge beim Empfänger der Einkommensteuer. Andererseits führt die Sittenwidrigkeit eines Rechtsgeschäfts aber auch nicht notwendig zu einer Bestrafung.

Im ersten Fall ist nicht nur die Zinsvereinbarung zwischen Ernie und Bert nichtig, sondern auch die Zinszahlungen.

Im zweiten Fall ist der Kreditvertrag zwischen Ernie und Bert nach § 138 Abs. 1 BGB wegen Übersicherung nichtig. Die Sicherungsübereignung des Pursche Coyenne wird nach § 138 Abs. 1 BGB von der Nichtigkeit erfasst.

10. Teil: Schuldverhältnisse; Einzelne Vertragstypen

Literatur: *Brox/Walker*, Allgemeines Schuldrecht, § 2; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil II, Kapitel 3; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, §§ 22, 23; *Schmidt/Brüggemann*, Grundkurs Zivilrecht, B, *Willoweit*, Schuldverhältnis und Gefälligkeit, JuS 1984, 909.

Im Folgenden sollen nach einer kurzen Ergänzung der bereits erläuterten allgemeinen Grundsätze über Schuldverhältnisse die wichtigsten Vertragstypen näher betrachtet werden.

I. Allgemeines über Schuldverhältnisse

Grundnorm für vertragliche Schuldverhältnisse ist der § 311 Abs. 1 BGB. Ihm ist zu entnehmen, dass die in Verträgen vorgesehenen Berechtigungen autonom gesetzt werden und nur dann, wenn die Parteien die Grenzen des Zulässigen überschritten haben, sich nicht an verbindliche Vorgaben gehalten haben.

Haben Vertragspartner nun eine Abmachung getroffen, die keine Verbotschranken durchbricht, so gilt diese, und zwar auch dann, wenn sie sich innerhalb eines der ab § 433 ff. geregelten Vertragstypen verhält.

Durch Verträge werden -meist wechselseitige- Ansprüche begründet. Meist aber werden ähnliche Verträge immer wieder geschlossen. Daher hat das BGB einige Vertragstypen näher geregelt. Die dort vorgehaltenen Vorschriften sind grundsätzlich dispositiv, d.h., die Parteien können auch innerhalb des vorgegebenen Vertragstyps von allen gesetzlichen Vorschriften Abweichendes bestimmen. Wenn sie dies nicht tun, gilt das Gesetz. Nur wenn gesetzliche Vorschriften ausdrücklich für zwingend erklärt sind, sind abweichende Vereinbarungen nichtig.

Die durch Verträge begründeten Pflichten teilt man ein in:

- Hauptpflichten, die dem Vertrag das Gepräge geben (§ 241 Abs. 1 BGB) und
- Nebenpflichten, die sozusagen en passant entstehen (§ 241 Abs. 2 BGB).

Hauptpflichten eines Kaufvertrages sind z.B. die Übergabe und Übereignung der Kaufsache durch den Verkäufer (§ 433 Abs. 1 S. 1 BGB) und die Zahlung des Kaufpreises und die Abnahme der Kaufsache durch den Käufer (§ 433 Abs. 2 BGB). Eine Nebenpflicht des Verkäufers ist zum Beispiel die sorgfältige Verpackung einer Ware, die er nach dem Vertrag an den Käufer zu versenden hat.

Die Hauptpflichten unterteilt man weiter in solche, die von einer entsprechenden Gegenleistung abhängig sind und solche, die keine korrespondierende Gegenleistung kennen. Erstere nennt man synallagmatische Pflichten. Das Synallagma ist der Austauschgedanke, also die Überlegung, dass bestimmte Pflichten nur

wegen der Aussicht übernommen worden sind, eine entsprechende Gegenleistung zu erlangen. Verträge, die ein Synallagma enthalten, nennt man synallagmatische oder Austauschverträge. Das Gesetz verwendet den Begriff „gegenseitiger Vertrag“ (vgl. die Überschrift über §§ 320 ff. BGB). Es sind dies zum Beispiel:

- Kauf (Ware gegen Kaufpreis)
- Miete (Sachnutzung gegen Mietzins)
- verzinsliches Darlehen (Kapitalnutzung gegen Zins)
- Dienstvertrag (Dienste gegen Lohn)
- usw.

Keine Austauschverträge („einseitige Verträge“) sind: Schenkung, Leihe, Auftrag, zinsloses Darlehen und unentgeltliche Verwahrung. Bei diesen Verträgen gibt es folglich auch keine synallagmatische Pflichten, obwohl auch sie Hauptpflichten beider Parteien kennen. So ist beim Leihverhältnis zum Beispiel der Verleiher zur Überlassung des Gebrauchs (§ 598 BGB), der Entleiher zur Rückgabe der Sache nach Ablauf der vorgesehenen Zeit (§ 604 Abs. 1 BGB) verpflichtet. Beim Auftrag kann der Auftraggeber Herausgabe der vom Beauftragten erlangten Gegenstände (§ 667 BGB), der Beauftragte dagegen Ersatz seiner Aufwendungen verlangen (§ 670 BGB). Aber diese Pflichten werden nicht deshalb übernommen, um in den Vorteil der durch den anderen übernommenen Pflichten zu gelangen. Am besten lässt sich das Synallagma mit einem römischen Spruch beschreiben: „Do ut des.“ Ich gebe, damit (auch) du geben mögest.

Auch die Austauschverträge kennen Hauptpflichten, die *nicht* in einem Synallagma stehen. So sind beim Darlehen dessen Rückzahlung (§ 488 Abs. 1 S. 2 BGB) und bei der Miete die Rückgabe der Mietsache (§ 546 Abs. 1 BGB) zwar Hauptpflichten, aber sie korrespondieren nicht mit einer Gegenleistung.

Ein merkwürdiges Mittelding zwischen einseitigen und Austauschverträgen sind die einseitig verpflichtenden Verträge, denen zwar der Austauschgedanke zugrunde liegt, bei denen aber dennoch nur eine der Parteien zur Leistung verpflichtet ist, freilich erst, nachdem die andere etwas getan hat. Beispiele hierfür sind der Maklervertrag (§ 652 Abs. 1 BGB) und - möglicherweise - der Prostitutionsvertrag (§ 1 S. 1 ProstG).

Nebenpflichten sind Sorgfalts- und Rücksichtnahmepflichten, die der reibungslosen Durchführung des Schuldverhältnisses dienen. § 241 Abs. 2 BGB erwähnt sie. Sie können sich aus einer ausdrücklichen Vereinbarung ergeben oder aus Treu und Glauben bzw. der Verkehrssitte (§ 242 BGB).

Neben den vertraglichen gibt es gesetzliche Schuldverhältnisse, die durch bestimmte Situationen ohne willentliches Zutun der Beteiligten entstehen. Hier ist

es das Gesetz, das den Inhalt der entstehenden Haupt- und Nebenpflichten näher bestimmt.

II. Erlöschen von Schuldverhältnissen

Wie ein Schuldverhältnis entstehen kann, ist nunmehr weitgehend geläufigen. Den Regeln der Logik folgend, kann ein solches auch wieder Erlöschen. Dieses Erlöschen eines Schuldverhältnisses ist Gegenstand der weiteren Betrachtungen.

1. Erfüllung

Beispiel: Der geistig zurückgebliebene Samson hat dem Bert vertraglich die Herstellung einer Hundehütte zugesichert. Samson hat diese einwandfrei hergestellt, trotzdem will Bert nicht den vereinbarten Lohn bezahlen, weil der geschäftsunfähige Samson den Vertrag nicht erfüllen könne.

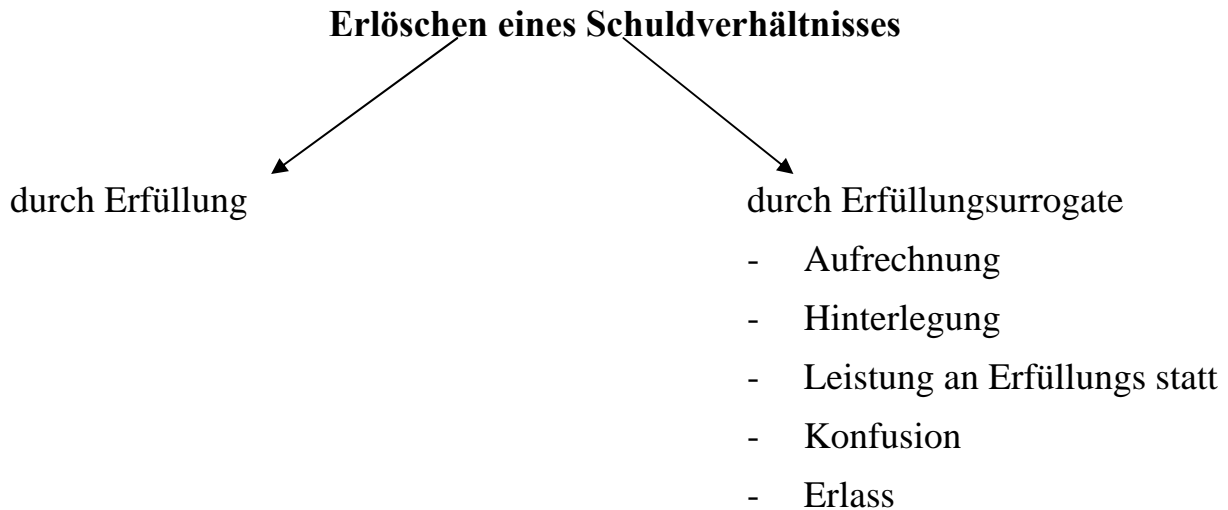
Bei dem Erlöschen eines Schuldverhältnisses ist zu differenzieren, ob das Verhältnis als Ganzes oder nur eine einzelne Pflicht erlischt. Das Schuldverhältnis erlischt durch die Erfüllung sämtlicher wechselseitiger Forderungen. Erfüllung ist das Bewirken der geschuldeten Leistung (§ 362 Abs. 1 BGB). Die Erfüllung als solche ist kein Rechtsgeschäft, sondern eine geschäftsähnliche Handlung. Meist wird allerdings ein dingliches Rechtsgeschäft mit der Erfüllung verbunden sein. Dann - und nur dann - ist Geschäftsfähigkeit, nämlich für dessen Wirksamkeit, erforderlich.

Die Erfüllungswirkung tritt nur dann ein, wenn die richtige Leistung an den richtigen Schuldner bzw. Gläubiger am richtigen Ort erbracht wird.

2. Erfüllungssurrogate

Wird von dem Schuldner eine andere als die geschuldete Leistung erbracht, so erlischt das Schuldverhältnis nur dann, wenn der Gläubiger sie als Erfüllung annimmt. Man spricht von einem sog. Erfüllungssurrogat. Man kennt fünf davon, nämlich die Annahme an Erfüllungs statt (§ 364 Abs. 1 BGB), die Hinterlegung (§ 378 BGB), die Aufrechnung (§ 389 BGB), den Erlass (§ 397 Abs. 1 BGB) und die im Gesetz nicht eigens erwähnte Konfusion, nämlich die Vereinigung von Schuld und Anspruch in einer Person.

Die Voraussetzungen sind jeweils sehr unterschiedlich. Die Konfusion bringt das Schuldverhältnis von sich aus zum Erlöschen. Die Hinterlegung ist ein - nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässiger Realakt. Die Aufrechnung kann durch einseitige Erklärung des Gläubigers oder des Schuldners bewirkt sein. Der Erlass und die Annahme an Erfüllungs statt erfordern den Abschluss eines besonderen Vertrags.



III. Leistungsstörungen

Literatur: *Brox/Walker*, Allgemeines Schuldrecht, §§ 21- 27; *Canaris*, Das allgemeine Recht Leistungsstörungenrecht im Schuldrechtsmodernisierungsgesetz ZRP 2001, 329; *Fliegner*, Der Leistungsbegriff der §§ 280ff BGB und Fragen des Haftungsausschlusses, JR 2002, 314; *Medicus*, Die Leistungsstörungen im neuen Schuldrecht, JuS 2003, 521; *Reischl*, Grundfälle zum neuen Schuldrecht, JuS 2003, 40, 250; *Zimmer*, Das neue Recht der Leistungsstörungen, NJW 2002, 1; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und die Grundzüge des Zivilprozessrechts, Teil III, 5.

Von Leistungsstörungen spricht man, wenn die Leistung nicht so bewirkt wird, wie sie geschuldet wurde. Das Recht der Leistungsstörungen ist von dem zentralen Begriff der Pflichtverletzung dominiert. Pflichtverletzungen begründen einen Anspruch des Gläubigers auf Schadensersatz, wenn sie schuldhaft begangen worden sind (§ 280 Abs.1 BGB). Durch die seltsam klingende Formulierung wird klargestellt, dass die Beweislast für fehlendes Verschulden beim Schuldner liegt.

Eine Pflichtverletzung kann darin bestehen, dass der Schuldner die Leistung gar nicht bewirkt (Nichtleistung), nicht zur gehörigen Zeit bewirkt (Verzögerung der Leistung) oder eine sonst aus dem Schuldverhältnis folgende Pflicht verletzt (Verletzung sonstiger Pflichten).

1. Nichtleistung

Erbringt der Schuldner die Leistung nicht, nur partiell (oder nicht so, wie sie geschuldet war), so wird der Anspruch auf die Leistung davon zunächst nicht berührt. Der Gläubiger hat die Möglichkeit, die Leistung zu fordern, auf Erfüllung des Anspruchs zu klagen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann der Gläubiger stattdessen Schadensersatz verlangen. Das nennt man Schadensersatz statt der Leistung. Er muss dann finanziell so gestellt werden als hätte der Schuldner

die Leistung erbracht. Schadensersatz statt der Leistung kann der Gläubiger verlangen, wenn

- der Schuldner die Leistung rein tatsächlich gar nicht erbringen kann (Unmöglichkeit), §§ 275 Abs. 1, 283 BGB;
- der Schuldner die Leistung endgültig und ernsthaft verweigert, gleichgültig, ob er wegen unzumutbarer Leistungerschwererung das Recht hat, sie zu verweigern (§§ 275 Abs. 2, 283 BGB), oder ob er dies unberechtigt tut (§ 282 Abs. 2 BGB);
- die Annahme der Leistung dem Gläubiger unter Abwägung der beiderseitigen Interessen nicht mehr zugemutet werden kann (§ 281 Abs. 2 BGB);
- der Gläubiger dem Schuldner eine Frist zur Erfüllung gesetzt hat und diese Frist verstrichen ist (§ 281 Abs. 1 S. 1 BGB).

In allen Fällen muss ein Verschulden des Schuldners vorliegen, das allerdings auch darin liegen kann, eine Leistungsverpflichtung eingegangen zu sein, obwohl er hätte vorhersehen können, dass er sie nicht wird erfüllen können (§ 311 a Abs. 2 S. 2 BGB).

Wenn der Gläubiger (berechtigterweise) Schadensersatz statt der Leistung verlangt, schließt das den Erfüllungsanspruch aus (§ 281 Abs. 4 BGB). Der Schuldner kann zurückverlangen, was er bereits geleistet hat (§ 281 Abs. 5 BGB). Wenn die Leistung unmöglich ist (§ 275 Abs. 1 BGB) oder der Schuldner sie berechtigterweise verweigert (§ 275 Abs. 2 BGB), *ohne* dass er das zu vertreten hat, kann der Gläubiger weder die Leistung noch Schadensersatz verlangen. Der Schuldner wird dann von der Leistungsverpflichtung einfach frei.

Der Gläubiger kann nach § 285 Abs. 1 BGB aber das stellvertretende Commodum fordern. Das ist das, was der Schuldner anstelle des Leistungsgegenstandes erlangt hat. § 285 Abs. 2 BGB stellt klar, dass sich sein Schadensersatzanspruch, wenn er einen hat, entsprechend verringert. Wenn der Schuldner nicht mehr zu leisten braucht, stellt sich bei einer synallagmatischen Pflicht immer auch die Frage, was dann aus der Verpflichtung des Gläubigers zur Gegenleistung oder aus der von ihm vielleicht schon erbrachten Gegenleistung wird. Dies ist in den §§ 323 ff. BGB geregelt. Danach gilt:

- Der Gläubiger einer synallagmatischen Pflicht kann bei nicht rechtzeitiger Leistung vom Vertrag zurücktreten (§ 323 BGB). Dadurch entfällt die Verpflichtung zur Gegenleistung bzw. kann das Geleistete zurückgefordert werden. Zugleich endet die Leistungspflicht des Schuldners. Der Gläubiger kann dann allenfalls noch Schadensersatz statt der Leistung fordern, wenn hierfür die Voraussetzungen vorliegen (§ 325 BGB). Der Rücktritt ist nur möglich, wenn der Gläubiger dem Schuldner eine Frist zur Leistung gesetzt hat und diese abgelaufen ist (§ 323 Abs. 1 BGB), wenn der Schuldner die Leistung endgültig und ernsthaft verweigert (§ 323 Abs. 2 Nr. 1 BGB), wenn der Vertrag bestimmt, dass die Leistung nur

zu einer bestimmten Zeit erbracht werden darf (Fixgeschäft - § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB) oder wenn sonst aus besonderen Gründen die Fristsetzung nicht sinnvoll erscheint (§ 323 Abs. 2 Nr. 3 BGB).

- Wenn die Leistung unmöglich ist (§ 275 Abs. 1 BGB) oder der Schuldner die Erfüllung berechtigterweise verweigert (§ 275 Abs. 2 BGB), wird der Gläubiger auch dann von der Gegenleistung frei, wenn er nicht zurücktritt (§ 326 Abs. 1 BGB).
- Hat der Gläubiger allerdings das Leistungshindernis des Schuldners ganz oder überwiegend zu vertreten oder war er zu der Zeit, als es eintrat, im Annahmeverzug, dann behält der Schuldner den Anspruch auf die Gegenleistung (§ 326 Abs. 2 BGB) und der Gläubiger kann vom Vertrag auch nicht zurücktreten (§ 323 Abs. 6 BGB). § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB meint das, was man als relatives Fixgeschäft bezeichnet.

Man unterscheidet:

- das absolute Fixgeschäft, bei dem die Erbringung der Leistung *begrifflich* nur zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich ist und für das die Verzugsregeln nicht gelten, weil nicht rechtzeitige Erfüllung ja zugleich Unmöglichkeit bewirkt,
- das relative Fixgeschäft, das zwar auch nach der bestimmten Zeit erfüllt werden *könnte*, was aber (für den Schuldner erkennbar) für den Gläubiger nicht mehr von Interesse wäre und bei dem der Gläubiger ohne weiteres zurücktreten kann, wenn die Leistung nicht rechtzeitig erbracht wird.

2. Verzögerung der Leistung

Es kann auch passieren, dass der Schuldner mit der Erbringung seiner Leistung in Verzug gerät. Andererseits kann auch der Gläubiger, der die Leistung annehmen muss in Annahmeverzug geraten. Wird die Leistung nicht rechtzeitig (vgl. § 271 BGB) erbracht, folgen hieraus zunächst keine weiteren Ansprüche des Gläubigers. Nur unter den zusätzlichen Voraussetzungen des Verzugs kann der Gläubiger Ersatz des Verzögerungsschadens verlangen (§§ 280 Abs. 2, 288 BGB). Bei Geldforderungen bedeutet dies, dass sie mindestens mit dem in § 288 Abs. 1, 2 BGB genannten Zinssatz von 5% bzw. 8% über dem Basiszins zu verzinsen sind.

In Verzug kommt der Schuldner, wenn

- ihm der Gläubiger eine Mahnung (das ist die ernsthafte Aufforderung, nunmehr die Leistung zu erbringen) schickt oder die Erfüllungsklage erhebt (§ 286 Abs. 1 BGB),
- ihm der Gläubiger eine Rechnung oder Forderungsaufstellung übersandt hat, und seither 30 Tage vergangen sind (§ 286 Abs. 3 BGB).

Beides ist nicht nötig, wenn die Leistungszeit vertraglich fixiert ist (§ 286 Abs. 2 Nr. 1, 2 BGB). Außerdem kommt ein Schuldner in Verzug, wenn er die Leistung endgültig und ernsthaft verweigert (§ 286 Abs. 2 Nr. 3 BGB).

Schließlich kann sich der Verzug aus sonstigen besonderen Gründen ergeben (§ 286 Abs. 2 Nr. 4 BGB).

Kein Verzug tritt ein, wenn der Schuldner die Verspätung nicht zu vertreten hat (§ 286 Abs. 4 BGB), d.h., wenn sie nicht wenigstens auf Fahrlässigkeit beruht (§ 276 Abs. 1 S. 1 BGB). Dabei gilt allerdings der Grundsatz, dass man fehlende finanzielle Mittel immer zu vertreten hat. („Geld hat man zu haben“).

Außer dem Schuldnerverzug kennt das Gesetz noch den Annahmeverzug. Zwar ist der Gläubiger ja nicht verpflichtet, die Leistung entgegenzunehmen, doch ist es für den Schuldner lästig, wenn er es nicht tut.

Beispiel: Bert verkauft Ernie seinen Flat-TV für 200 EUR. Vereinbart ist, dass Bert den Fernseher am 24.12. um 12h liefern soll. Bert ist zur vereinbarten Zeit da nur Ernie weilt bei seiner Großmutter beim Kaffeekränzchen. Bert zieht unverrichteter Dinge wieder heim. Dort angekommen stolpert zufällig vorbeigekommener Besuch über den Fernseher und zerstört ihn. Kann Ernie die Herausgabe des Fernsehers und/oder Schadensersatz verlangen?

Daher bestimmen die §§ 293 ff. BGB, dass der Gläubiger bestimmte Nachteile davon haben soll, wenn er die ihm ordnungsgemäß angebotene Leistung nicht annimmt. Schlimmstenfalls kann nun der Schuldner die Leistung hinterlegen (§ 372 S. 1 BGB). Schuldet er die Übergabe eines Grundstücks, darf er nach einer entsprechenden Androhung einfach den Besitz aufgeben (§ 303 BGB). Außerdem muss der Gläubiger Mehrkosten, die dem Schuldner durch mehrere Leistungsversuche entstehen, ersetzen (§ 304 BGB).

3. Schlechterfüllung

Wenn der Gläubiger andere Pflichten als die zur Leistung (nämlich Nebenpflichten i.S.v. §§ 241 Abs. 2, 242 BGB) schuldhaft verletzt, schuldet er nach § 280 Abs. 1 BGB jedenfalls Ersatz des *daraus* entstehenden Schadens.

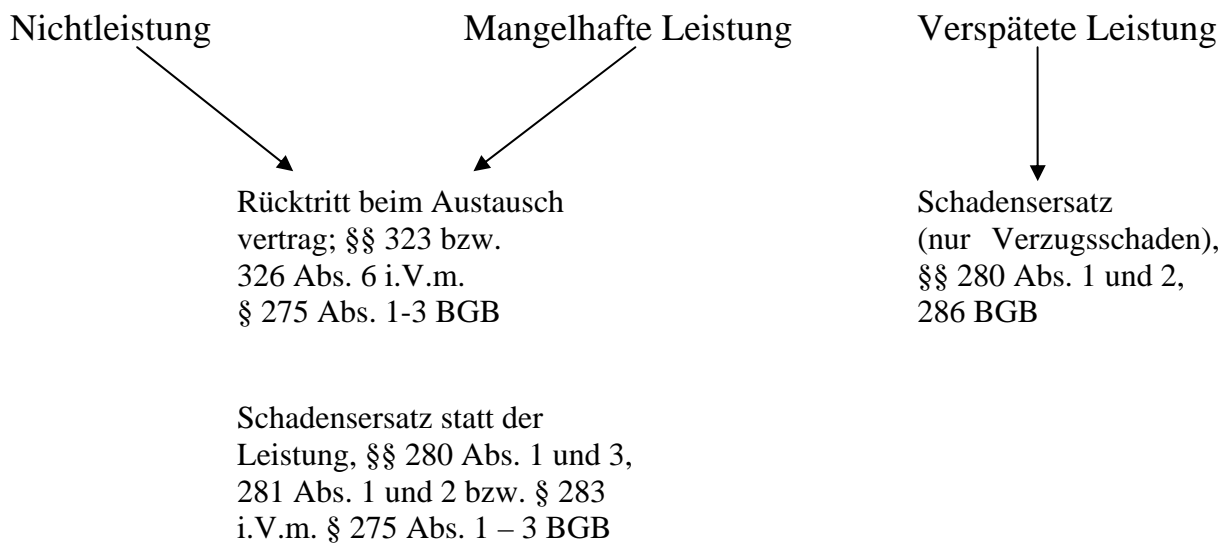
Wenn die Pflichtverletzung so gravierend ist, dass dem Geschädigten ein Festhalten am Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann, kann er auch Schadensersatz statt der Leistung verlangen (§ 282 BGB) und - beim synallagmatischen Vertrag - von diesem zurücktreten (§ 324 BGB).

Eine Nebenpflichtverletzung liegt z.B. vor, wenn der Schuldner bei der Leistungserbringung mit dieser verbundene Obhut- und Sorgfaltspflichten verletzt. (Der Versandhändler schickt die Ware ab, verpackt sie aber unzureichend, so dass sie unterwegs zu Bruch geht. Der Busunternehmer transportiert den Fahrgast zwar, wartet aber den Bus nicht ordentlich, so dass der Gast sich an einer scharfen Kante verletzt. Der Vermieter sorgt nicht für genügend Licht im Treppenhaus, so dass der Mieter stürzt). Hier gilt: Der Schuldner haftet nach § 280 Abs. 1 BGB für die schuldhafte Verletzung einer solchen Obhut- oder Sorgfalts-

pflcht auf Ersatz des daraus entstehenden materiellen Schadens (nicht jedoch auf Schmerzensgeld, vgl. § 253 BGB).

Obhut- und Sorgfaltspflichten können auch schon in der Phase der Vertragsanbahnung entstehen (§ 311 Abs. 2 BGB). Auch dann hat die schuldhafte Verletzung solcher Pflichten zur Folge, dass der Gläubiger Schadensersatz nach § 280 Abs. 1 S. 1 BGB wegen des ihm daraus entstandenen Schadens verlangen kann und zwar unabhängig davon, ob es später zu einem Vertragsschluss gekommen ist oder nicht.

Leistungsstörungen:



IV. Einzelne Schuldverhältnisse

Im Folgenden werden die gängigsten Schuldverhältnisse und deren Besonderheiten untersucht.

1. Rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse

Zu Beginn bedarf es einer Betrachtung der rechtsgeschäftlichen Schuldverhältnisse. Für die Einordnung eines Sachverhaltes unter einen Vertragstypus ist nicht die Bezeichnung des Vertrages durch die Parteien, sondern allein das von den Parteien Vereinbarte entscheidend.

Beispiel: Bert „leiht“ Ernie ein Ruderboot für eine Gebühr von 10 EUR/Stunde. Hier liegt keine Leihe, sondern ein Mietvertrag vor.

Nur bei Verträgen eigener Art „sui generis“, ist ein Rückgriff auf die gesetzlichen Vertragstypen nicht möglich. Es kommen dann nur die Vorschriften des Schuldrechts Allgemeiner Teil zur Anwendung.

a) Kauf (§ 433 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 1; *Coester-Waltjen*, Der Kaufvertrag, Jura 2002, 534; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 44; *Medicus*, Kaufvertrag und Werkvertrag, JuS 1992, 273; *Westermann*, Das neue Kaufrecht, JZ 2001, 530.

Der Kaufvertrag wurde schon mehrfach erwähnt. Beim Kauf schuldet der Verkäufer die Übereignung einer mangelfreien Sache (Sachkauf - § 433 Abs. 1 S. 1 BGB) oder die Verschaffung eines Rechtes (Rechtskauf - § 433 Abs. 1 S. 2 BGB). Beim Sachkauf wird weiter unterschieden zwischen beweglichen und unbeweglichen Sachen. Dies hat sowohl Auswirkungen auf die Modalitäten des Vertragsabschlusses als auch für die Erfüllung des Kaufvertrages. Der Kaufvertrag über ein Grundstück bedarf der notariellen Beurkundung, § 311 b Abs. 1 S. 1 BGB. Die Eigentumsverschaffung erfolgt durch Einigung und Auflassung. Im Gegensatz zu den beweglichen Sachen, bei welchen die Eigentumsübertragung durch Einigung und Übergabe erfolgt. Der Käufer schuldet die Abnahme des Kaufgegenstandes und die Bezahlung des Kaufpreises. Die wichtigste Besonderheit des Kaufrechtes ist das System der Gewährleistung für Mängel der verkauften Sache. Hier enthalten die §§ 434 - 442 BGB eine Sonderregelung. Die Vorschriften des allgemeinen Schuldrechts gelten nur, soweit auf sie verwiesen wird.

Beispiel Sachkauf: Ernie verkauft Bert seinen Pursche Coyenne.

Beispiel Rechtskauf: Ernie verkauft Bert seine Darlehensforderung gegen Tiffany.

b) Tausch (§ 515 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 8.

Der Tauschvertrag ist nichts anderes als ein wechselseitiger Kauf. Es gilt daher im wesentlichen das Kaufrecht. Echte Tauschverträge sind selten. Meist handelt es sich um einen Kaufvertrag, bei dem eine Seite das Recht hat, einen anderen Gegenstand in Zahlung zu geben (typisch: beim Autokauf). Das ist deshalb kein Tausch, weil der Bestand des Vertrages von der Möglichkeit der Inzahlunggabe nicht abhängen soll. Geht der in Zahlung zu gebende Gegenstand unter, gelten also nicht etwa die §§ 323 ff. BGB, sondern die Substitution unterbleibt und der Käufer muss stattdessen eben zahlen.

Beispiel: Ernie gibt Bert sein Buch „Trockengebiete“ und erhält im Gegenzug hierfür von Bert die DVD „Gorillas im Nebel“.

c) Schenkung (§ 516 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht § 9, *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 45.

Die Schenkung ist die Gewährung eines Rechtsvorteils ohne jede Gegenleistung, also die bewusste Mehrung fremden Vermögens. Das muss nicht heißen, dass der Schenker immer altruistisch handeln muss. Er kann mit der Schenkung durchaus einen bestimmten Zweck verbinden, nur verlangt er keine unmittelbare

Gegenleistung. Während die Handschenkung (also der unmittelbare Vollzug einer Schenkung) keiner besonderen Form unterliegt, ist das Versprechen, einem anderen zu einem späteren Zeitpunkt etwas zu schenken, formbedürftig (§ 518 Abs. 1 BGB). Der Formmangel wird aber durch Erfüllung geheilt (§ 518 Abs. 2 BGB).

Eine Besonderheit des Schenkungsrechts ist, dass der Schenker in zwei Fällen das Geschenk zurückfordern kann, nämlich

- wenn der Beschenkte sich des groben Undanks schuldig macht (§ 530 Abs. 1 BGB) oder
- der Schenker verarmt (§ 528 BGB).

Ersteres spielt häufig eine Rolle, wenn Ehegatten einander größere Geschenke gemacht haben und die Ehe später scheitert. Das alleine ist zwar kein Widerrufsgrund, oft werden dann aber Vorwürfe erhoben, die relevant sein können. § 528 BGB ist eine Vorschrift, die häufig dem Sozialamt hilft. Wenn z.B. jemand sein ganzes Vermögen seinen Neffen und Nichten geschenkt hat und später pflegebedürftig wird, müsste das Sozialamt einspringen, könnte es den Onkel nicht auf den Rückforderungsanspruch nach § 528 BGB verweisen. Der Beschenkte kann in diesem Fall das Geschenk behalten, wenn er dem Schenker Unterhalt gewährt.

d) Miete (§ 535 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht § 10 – 13; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 381 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 46; *Schmidt/Möllner*, Das neue Mietrecht, Jura 2001, 721; *Voelskow*, Zur Abgrenzung von Miete und Pacht, NJW 1983, 910.

Miete ist die Überlassung einer Sache zum Gebrauch gegen Entgelt. Der Vermieter ist nur verpflichtet, die Mietsache zur Verfügung des Mieters zu stellen. Der Vermieter hat dem Mieter die Sache so zu überlassen, dass dieser von ihr den üblichen oder vertraglich vorausgesetzten Gebrauch machen kann. Wenn der Mieter sie nicht in Gebrauch nimmt, ist das allein seine Sache. Er gerät nicht etwa in Annahmeverzug, sondern der Vermieter hat seine Verpflichtung schon erfüllt. Mieten kann man jede beliebige Sache. Auf Seiten des Mieters werden zwei Verpflichtungen begründet: Zahlung des Mietzinses für die Gebrauchsüberlassung der Sache sowie nach Ablauf der Mietzeit die Sache zurückzugeben.

Ein besonders häufiger praktischer Fall ist allerdings die Miete von Wohnraum, die zahlreichen zwingenden Sondervorschriften unterliegt (§§ 549 - 577a BGB), die man als „soziales Mietrecht“ bezeichnet. An und für sich verschafft der Mietvertrag dem Mieter nur ein relatives Recht auf die Nutzung der Mietsache. Verkauft der Vermieter die Mietsache und übereignet sie einem Dritten, macht er sich zwar schadensersatzpflichtig (und zwar nach §§ 275 Abs. 1, 311 a Abs. 2 S. 1, 280 Abs. 1 BGB), aber der Mieter kann dem neuen Eigentümer, wenn die-

ser die Sache herausverlangt, den Mietvertrag nicht entgegenhalten. Für den Fall, dass ein Grundstück (oder eben eine Wohnung) vermietet wurde, machen §§ 578 Abs. 1, 566 BGB hiervon eine gravierende Ausnahme: Die Veräußerung der Mietsache bewirkt einen Übergang des Mietverhältnisses auf den Erwerber. Der Verkäufer verliert seine Stellung als Vermieter, der Käufer ist der neue Vermieter. Obwohl der Mieter nur relative Rechte hat, kann er auf diese Weise sein Nutzungsrecht über eine Veräußerung der Mietsache hinüberretten. Das gleiche gilt nach § 565 BGB beim Wegfall eines gewerblichen Zwischenvermieteters.

e) Pacht (§ 581 BGB)

Literatur: Brox/Walker, Besonderes Schuldrecht § 14; Klunzinger, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 47 I.

Die Pacht unterscheidet sich der Miete dadurch, dass dem Pächter über die Nutzung hinaus auch die Früchte des Pachtgegenstandes (siehe hierzu § 99 BGB) zustehen. (Der Mieter eines Pferdes darf nur darauf reiten, der Pächter darf auch das Fohlen behalten.) Sonst gilt weitgehend Mietrecht. Besondere Vorschriften gilt für die Pacht landwirtschaftlicher Grundstücke (§§ 585 ff. BGB). Gegenstand des Pachtvertrages können nicht nur Sachen, sondern auch Rechte sein, auch Teile von Unternehmen. Erforderlich ist, dass Sachen oder Rechte noch bestehen und geeignet sind, Gebrauchsvorteile herzugeben.⁴⁰

f) Leihe (§ 598 BGB)

Literatur: Brox/Walker, Besonderes Schuldrecht § 16; Kaiser, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 388 ff.; Klunzinger, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 47 II.

Leihe ist die unentgeltliche Gebrauchsüberlassung einer Sache. Die Sache muss beweglich sein, unbewegliche Sache wie Räume können nicht Gegenstand einer Leihe sein. Die Unentgeltlichkeit ist ein wesentliches Merkmal der Leihe. Auch eine ganz geringe Gebühr schließt eine Leihe aus und begründet ein Mietverhältnis. Daneben muss die Sache zum Gebrauch überlassen werden. Gebrauch ist die tatsächliche Verwendung und Benutzung der Sache ohne Eingriff in ihre Substanz.

g) Gelddarlehen (§ 488 BGB) und Sachdarlehen (§ 607 BGB)

Literatur: Brox/Walker, Besonderes Schuldrecht § 17; Coester-Waltjen, Der Darlehensvertrag, Jura 2002, 675; Dauner-Lieb/Heidel/Lepa/Ring, Das Neue Schuldrecht, § 10; Kaiser, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 389 ff.; Klunzinger, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 47 III 1 u. 2; Sauer/Wittemann, Einführung in das Verbraucherkreditrecht, Jura 2005, 8.

Ein Gelddarlehen ist die Überlassung eines Kapitals zur Nutzung, wobei der Darlehensnehmer das Kapital am Ende zurückzugeben hat. Ob er eine Gegenleistung schuldet oder nicht, hängt von den getroffenen Vereinbarungen ab. Je nachdem liegt ein verzinsliches oder unverzinsliches Darlehen vor.

⁴⁰ Vgl. Palandt/Weidenkaff, § 581 Rdnr. 3.

Von Leihe oder Miete unterscheidet sich das Darlehen dadurch, dass der Darlehensnehmer nicht genau die Gegenstände zurückzugeben verspricht, die er bekommen hat, sondern Gegenstände gleicher Art und Güte. Meist wird das Geld sein (§ 488 Abs. 1 BGB), aber auch ein Darlehen von 200 m³ Wasser oder 60 Sack Weizen ist denkbar (§ 607 BGB). Auch das Darlehen ist ein Vertrag, bei dem häufig strukturelle Ungleichgewichte zwischen den Vertragsparteien bestehen. Deswegen hat sich - teils innerhalb, teils außerhalb des Gesetzes – ein „soziales Darlehensrecht“ entwickelt mit etwa folgenden Eckpunkten:

1. Liegt der vereinbarte Zins mehr als 50% über dem Marktzins, so geht die Rechtsprechung davon aus, dass der Darlehensgeber sittenwidrig handelt und der Darlehensvertrag daher nach § 138 BGB nichtig ist. Der Darlehensnehmer braucht dann nur das Kapital selbst (als ungerechtfertigte Bereicherung) zurückzuzahlen. Vor der Pflicht, auch die Nutzungen herauszugeben, schützt ihn § 817 S. 2 BGB.
2. Darlehen, die ihn langfristig binden, kann der Darlehensnehmer unter bestimmten Voraussetzungen vorzeitig kündigen, ohne dass der Vertrag dies verbieten könnte (§ 489 BGB).
3. Für Darlehen an Verbraucher stellt die §§ 491 ff. BGB eine ganze Reihe von zusätzlichen Schutzvorschriften auf. Besonders wichtig sind die Pflicht, den effektiven Jahreszins und andere Eckdaten genau anzugeben (§ 492 BGB), ein Widerrufsrecht (§ 495 BGB) und starke Einschränkungen für den Darlehensgeber, was die Verzugsschäden angeht, die er Rechtmäßigerweise ersetzt verlangen kann (§§ 497 f. BGB).

h) Dienstvertrag (§ 611 BGB)

Literatur: *Adomeit*, Der Dienstvertrag des BGB und die Entwicklung zum Arbeitsrecht: NJW 1996, 1710; *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht § 19; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 419 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 48.

Der Dienstvertrag verpflichtet den Dienstleistenden dazu, seine Dienste zur Verfügung zu halten. Er erhält dafür einen Lohn. Ähnlich wie der Vermieter erfüllt der Dienstleistende seine Verpflichtung schon durch das Bereithalten. Annahmeverzug ist nicht denkbar. Auch der Arbeitsvertrag ist nichts anderes als ein Dienstvertrag, allerdings einer, der zahllosen besonderen Bestimmungen unterliegt, die teilweise im BGB enthalten sind (§ 612 BGB), teilweise in anderen Gesetzen und teilweise Gewohnheitsrecht darstellen.

i) Werkvertrag (§ 612 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht § 22; *Büdenbender*, Der Werkvertrag, JuS 2001, 625; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 394 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 49.

Der Werkvertrag verpflichtet den Werkunternehmer zur „Erstellung eines Werkes“. Auch das bedeutet Arbeit gegen Entlohnung. Der Unterschied zum Dienstvertrag ist, dass der Werkunternehmer nicht die *Bereitstellung* seiner Ar-

beitskraft, sondern ein bestimmtes *Arbeitsergebnis* schuldet. Erbringt er es nicht, unvollständig oder schlecht, hat der Besteller Rechte (§ 633 bis 639 BGB), während beim Dienstvertrag kein bestimmtes Ergebnis, sondern nur die Anstrengung als solche geschuldet ist.

Beispiel: Der Taxifahrer einer reinen Spazierfahrt ist Dienstleistender. Soll der Insasse jedoch zu einem bestimmten Ziel gebracht werden, liegt ein Werkvertrag vor.

Der Arztvertrag ist darum Dienstvertrag, weil der Arzt zwar ein Handeln nach den Regeln der ärztlichen Kunst, aber keine Heilung versprechen kann. Beim Friseur oder Tätowierer dagegen wird ein Werkvertrag abgeschlossen.

j) Werklieferungsvertrag (§ 651 BGB)

Literatur: *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 49 II.

§ 651 S. 1 BGB stellt klar, dass es sich bei einem Vertrag, durch den sich jemand zur Herstellung einer neuen vertretbaren Sache (§ 91 BGB) verpflichtet, um einen Kaufvertrag handelt, denn dem Käufer einer solchen Sache wird es regelmäßig gleichgültig sein, ob der Verkäufer sie schon vorrätig hat oder erst herstellen muss. Ein eigentlicher Werklieferungsvertrag liegt vor, wenn es sich um eine unvertretbare bewegliche Sache handelt. Dann gilt zwar ebenfalls Kaufrecht, nach § 651 S. 3 BGB werden aber einige werkvertragsrechtliche Vorschriften zusätzlich angewendet.

Beispiel: Bert bestellt bei Ernie einen Maßanzug.

Arbeiten an einem Grundstück unterfallen immer dem Werkvertragsrecht, auch wenn ein Gebäude vollkommen neu hergestellt wird, denn das Gebäude ist keine bewegliche Sache, sondern Bestandteil des Grundstücks (§ 94 Abs. 1 BGB). Auch ein Vertrag, durch den ein neu herzustellendes Haus samt Grundstück geschuldet wird, unterfällt den §§ 631 ff. BGB. Das gilt nach der Rechtsprechung sogar für den Fall, dass das Haus schon vor Vertragschluss neu hergestellt worden ist, wenn es vom Bauträger direkt verkauft wird.

k) Reisevertrag (§ 651 a BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht § 28; *Dauner-Lieb/Heidel/Lepa/Ring*, Das Neue Schuldrecht, § 11, *Schwab/Löhnig*, Einführung in das Zivilrecht, Teil V, S. 192.

Der Reisevertrag wird dadurch gekennzeichnet, dass der Reiseveranstalter sich zur Erbringung einer „Gesamtheit von Reiseleistungen“ verpflichtet. Damit wird unter ein einheitliches Reglement gestellt, was andernfalls aus einer Palette von unterschiedlichen Verträgen zusammengesetzt wäre. So wäre bei einer Pauschalreise Flug + Hotel + Mietwagen der Flug ein Werk, das Hotel ein Mietvertrag mit den Besonderheiten des Beherbergungsvertrages und der Mietwagen ein normaler Mietvertrag. Das würde zur Anwendung entweder von unterschiedlichen Regelungen für die einzelnen Leistungen oder von dem „dominierenden“ Recht führen, das dann aber nicht für alle Einzelleistungen passen würde. Deshalb hat der Gesetzgeber den Reisevertrag als besonderen Vertragstypus geschaffen. Zu beachten ist: Eine „Gesamtheit“ von Reiseleistungen setzt mindes-

tens zwei unterschiedliche Leistungen voraus. Wer also bei unterschiedlichen Veranstaltern jeweils nur den Flug, nur das Hotel und nur den Mietwagen bucht, schließt dadurch drei einzelne Verträge ab, von denen der erste ein Werk-, die beiden anderen Mietverträge sind. Erst durch die Kombination von wenigstens zwei solcher Leistungen in einem Vertrag entsteht eine Reise im Sinne des Gesetzes. Hierfür kann aber z.B. schon eine Kombination wie Campmobil + Transfer vom Flughafen zur Ausgabestelle genügen.

l) Maklervertrag (§ 652 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 29; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S.423 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 50 IV; *Weishaupt*, Der Maklervertrag im Zivilrecht, JuS 2003, 1166.

Ein eigentümlicher Vertrag ist der Maklervertrag (im veralteten BGB-Deutsch „Mäkler“-Vertrag), denn durch diesen Vertrag verspricht überhaupt nur der Auftraggeber etwas. Der Makler ist dagegen zu gar nichts verpflichtet. Dafür aber erhält er seinen Lohn nicht für die Tätigkeit, sondern nur, wenn er Erfolg hat und ob er Erfolg hat, hängt am Ende immer davon ab, ob sein Auftraggeber sich zum Geschäftsabschluss entschließt oder nicht.

m) Auftrag (§ 662 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 29; *Coester-Waltjen*, Der Auftrag, Jura 2001, 742; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 421; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 50 I.

Auftrag ist die unentgeltliche „Besorgung eines fremden Geschäfts“, also die Erledigung einer Angelegenheit des Auftraggebers ohne Entlohnung dafür. Worin eine solche Angelegenheit besteht, ist nicht entscheidend. Geschuldet sein kann von dem Beauftragten sowohl ein bestimmter Erfolg als auch die schlichte Tätigkeit. Schwierigkeiten macht es oft, den Auftrag von der reinen Gefälligkeit abzugrenzen. Wenn z.B. eine Nachbarin für die andere vom Bäcker sechs Brötchen mitbringt, fehlt den Beteiligten meist der Wille, sich rechtlich bindend zu etwas zu verpflichten. Denn die Nachbarin will im Zweifel nicht für den Schaden haften, wenn sie versehentlich vergisst, die Brötchen mitzubringen. Daher setzt ein Auftrag meist voraus, dass es um eine Angelegenheit von gewisser Bedeutung geht. Der Beauftragte kann keine Vergütung für seine Tätigkeit als solche verlangen, er hat aber Anspruch auf Ersatz seiner Aufwendungen (§ 670 BGB). Der Auftraggeber kann vom Beauftragten Rechnungslegung verlangen (§ 666 BGB) und die Herausgabe aller Gegenstände, die er zur oder durch die Erledigung des Auftrags erhalten hat (§ 667 BGB).

n) Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675 Abs. 1 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 29; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 423 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 50 II.

Besorgt jemand ein fremdes Geschäft gegen Bezahlung, so liegt entweder ein Dienst- oder ein Werkvertrag vor, wobei die geschuldete Tätigkeit oder das

Werk eine Angelegenheit ist, die der Auftraggeber normalerweise selbst vornehmen würde. Es gilt dann Dienst- oder Werkvertragsrecht. § 675 bestimmt aber, dass einige Vorschriften aus dem Auftragsrecht ergänzend angewendet werden.

So ist z.B. der Rechtsanwalt nach Beendigung seiner Tätigkeit nach §§ 675, 666, 667 BGB verpflichtet, dem Mandanten Rechnung zu legen und die erlangten Gegenstände herauszugeben, z.B. Geld, das er vereinnahmt hat oder Briefe, die an den Mandanten gerichtet ihm zugegangen sind. Der Anspruch auf Lohn aus § 611 Abs. 1 oder § 631 Abs. 1 BGB und derjenige auf Ersatz der Aufwendungen aus §§ 675, 667 BGB besteht bei solchen Verträgen grundsätzlich nebeneinander. Immer muss aber geprüft werden, welcher Aufwand schon mit dem Lohn abgegolten sein soll. Das kann sich aus dem Vertrag oder aus den Usancen der betreffenden Branche ergeben (vgl. § 612 Abs. 2 und § 632 Abs. 2 BGB).

o) Verwahrung (§ 688 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 30; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 425 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 50 III.

Besondere Regelung erfährt die Aufbewahrung fremder Sachen, eigentlich ja auch nur die „Besorgung eines fremden Geschäftes“. § 689 ist daher den §§ 612 Abs. 1 und § 632 Abs. 1 BGB nachgebildet. Bemerkenswert ist einzig § 690 BGB, der die Haftung des unentgeltlichen Verwahrers einschränkt (nämlich auf den Maßstab des § 277 BGB). Noch etwas weiter gehen die Haftungserleichterungen, die für den Schenker und den Verleiher gelten (§§ 521, 599 BGB). Hier ist das System des BGB nicht ganz durchschaubar. Denn eigentlich hätte es nahegelegen, alle, die sich unentgeltlich zu etwas verpflichten, erleichtert haften zu lassen. Doch gerade für den Beauftragten ist es nicht vorgesehen.

Da inzwischen die Gerichte außerdem ein besonders Haftungserleichterungssystem für Arbeitnehmer entwickelt haben, ist das System noch mehr ins Widersprüchliche geraten. So haften z.B. ehrenamtliche Helfer als Beauftragte in voller Höhe, hauptamtliche dagegen nicht. Abhilfe könnte aber nur der Gesetzgeber schaffen.

p) Vergleich (§ 779 BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 33; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 52 I.

Schließlich soll noch der Vergleich als besonderer Vertragstyp Erwähnung finden. Durch den Vergleich wird ein Schuldverhältnis begründet, das an die Stelle eines anderen tritt, das entweder umstritten ist oder dessen Erfüllung einem Beteiligten nicht möglich ist. Die durch den Vergleich begründeten Pflichten treten meist an die Stelle der ursprünglichen. Es kann aber auch etwas anderes vereinbart werden. Vergleichsweise Regelungen findet man oft als Ergebnis einer gerichtlichen Auseinandersetzung („Prozessvergleich“). Man kann sich aber auch schon vergleichen, bevor ein Prozess begonnen hat. Der Vergleich wird in der

Regel dazu dienen, beiden Seiten die Kosten einer Auseinandersetzung bzw. der Zwangsvollstreckung zu ersparen.

2. Gesetzliche Schuldverhältnisse

Literatur: *Jaensch*, Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, Teil F, VI; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 55.

Von den vertraglichen Schuldverhältnissen unterscheiden sich die gesetzlichen dadurch, dass sie nicht von den Parteien begründet und inhaltlich ausgestaltet werden, sondern dass sie durch bestimmte Geschehnisse von selbst entstehen. Deshalb ist die gesetzliche Ausgestaltung auch von anderem Gewicht. Sie bestimmt nämlich den Inhalt des Schuldverhältnisses. Die Parteien sind allerdings – wo nichts anderes bestimmt ist – frei, ihn später oder sogar vorab vertraglich abzuändern. So können der Fahrer eines Fahrzeugs und ein Mitfahrer vertraglich vereinbaren, dass der Fahrer dem Mitfahrer für unvorsichtiges Fahrverhalten nicht nach §§ 823 ff. BGB haftbar sein soll. Für Teilnehmer an Sportveranstaltungen wird eine solche Vereinbarung sogar unterstellt, freilich nur für unerlaubte Handlungen, die sich im Rahmen des bei dieser Sportart Üblichen bewegen.

Also: Auch über gesetzliche Ansprüche kann grundsätzlich disponiert werden, soweit das Gesetz dies nicht ausschließt. Auf die Haftung für vorsätzliche Handlungen kann allerdings in keinem Fall im Voraus verzichtet werden (§ 276 Abs. 2 BGB).

Für bestimmte Tatbestände hat der Gesetzgeber also Schuldverhältnisse geschaffen, da auch ohne eine schuldrechtliche Vereinbarung aufgrund besonderer Umstände einer Person ein schuldrechtlicher Anspruch gegen eine andere Person zustehen soll.

Die wichtigsten gesetzlichen Schuldverhältnisse sind:

a) Unerlaubte Handlung (§§ 823 ff. BGB)

Literatur: *Brox/Walker*, Besonderes Schuldrecht, § 40; *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 441 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 57; *Kötz/Wagner*, Deliktsrecht, 10. Auflage 2005.

Das Recht der unerlaubten oder deliktischen Handlung betrifft die Haftung des Schädigers gegenüber dem Geschädigten für materielle und immaterielle Schäden, die infolge rechtswidriger und schuldhafter Verletzungen eines absoluten Rechts entstehen. Der Schaden muss durch den direkten Eingriff in fremde Rechte rechtswidrig verursacht worden sein. Auch eine Schädigung durch Unterlassen ist möglich. Jedoch muss hier eine Rechtspflicht zum Handeln bestanden haben. Die Rechtswidrigkeit ergibt sich in der Regel aus der Erfüllung eines der gesetzlichen Tatbestände. Sie fehlt ausnahmsweise, wenn ein Rechtferti-

gungsgrund vorgelegen hat, z.B. Notwehr (§ 227 BGB), Notstand (§§ 228, 904 BGB), erlaubte Selbsthilfe (§ 229 BGB) oder die Einwilligung des Verletzten.

Die wichtigsten Haftungstatbestände sind:

- § 823 Abs. 1 BGB - schuldhafter Eingriff in ein absolutes Recht des Geschädigten
- § 823 Abs. 2 BGB - schuldhafte Verletzung eines Schutzgesetzes
- § 826 BGB - vorsätzliche sittenwidrige Schädigung (auch ohne Verletzung eines absoluten Rechts oder Schutzgesetzes)

Was Schadensersatz bedeutet, sagen die §§ 249 ff. BGB aus. Es bedeutet Ausgleich der Vermögensbeeinträchtigung, normalerweise durch Naturalrestitution, in der Praxis meist durch Geldersatz. Wenn eine Sache beschädigt wurde, kann der Geschädigte auch auf die Wiederherstellung verzichten und die Wiederherstellungskosten - sozusagen als Gewinn - einstreichen.

Wichtig ist § 253 BGB: Normalerweise wird nur auf Ersatz des *materiellen* Schadens gehaftet. Immaterieller Schaden wird jedoch bei Eingriffen in die körperliche Integrität nach § 847 BGB ausnahmsweise ersetzt, wenn die haftungsbegründende Norm eine unerlaubte Handlung ist, sich also in dem Abschnitt von §§ 823 bis 853 BGB wiederfindet. Das ist manchmal für den Laien schwer zu durchschauen.

So haftet z.B. ein Autofahrer, der schuldhaft einen Fußgänger anfährt, sowohl nach §§ 7, 18 Abs. 1 StVG als auch nach § 823 Abs. 1 BGB auf Schadensersatz. Schmerzensgeld schuldet er dagegen nur nach §§ 823 Abs. 1, 847 Abs. 1 BGB. Der wesentliche Unterschied liegt in der Beweislast für das Verschulden. Denn um der Haftung nach §§ 7, 18 Abs. 1 StVG zu entgehen, muss der Autofahrer beweisen, dass er nicht schuld ist. Die Haftung nach §§ 823 Abs. 1, 847 Abs. 1 BGB trifft ihn dagegen nur, wenn der Fußgänger seine Schuld nachweist. Das führt bei Unaufklärbarkeit dazu, dass der Fußgänger zwar seine verdreckten Kleider ersetzt bekommt, aber kein Schmerzensgeld.

b) Ungerechtfertigte Bereicherung (§§ 812 ff. BGB)

Literatur: Brox/Walker, Besonderes Schuldrecht, § 36, Kaiser, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 480 ff.; Klunzinger, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 56; Wesel, Bereicherungsrecht, NJW 1994, 2495.

Die §§ 812 ff. BGB dienen dem Ausgleich von Vermögensverschiebungen, für die ein Rechtsgrund nicht besteht. Danach entsteht ein schuldrechtlicher Anspruch auf die Rückgängigmachung der Vermögensverschiebung, wenn jemand etwas ohne rechtlichen Grund erlangt hat. Die §§ 812 ff. BGB lösen einen Ausgleichsanspruch nach § 812 Abs. 1 BGB aus, gleichgültig, ob sie dadurch entstanden sind, dass jemand auf eine vermeintliche Schuld geleistet hat oder durch eine direkte Verschiebung der Vermögensverhältnisse.

Bereicherungsansprüche wegen einer nicht geschuldeten Leistung sind allerdings in zwei Fällen ausgeschlossen:

- nach § 814 BGB, wenn der Leistende genau gewusst hat, dass er nichts schuldet (sehr selten) und
- nach § 817 S. 2 BGB, wenn der Leistende durch die Leistung gegen ein Gesetz oder die guten Sitten verstoßen hat.

Letzteres ist häufig. Es betrifft z.B. fast alle Leistungen, die auf einen Vertrag hin erfolgen, der nach § 134 BGB oder § 138 BGB nichtig ist.

Wer z.B. einen Schwarzarbeiter mit dem Streichen seiner Wohnung beauftragt, verstößt gegen Gesetze. Der Vertrag ist nichtig, weil auch der Schwarzarbeiter gesetzwidrig handelt. Deshalb steht dem Schwarzarbeiter auch kein Anspruch auf Werklohn zu. Leistet der Auftraggeber den vereinbarten Lohn dennoch, kann er ihn jedoch nicht nach § 812 Abs. 1 S. 1 BGB zurückfordern, denn auch die Lohnzahlung verstieß gegen das Gesetz (§ 817 S. 2 BGB). Immer ist nur das auszugleichen, was auf der einen Seite als Ent-, auf der anderen Seite als Bereicherung vorhanden ist. Geleistete Arbeit zählt nur dann ausnahmsweise als Entreichung, wenn die Arbeitskraft „kommerzialisiert“ ist, d.h., wenn sie zum Beruf oder Gewerbe des Betreffenden zählt.

§ 818 Abs. 2 BGB bestimmt, dass Wertersatz schuldet, wer die Leistung als solche nicht zurückgeben kann, weil sie sich hierfür nicht eignet oder nicht mehr vorhanden ist. § 818 Abs. 3 BGB schränkt dies aber dahin ein, dass nichts zurückgegeben werden muss, wenn keinerlei Bereicherung mehr übrig ist.

Wenn z.B. jemandem zu Unrecht ein Lottogewinn ausgezahlt wurde und dieser hat damit eine Weltreise unternommen, so ist anschließend keine Bereicherung mehr vorhanden. Aber Vorsicht: Manchmal hat der Betreffende anderweitige Aufwendungen erspart. Dann kann er in dieser Höhe durchaus noch bereichert sein. Hatte der falsche Lottogewinner ohnehin vor, eine Reise zu machen, so ist er zumindest um den Betrag noch bereichert, den die ursprünglich geplante Reise gekostet hätte. Auf einen solchen Wegfall der Bereicherung kann sich nicht mehr berufen, wer auf Herausgabe der Bereicherung verklagt ist (§ 818 Abs. 4 BGB) oder von Anfang an bösgläubig war (§ 819 BGB), d.h., wusste oder wissen musste, dass er ungerechtfertigt bereichert wurde.

c) Geschäftsführung ohne Auftrag (§ 677 ff. BGB)

Literatur: Brox/Walker, Besonderes Schuldrecht, § 35; Jaensch, Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, Teil F, VI; Kaiser, Bürgerliches Recht, Teil III, S. 501; Klunzinger, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil IV, § 55.

Beispiel: Vater und Sohn gehen am Teich spazieren. Der Sohn rutscht aus, fällt in den Teich und droht zu ertrinken. Der Vater kann leider nicht schwimmen und muss hilflos mit ansehen, wie der Sohn im Wasser zappelt. Der herbeieilende Spaziergänger S springt sofort ins Wasser und rettet das Kind. Hierbei werden seine Kleidung und seine Armbanduhr beschädigt. Kann S von Vater oder Sohn Schadensersatz verlangen?

Wer das Geschäft eines anderen besorgt, ohne dazu von ihm beauftragt worden zu sein, kann nach § 683 S. 1 BGB wie ein Beauftragter Ersatz seiner Aufwendungen verlangen, wenn die Geschäftsführung dem mutmaßlichen Willen und dem objektiven Interesse des anderen entspricht (sog. berechtigte GoA § 683 S. 1 BGB). Tut sie dies nicht, bekommt der Geschäftsführer nicht nur nichts, sondern schuldet überdies Schadensersatz (§ 678 BGB). Ausnahmsweise unbeachtlich ist der entgegenstehende Wille des anderen, wenn eine Unterhaltspflicht oder eine im öffentlichen Interesse liegende Pflicht des anderen erfüllt werden soll (§§ 679, 683 S. 2 BGB).

Die unberechtigte GoA, also ohne Willen des Geschäftsherrn, löst nach § 683 S. 2 BGB dieselben Ansprüche aus, wenn der andere sie *nachträglich genehmigt*.

Gar keine GoA liegt vor, wenn der Handelnde irrtümlich glaubte, ein eigenes Geschäft zu besorgen (§ 687 Abs. 1 BGB). Weiß er dagegen, dass das Geschäft ein fremdes ist, braucht er sich über die Person des Geschäftsherrn keine zutreffenden Vorstellungen gemacht zu haben (§ 686 BGB).

Von unechter GoA spricht man, wenn jemand ein Geschäft, von dem er weiß dass es nicht seines ist, als eigenes behandelt. Er schuldet dann dem Geschäftsherrn Auskunft und Herausgabe des Erlangten, ohne seinerseits Ansprüche auf Aufwendungsersatz zu haben (§ 687 Abs. 2 BGB).

Berechtigte GoA ist überdies ein allgemeingültiger Rechtfertigungsgrund. Wenn z.B. das Haus des A in dessen Abwesenheit Feuer fängt und sein Nachbar B löscht sie, so kann B nicht nur die Ansprüche aus § 683 S. 1 BGB geltend machen, sondern das Vorliegen der Voraussetzungen des § 683 S. 1 BGB rechtfertigt auch das Betreten des Grundstücks und ggf. das Aufbrechen der Haustür. Das schließt Ansprüche des A auf Unterlassung nach § 1004 Abs. 1 BGB oder auf Schadensersatz wegen der Haustür aus § 823 Abs. 1 BGB aus.

11. Teil: Durchsetzbarkeit des Anspruches; Verjährung

Literatur: *Brox/Walker*, Allgemeiner Teil des BGB, § 31; *Dauner-Lieb/Heidel/Lepa/Ring*, Das Neue Schuldrecht, § 1; *Jaensch*, Grundzüge des Bürgerlichen Rechts, Teil D VII, *Kaiser*, Bürgerliches Recht, Teil I, S. 128 ff.; *Klunzinger*, Einführung in das Bürgerliche Recht, Teil II, § 5 V; *Mansel*, Die Neuregelung des Verjährungsrechts, NJW 2002, 89; *Pohlmann*, Verjährung, Jura 2005, 1; *Zerres*, Eine Einführung in das Zivilrecht und Grundzüge des Zivilprozessrechts, II, 8.

Nachdem bislang die Entstehung des Anspruches als zentrale Voraussetzung für die Realisierung der Forderungen des Anspruchstellers im Fokus der Betrachtung stand, muss nunmehr die Durchsetzbarkeit eines entstandenen Anspruches behandelt werden.

Schuldrechtliche oder dingliche Ansprüche können grundsätzlich nicht zeitlich unbegrenzt geltend gemacht werden. Nach einem gewissen Zeitraum soll ein endgültiger Zustand herbeigeführt sein, welcher der Rechtssicherheit dient.

Dem entstandenen Anspruch kann u.U. die Einrede der Verjährung (§§ 194 ff. BGB) entgegengehalten werden, so dass die Durchsetzbarkeit fehlen würde. Einrede bedeutet, dass die Verjährung vom Anspruchsgegner geltend gemacht werden muss, damit überhaupt eine Überprüfung der Verjährungsfristen stattfindet.

Nach dem Eintritt der Verjährung ist der Schuldner dauerhaft berechtigt, die Leistung zu verweigern. Die Verjährung begründet daher eine Einrede, welche vom Gericht nicht von Amts wegen geprüft wird, sondern nur, wenn der Schuldner sie erhebt. Jedoch besteht der verjährte Anspruch fort und erlischt nicht, er ist lediglich nicht mehr durchsetzbar. Der Eintritt der Verjährung hindert den Gläubiger auch nicht an der Verwertung von Sicherheiten, § 216 BGB.

I. Begriffe

Vorab sind einige Begrifflichkeiten zu klären:

1. Verjährung

Dauernde Einrede des Schuldners, Leistungsverweigerungsrecht (§ 214 Abs. 1 BGB).

2. Hemmung der Verjährung (§ 209 BGB)

Der Zeitraum, währenddessen die Verjährung gehemmt ist, wird in die Verjährungsfrist nicht eingerechnet. Der Ablauf der Verjährung wird um die gehemmte Zeit verlängert. Die Hemmung ist durch die Neuregelung zum Regelfall einer Veränderung der Verjährungszeit geworden.

Wichtige gesetzliche Fälle:

Verhandlungen über den Anspruch (§ 203 BGB), die Hemmung dauert noch drei Monate nach Ende der Verhandlungen fort.

Rechtsverfolgung, insb. Zustellung der Klage (§ 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB, § 270 ZPO: Es genügt die rechtzeitige Einreichung der Klage und Zustellung "demnächst"), Zustellung eines Mahnbescheids (§ 204 Abs. 1 Nr. 3 BGB, § 693 ZPO: Antrag und Zustellung "demnächst"), selbstständiges Beweisverfahren (§ 204 Abs. 1 Nr. 7, 8 BGB). Die Hemmung dauert noch sechs Monate fort.

Vereinbartes Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners (§ 205 BGB), höhere Gewalt (§ 206 BGB), familiäre Gründe und ähnliche Nähebeziehungen (§ 207 BGB), bei Ansprüchen wegen der Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung (§ 208 BGB) sowie bei rechtlich unmöglicher oder erschwerter Rechtsdurchsetzbarkeit (§§ 210, 211 BGB) findet eine Ablaufhemmung statt.

3. Neubeginn der Verjährung (§ 205 BGB)

Die gesamte Verjährung beginnt nach Ende des Unterbrechungszeitraums von vorne. Der Neubeginn der Verjährung findet nur noch Anwendung bei Anerkennung und bei Vollstreckungsmaßnahmen. Daher wird sie keine Bedeutung mehr haben.

4. Vertragsfreiheit

Die Verbote zur Vereinbarung von Verjährungsfristen sind im neuen BGB weitgehend beseitigt worden. Die Verjährung kann durch Abrede verkürzt werden, jedoch durch AGB nicht zu Gunsten des Verwenders (§ 309 Nr. 8 b ff. BGB). Weiterhin darf die Verjährung von Ansprüchen, die sich auf vorsätzliches Tun gründen, nicht verkürzt werden (§ 202 Abs. 1 BGB). Verlängerung der Verjährung ist neuerdings allgemein zulässig, aber nicht über 30 Jahre hinaus (§ 202 Abs. 2 BGB).

II. Verjährungsfristen

Es bedarf nunmehr einer Betrachtung der nach der jüngsten Schuldrechtsreform geltenden Verjährungsfristen des BGB. Eine genauere Übersicht hierzu mit Hin-

tergründen und Details liefert *Mansel* in *Dauner-Lieb/Heidel/Lepa/Ring*, Das Neue Schuldrecht, § 1.

1. Allgemeine Frist (gem. § 195 BGB): 3 Jahre

Beginn mit Ablauf des Jahres der Anspruchsentstehung (§ 199 Abs. 1 BGB), allerdings erst, wenn der Gläubiger die den Anspruch begründenden Umstände und die Person des Anspruchsgegners kannte oder grob fahrlässig nicht kannte. Hier geht es nicht um die Frage, ob der Gläubiger von einem Anspruch wusste, sondern allein um die Kenntnis aller zum Anspruch führenden Tatsachen. Ein Rechtsirrtum hindert nicht den Eintritt der Verjährung.

Zu beachten ist, dass Ansprüche regelmäßig spätestens 10 Jahre nach ihrer Entstehung verjähren (§ 199 Abs. 4 BGB). Hier gilt als Verjährungsbeginn nicht der Ablauf des Jahres, sondern wie früher allgemein der exakte Tag der Anspruchsentstehung.

2. Mängelansprüche

Für die gesetzlichen Gewährleistungsregeln bei den einzelnen Vertragstypen sind ganz unterschiedliche Verjährungsregeln zu beachten:

- Kaufvertrag: § 438 BGB: Beginn bei Übergabe.
- Werkvertrag: § 634a BGB: Beginn bei Abnahme; beachte Besonderheit gem. § 13 VOB (2 Jahre), wenn VOB/B vereinbart ist.
- Mietvertrag: § 548 BGB:
 - Vermieter gegen Mieter bei Verschlechterung der Mietsache; Beginn: Rückgabe der gemieteten Sache
 - Mieter gegen Vermieter bezüglich Aufwendungsersatz bzw. Wegnahmeanspruch gem. §§ 536a Abs. 2, 539 BGB; Beginn: Beendigung des Mietverhältnisses.
 - Reisevertrag: § 651g BGB: Geltendmachung von Reisemängeln innerhalb eines Monats nach dem vorgesehenen Ende der Reise (Abs. 1). Verjährung von Reisemängelansprüchen 2 Jahre nach dem vorgesehenen Ende der Reise (Abs. 2).

3. Schadensersatz

Ansprüche auf Schadensersatz werden in ihrer Verjährung gesondert behandelt. Zwar unterliegen sie auch der 3jährigen Regelverjährung des § 195 BGB, sie werden jedoch in der Höchstfrist anders behandelt.

- Schadensersatzansprüche wegen Verletzung von Leben, Gesundheit und Freiheit: § 199 Abs. 2 BGB erhöht die Höchstfrist auf 30 Jahre.
- Andere Schadensersatzansprüche: § 199 Abs. 3 BGB kennt neben einer Maximalfrist von 10 Jahren (Nr. 1) noch in Nummer 2 eine weitere Frist, nach der der Anspruch auf Schadensersatz spätestens 30 Jahre nach der zum Ersatz führenden Handlung verjährt. Es gilt jeweils die frühere Frist.

4. Besondere Verjährungsfristen

Das Gesetz kennt auch nach der Schuldrechtsreform einige andere Verjährungsfristen neben der Regelfrist. Nach § 196 BGB verjähren Ansprüche auf Rechte an Grundstücken erst nach 10 Jahren. § 197 BGB kennt sogar noch die alte Verjährungszeit von 30 Jahren für Herausgabeansprüche aus Eigentum, für familien- und erbrechtliche Ansprüche sowie für rechtskräftig festgestellte oder sonst direkt vollstreckbare Ansprüche.

III. Geltendmachung der Einrede der Verjährung

Die Verjährung kann überhaupt nur die Durchsetzbarkeit des geltend gemachten Anspruches tangieren, wenn sie vom Anspruchsgegner geltend gemacht wird. Selbst in einem Gerichtsverfahren wäre theoretisch denkbar, dass der Kläger seinen an sich verjährten Anspruch mit einer Klage erfolgreich realisieren kann, d.h. die Klage gewinnt, obwohl bis auf die Beklagtenseite alle am Verfahren Beteiligten wissen, dass der Anspruch verjährt ist.

IV. Schema der Verjährungsregeln

Allgemeine Regeln (§§ 194 ff.)

- Dauer: 3 Jahre (§ 195)
- Höchstfrist: 10 Jahre (§ 199 IV)
- Beginn: Schluss des Jahres der Anspruchsentstehung oder Kenntnis grob fahrlässige Unkenntnis (§ 199 I)
- Hemmung: (§§ 203 ff.)
- Neubeginn: (§ 212)

Gewährleistungsansprüche

- § 438 Kaufvertrag (2, 5 oder 30 J.)
- § 634a Werkvertrag (2, 5 oder 3 J.)
- § 651 g Reisevertrag (1 M. / 2 J.)
- § 548 Mietvertrag (1/2 J.) nur für: V->M wegen Nebenpflichtverletzung, M->V wegen Aufwendungen (§§ 536a, 539)

Schadensersatzansprüche

- spätestens: wegen Körperverletzung 30 Jahre (§ 199 II) andere: 10 Jahre nach Entstehung (§ 199 Abs. 3 S. 1) oder 30 Jahre nach Ereignis (§ 199 Abs. 3 S. 2)

Ansprüche aus Grundstücken (§ 198) Verjährung in 10 Jahren ab Entstehung

Dreißigjährige Verjährungsfrist (§ 197)

- rechtskräftige Ansprüche
- Herausgabeansprüche aus Eigentum
- familien- und erbrechtliche Ansprüche.

SCHRIFTENREIHE der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung

(ISSN 0179-1982)

1. Die **Fachhochschulausbildung** für den gehobenen nichttechnischen Dienst in der Bundesverwaltung. Mit Beitr. von W. Bergmann u.a. 2., veränd. Aufl. 1983. 63 S. Vergriffen.
2. **Forschungsbericht** der FH Bund. 1981/82. 1983. 55 S. ISSN 0179-1974. Vergriffen.
3. **Möglichkeiten** einer verwaltungswissenschaftlichen Curriculumentwicklung. Jahrestagung der FH Bund, Mannheim 1982. Hrsg. von Rainer Reinhart. 1983. 96 S. Vergriffen.
4. **Verwaltung** und Wirtschaft. Hrsg.: Rainer Buchholz. 1984. 87 S. Vergriffen.
5. Das **Regierungs-** und Verwaltungshandeln als curriculares Schlüsselthema des Studiums an der FH Bund. Hrsg.: Hans-Werner Möller. 1985. 100 S. Vergriffen.
6. **Forschungsbericht**. 1983/84. 1985. 111 S. ISSN 0179-1974. Vergriffen.
7. **Holtschneider**, Rainer: Orientierungseinheiten und Einführungsveranstaltungen an den Verwaltungsfachhochschulen. 1986. 108 S. Vergriffen.
8. **Forschungsbericht** der FH Bund 1985/86. 1987. 79 S. ISSN 0179-1974. Vergriffen.
9. Die **Fortentwicklung** des Grundstudiums. Jahrestagung 1985. Hrsg.: Dieter Johannsen u.a. 1987. 125 S.
10. **Forschungsbericht** der FH Bund 1987/88. 1988. 73 S. ISSN 0179-1974.
11. **Holtschneider**, Rainer: Die "Einführung in die öffentliche Verwaltung" als Orientierungseinheit an der FH Bund. 1988. 39 S. + Anl.
12. **Praxisbezug** der Ausbildung an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Jahrestagung 1988. Hrsg.: Enno Limbach. 1989. 207 S. Vergriffen.
13. **Veranstaltungen** zum 10jährigen Bestehen der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Festakt im Schloß Augustusburg, Brühl; Vortragszyklus im Sommersemester 1989; Wissenschaftliches Colloquium "40 Jahre Berufsbeamtentum - Bewährung und Perspektiven im europäischen Kontext". Hrsg.: Hubert Minz. 1990. 245 S. Vergriffen.
14. **Forschungsbericht** der FH Bund 1988-90. 1990. 79 S. ISSN 0179-1974.
15. **Umweltschutz** und Liegenschaftsverwaltung. Dokumentation der 3. Hochschultage Ökologie am 16. und 17. 4. 1991. Hrsg.: Rudolf Hauber / Hans-Peter Schwöbel. 1992. 173 S. Vergriffen.

16. **Europäische** Integration. Jahrestagung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Kehl, 4.-6. März 1992. Hrsg.: Martin Möllers / Ludwig Schmahl. 1992. 235 S. Vergriffen.
17. **Forschungsbericht** der FH Bund 1990-92. 1992. 83 S. ISSN 0179-1974.
18. **Umweltschutz** im Büro. Dokumentation der 5. Hochschultage Ökologie vom 27. - 29. April 1993. Hrsg.: Rudolf Hauber / Hans-Peter Schwöbel. 1993. 103 S. Vergriffen.
19. **Historisches** Erbe und administrative Herausforderungen bei der Gestaltung der deutschen Einheit. Hrsg.: Erhard H. M. Lange / Martin Möllers / Norbert Pokorni. 1994. 160 S. ISBN 3-930732-00-9. Vergriffen.
20. **Stand** und Zukunftsperspektiven der öffentlichen Verwaltung im wiedervereinigten Deutschland. Dokumentation der Jahrestagung der FH Bund vom 31. 1. bis 2.2. 1994. Martin Möllers (Hrsg.). Brühl 1995. 312 S. Vergriffen.
21. **Forschungsbericht** der FH Bund 1992-94. 1994. 81 S. ISSN 0179-1974. Vergriffen.
22. **25 Jahre** Arbeitsförderungsgesetz, 15 Jahre Fachbereich Arbeitsverwaltung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Festschrift für Christa Mestmäcker und Joachim Müller. 1995. 181 S. ISBN 3-930732-08-4. Vergriffen.
23. **Festschrift** für Peter Semmt. 1995. 262 S. ISBN 3-930732-08-4. Vergriffen.
24. **New Public Management**. Mehr Effektivität und Effizienz in der Bundesverwaltung. Dokumentation der Jahrestagung der FH Bund vom 6. bis 8. 11. 1995. Walter Fischer/Ehrhard Mundhenke (Hrsg.). Brühl 1996. VI, 299 S. ISBN 3-930732-17-3.
25. **Orlean**, Rita: Die öffentliche Verwaltung Polens und die Anpassung von human resources an die neue ökonomisch-soziale Situation unter besonderer Berücksichtigung von Transformation und Assoziation seit 1985. Brühl 1996. 257 S. ISBN 3-930732-18-1. Vergriffen.
26. **Wertewandel** und Wertevermittlung. Frank Dulisch/Hans-Ludwig Schmahl (Hrsg.) Brühl 1996. 253 S. ISBN 3-930732-21-1.
27. **Forschungsbericht** 1994-96. Projekte und Veröffentlichungen für den Zeitraum 01. 10. 1994 bis 30. 09. 1996. Brühl 1996. 71 S. ISSN - 0179-1974. Vergriffen.
28. **Modernisierung** der Bundesverwaltung. Aktueller Stand und Perspektiven. Dokumentation der Jahrestagung der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung vom 3. bis 5. Juni 1997 in Mannheim. Hrsg.: Ehrhard Mundhenke, Wilhelm Kreft. Brühl 1997. 375 S. ISBN 3-930732-27-0. Vergriffen.
28. **dito**, 2., durchges. Aufl. 1998. 375 S. ISBN 3-930732-33-5. Vergriffen.

29. **Umweltbewußtsein** und Umweltverhalten öffentlicher Organisationen. Erklärungsversuche für Diskrepanzen zwischen Möglichkeiten und Wirklichkeiten auf der exekutiven Ebene. Dokumentation der siebten Hochschultage Ökologie vom 13. bis 15. Mai 1997. Hrsg.: Rudolf Hauber / Hans-Peter Schwöbel. Brühl 1998. 211 S. ISBN 3-930732-37-8. Vergriffen.
30. **Dincher**, Roland: Der Betrieb als Kunde und Partner der Arbeitsverwaltung. Beiträge zur konzeptionellen Weiterentwicklung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktberatung. Brühl 1998. V, 128 S. ISBN 3-930732-39-4. Vergriffen.
31. **Gibt** es eine gemeinsame Zukunft? Die öffentlichen Verwaltungen Rußlands und Deutschlands im Transformationsprozeß. Hrsg.: Klaus Erdmann / Heinz Theisen. Brühl 1998. XVI, 368 S. ISBN 3-930732-40-8.
32. **Forschungsbericht** 1996-98. Projekte und Veröffentlichungen für den Zeitraum 01.10.1996 - 30.09.1998. Brühl 1998. 68 S. ISSN 0179-1974. Vergriffen.
33. **Neue Entwicklungen** in der Europäischen Union. Perspektiven für ein europabezogenes Studium. Hrsg.: Hans Ludwig Schmahl. Brühl 1999. 309 S. ISBN 3-930732-51-3. Vergriffen.
34. **Mundhenke**, Ehrhard: Controlling / KLR in der Bundesverwaltung. Was man dazu wissen sollte. Brühl 2000. 151 S. ISBN 3-930732-57-2. Vergriffen.
34. **dito**, 2., überarb. Aufl. Brühl 2000. 152 S. ISBN 3-930732-61-0. Vergriffen.
34. **dito**, 3., überarb. Aufl. Brühl 2001. 152 S. ISBN 3-930732-69-6. Vergriffen.
34. **dito**, 4., vollständig überarb. Aufl. Brühl 2002. 171 S. ISBN 3-930732-81-5. Vergriffen.
34. **dito**, 5., überarb. Aufl. Brühl 2003. 178 S. ISBN 3-930732-88-2. Vergriffen.
35. **Umweltschutz** in der verwaltungswissenschaftlichen Ausbildung. Konzeption und Inhalte eines neuen interdisziplinären Studienfachs. Hrsg.: Rudolf Hauber / Hans-Peter Schwöbel. Brühl 2000. 124 S. ISBN 3-930732-62-9.
36. **Forschungsbericht** 1998-2000. Projekte und Veröffentlichungen für den Zeitraum 01.10.1998 – 30.09.2000. Brühl 2000. 58 S. ISSN 0179-1974.
37. **Krüger**, Ingo: Frauenförderung und Gender Mainstreaming im Personalmanagement. Beschreibung einer Seminarreihe für Frauenbeauftragte der Behörden des Bundes. Brühl 2001. 269 S. ISBN 3-930732-66-1. Vergriffen.
38. **Loeser**, Roman: Organisierte Kriminalität: Die sizilianische Mafia (I). Brühl 2000. 450 S. ISBN 3-930732-67-X. Vergriffen.
38. **dito**, 2., überarb. Aufl. Brühl 2004. 450 S. ISBN 3-930732-99-8.

39. **Fischer**, Walter P.: Entscheidungsorientierte Kosten- und Leistungsrechnung in staatlichen Verwaltungen. Konzeption und Nutzung eines schlanken Rechensystems. Brühl 2002. 130 S. ISBN 3-930732-80-7. Vergriffen.
40. **Lange**, Erhard H.M.: Zivilcourage im öffentlichen Dienst in Vergangenheit und Gegenwart. Brühl 2002. 99 S. ISBN 3-930732-83-1. Vergriffen.
40. **dito**, 2., überarb. und erw. Aufl. Brühl 2003. 131 S. ISBN 3-930732-91-2.
41. **Mundhenke**, Ehrhard: Finanzmanagement als Kern der Verwaltungsmodernisierung. Rücksichten – Einsichten – Aussichten. Brühl 2003. 36 S. ISBN 3-930732-92-0.
42. **Litzcke**, Sven Max: Psychologische Verfahren der Personalauswahl. Brühl 2004. 95 S. ISBN 3-930732-93-9. Vergriffen.
43. **Maier**, Dieter G.: Anfänge und Brüche der Arbeitsverwaltung bis 1952. Zugleich ein kaum bekanntes Kapitel der deutsch-jüdischen Geschichte. Brühl 2004. 275 S. ISBN 3-930732-97-1.
44. **Ewald**, Isabelle: Privatisierung staatlicher Aufgaben. Brühl 2005. 102 S. ISBN 3-938407-01-8.
45. **Festschrift** für Nikolaus Jaworsky und Fritjof Wagner. Hrsg.: Roman Loe-ser. Brühl 2005. 330 S. ISBN 3-938407-03-4.
46. **Fischer**, Walter P.: Grundlegende Rechenprinzipien der kaufmännischen Buchführung. Historische Entwicklung und Anwendung als öffentliche Auf-tragswesen. Brühl 2006. 61 S. ISBN 3-938407-11-5.
47. **Paradigmenwechsel** in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik? Hrsg.: Hans-Dieter Braun / Bernd-Joachim Ertelt. Brühl 2006. 445 S. ISBN 3-938407-13-1.
48. **Wissensmanagement**. Eine interdisziplinäre Betrachtung. Hrsg.: Dagmar Lück-Schneider/Stephan Maninger. Brühl 2006. 231 S. ISBN 3-938407-14-X. Vergriffen.
49. **Wolf**, Ricarda: Rentenberatung: Tipps und Hilfen für das Gespräch. Brühl 2006. 190 S. ISBN 978-3-938407-16-5.
50. **Litzcke**, Sven Max / Linssen, Ruth: Studieren lernen. Arbeits- und Lern-techniken, Prüfungen und Studienarbeiten. Brühl 2007. 185 S. ISBN 978-3-938407-23-3. Vergriffen.
50. **Litzcke**, Sven Max / Linssen, Ruth: Studieren lernen. Arbeits- und Lern-techniken, Prüfungen und Studienarbeiten. 2., überarbeitete Auflage. Brühl 2008. 191 S. ISBN 978-3-938407-25-7. Vergriffen.
51. **Change Management**. Theorie und Praxis. Hrsg.: Sven Max Litzcke & Rüdiger Nolte. Brühl 2008. 170 S. ISBN 978-3-938407-22-6.

52. **Geschichte** der Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland. Hrsg.: Dieter G. Maier. Brühl 2008. 416 S. ISBN 978-3-938407-27-1.
53. **Peterhoff**, Klemens: Verstehen und Verständigung. Kommunikation und Verhalten. Brühl 2008. 138 S. ISBN 978-3-938407-33-2.
54. **Peterhoff**, Klemens: Die menschliche Seite. Psychologie und Verhalten. Brühl 2010. 104 S. ISBN 978-3-938407-38-7.